



Geschäfte zu Bundesratszielen sowie Projekte und Vorhaben 2022

Auszug aus den Jahreszielen des Bundesrates 2022 und aus dem
Voranschlag 2022 mit IAFP 2023-2025

Übersicht pro Departement

Dieser Auszug wird neu im Rahmen der Harmonisierung der politischen und finanziellen Planungsprozesse des Bundesrates erstellt. Er umfasst die Geschäfte mit Bezug auf eines der Bundesratsziele, veröffentlicht in den [Zielen des Bundesrates 2022](#), und die Projekte und Vorhaben der Verwaltungseinheiten (exkl. der unabhängigen Behörden und Gerichte), veröffentlicht im [Voranschlag 2022 mit IAFP 2023-2025](#). In diesem Dokument, das den ehemaligen Band II der Ziele des Bundesrates ablöst, sind die Planobjekte nach Departementen und Verwaltungseinheiten strukturiert. Im Gegensatz zu den Zielen des Bundesrates und dem Voranschlag hat er keinen offiziellen Charakter, sondern gibt den Leserinnen und Lesern einen Überblick über alle Planobjekte für das Jahr 2022.

Inhaltsverzeichnis

B+G	3
Bundeskanzlei (BK)	3
EDA	6
Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA)	6
EDI	14
Generalsekretariat EDI (GS-EDI)	14
Eidg. Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann (EBG)	15
Schweizerisches Bundesarchiv (BAR)	17
Bundesamt für Kultur (BAK)	18
Bundesamt für Meteorologie und Klimatologie (MeteoSchweiz)	20
Bundesamt für Gesundheit (BAG)	22
Bundesamt für Statistik (BFS)	28
Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV)	29
Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (BLV)	33
Institut für Virologie und Immunologie (IVI)	35
EJPD	36
Generalsekretariat EJPD (GS-EJPD)	36
Bundesamt für Justiz (BJ)	37
Bundesamt für Polizei (fedpol)	40
Schweizerisches Institut für Rechtsvergleichung (SIR)	42
Eidgenössische Spielbankenkommission (ESBK)	44
Staatssekretariat für Migration (SEM)	45
Informatik Service Center ISC-EJPD (ISC-EJPD)	48
VBS	49
Generalsekretariat VBS (GS-VBS)	49
Nachrichtendienst des Bundes (NDB)	52
Bundesamt für Sport (BASPO)	54
Bundesamt für Bevölkerungsschutz (BABS)	56
Verteidigung (V)	57
Bundesamt für Rüstung armasuisse (armasuisse)	59
armasuisse Wissenschaft und Technologie (ar W+T)	60
armasuisse Immobilien (ar Immo)	62
Bundesamt für Landestopografie swisstopo (swisstopo)	63
EFD	65
Generalsekretariat EFD (GS-EFD)	65
Eidgenössische Finanzverwaltung (EFV)	67
Zentrale Ausgleichsstelle (ZAS)	69
Eidgenössische Münzstätte Swissmint (Swissmint)	70
Staatssekretariat für internationale Finanzfragen (SIF)	71
Eidgenössische Steuerverwaltung (ESTV)	74

Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG)	77
Bundesamt für Informatik und Telekommunikation (BIT).....	79
Eidgenössische Finanzkontrolle (EFK)	81
Eidgenössisches Personalamt (EPA).....	82
Bundesamt für Bauten und Logistik (BBL)	83
WBF.....	84
Generalsekretariat WBF (GS-WBF)	84
Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO).....	85
Bundesamt für Landwirtschaft (BLW).....	90
Agroscope (Agroscope)	92
Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung (BWL).....	94
Bundesamt für Wohnungswesen (BWO).....	96
Bundesamt für Zivildienst (ZIVI).....	98
Schweizerische Akkreditierungsstelle (SAS).....	100
Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI).....	101
Information Service Center WBF (ISCeco).....	104
UVEK.....	105
Generalsekretariat UVEK (GS-UVEK)	105
Bundesamt für Verkehr (BAV).....	106
Bundesamt für Zivilluftfahrt (BAZL)	108
Bundesamt für Energie (BFE).....	109
Bundesamt für Strassen (ASTRA)	111
Bundesamt für Kommunikation (BAKOM).....	114
Bundesamt für Umwelt (BAFU).....	116
Bundesamt für Raumentwicklung (ARE).....	119
Schweizerische Sicherheitsuntersuchungsstelle (SUST)	120
Regulierungsbehörden Infrastruktur (RegInfra).....	121

B+G

BUNDESKANZLEI (BK)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Lenkungsmodell für die digitale Transformation der Bundesverwaltung und für die Bundesinformatik: Kenntnisnahme

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2022 den Bericht zum Stand der digitalen Transformation der Bundesverwaltung zur Kenntnis nehmen und weitere Massnahmen zur digitalen Transformation und zur Umsetzung der Strategie Digitale Schweiz beschliessen.

Soll-Termin: 31.12.2022

Strategie «Digitale Schweiz»: Beschluss weiterer Umsetzungsmassnahmen

Der Bundesrat entscheidet alle zwei Jahre über die Weiterentwicklung seiner Strategie «Digitale Schweiz». Während der Legislaturperiode 2019–2023 wird er 2020 und 2022 die aktualisierte Strategie «Digitale Schweiz» verabschieden. In diesem Rahmen wird er auch prioritäre Umsetzungsvorhaben beschliessen sowie unter anderem die internationalen Prioritäten der Schweiz aktualisieren, insbesondere in den Bereichen der digitalen Gouvernanz und der künstlichen Intelligenz. Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2022 weitere Massnahmen zur Umsetzung der Strategie «Digitale Schweiz» beschliessen.

Soll-Termin: 31.12.2022

Bericht «Covid-19. Bildung eines Zentrums für Innovation in der Bundesverwaltung - Public Innovation Hub» (in Erfüllung des Po. FDP-Liberale Fraktion 20.3240): Genehmigung / Gutheissung

Soll-Termin: 31.12.2022

Auswertung des Krisenmanagements in der Covid-19-Pandemie: Kenntnisnahme und Beschluss der Umsetzungsmassnahmen

Im Dezember 2020 hat der Bundesrat eine Auswertung des Krisenmanagements in der ersten Phase der Covid-Krise zur Kenntnis genommen und verschiedene Massnahmen beschlossen. Das Krisenmanagement in der zweiten Phase soll ebenfalls Gegenstand einer Auswertung sein, und allfällige sich daraus ergebende Massnahmen sollen in die Umsetzung gegeben werden. Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2022 den Bericht zur Auswertung des Krisenmanagements in der zweiten Phase der Covid-19-Pandemie zur Kenntnis nehmen und allfällige Massnahmen zur Verbesserung des Krisenmanagements beschliessen.

Soll-Termin: 31.10.2022

PROJEKTE UND VORHABEN

Einführung der elektronischen Vernehmlassung (eVernehmlassung): Erfolgreiche Durchführung eines Piloten

Vernehmlassungen sollen elektronisch und in Form strukturierter Daten durchgeführt und ausgewertet werden können.

Mindestens eine Vernehmlassung wurde durchgeführt, in der die Vernehmlassungsantworten in Form strukturierter Daten eingegeben werden konnten.

Soll-Termin: 31.10.2022

Aufbau Audiovisuelles Zentrum (AVZ): Einsatzbereitschaft gegeben

Ab 1.1.2022 entsteht ein audiovisuelles Zentrum bei der BK, welches audiovisuelle Leistungen für den Bundesrat anbietet.

Das AVZ ist personell und organisatorisch einsatzbereit.

Soll-Termin: 31.03.2022

Strategie Soziale Medien des Bundesrates: Umsetzung

Mit der Strategie «Soziale Medien» soll die Kommunikation des Bundesrates auf den sozialen Medien und im internationalen Umfeld gestärkt werden.

Folgende Massnahmen sind umgesetzt: Studie Bundesrats-App, Studie Einsatz von Technologien für Beantwortung von Bürgeranfragen, Pilot Instagram, internationaler Twitter-Account, Aktualisierung CD-Bund.

Soll-Termin: 31.12.2022

Identitätsdienste des Bundes für externe Cloud-Services: Bereitstellung Integrationsleitfaden und Standardlösungsmuster von IAM-Lösungen

Die zentrale Versorgung der vom Bund eingesetzten Public-Clouddienste mit Identitäts- und ggf. Zugriffverwaltungsdiensten des Bundes ist geregelt und steht zur Verfügung. Weiter werden Standardlösungsmuster für die Integration bereitgestellt.

Lösungsarchitekten stehen Integrationsleitfaden und Standardlösungsmuster von IAM-Lösungen der Bundesverwaltung mit den vom Bund eingesetzten Public Cloud Diensten zur Verfügung. So können Public Cloud Dienste einheitlich, effizient und zeitnah mit Identitätsdiensten versorgt werden.

Soll-Termin: 31.12.2022

Architektur Elektronische Schnittstellen (API): Inkraftsetzung Architekturprinzipien

Elektronische Schnittstellen (APIs) fördern den digitalen und automatisierten Zugang zu Verwaltungsleistungen für Unternehmen, Wissenschaft, Verwaltungen und Personen. Die dazugehörige Architektur beschreibt, wie die Bundesverwaltung APIs zur Verfügung stellt, wie sie auffindbar sind und verwaltet werden. Dies dient u.a. der Effizienzsteigerung innerhalb der Bundesverwaltung durch die Wiederverwendbarkeit von verwalteten APIs.

Die API-Architektur beinhaltet auf Best Practices und Standards basierende Architekturprinzipien. Die Umsetzung der API-Architektur erfolgt durch die Erarbeitung eines Modells, das den Nutzen der API-Architektur ausweist, Handlungsfelder identifiziert und Umsetzungsmassnahmen definiert und priorisiert.

Soll-Termin: 31.03.2022

Bereitstellung IKT-Lösung für die Webauftritte des Bundes: Erreichung Betriebsbereitschaft des SD WEB

Der neue Standarddienst Web bietet den Leistungsbezügern die notwendigen Mittel, um ihre Webauftritte zu gestalten und zu verwalten. Eine für die ganze Bundesverwaltung einheitliche Lösung steht zur Verfügung. Der Standarddienst ist für die Leistungsbezüger zur Bestellung bereit. Die wesentlichen Funktionalitäten (Services) sind aufgebaut. Durchschnittliche Websites der Leistungserbringer lassen sich gestalten.

Soll-Termin: 31.12.2022

EDA

EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN (EDA)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Finanzierung der Teilnahme der Schweiz an der Weltausstellung 2025 in Osaka: Verabschiedung der Botschaft

Vom 13. April – 13. Oktober 2025 findet in Osaka (Japan) die nächste Weltausstellung der Kategorie A statt. Das Oberthema lautet «Designing future Society for our Lives». Die Schweiz soll in der Region als innovatives Land positioniert werden. Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2022 die entsprechende Botschaft verabschieden und die für die Teilnahme nötigen finanziellen Mittel beantragen.

Soll-Termin: 31.03.2022

Zukunft der Schweizer Hochseeflotte: Ergebnis der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird über seinen Entscheid betreffend die Zukunft der Schweizer Hochseeflotte und damit verbundene rechtliche Anpassungen eine Vernehmlassung eröffnen. Unter Kenntnisnahme der Vernehmlassungsergebnisse wird er sodann das weitere Vorgehen festlegen.

Soll-Termin: 31.12.2022

Bericht zur Förderung der digitalen Selbstbestimmung und vertrauenswürdiger Datenräume: Kenntnisnahme

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2022 einen Bericht zur digitalen Selbstbestimmung und zu vertrauenswürdigen Datenräumen zur Kenntnis nehmen. Es handelt sich um eine Massnahme gemäss der Strategie Digitalausserpolitik 2021–2024 und des Aktionsplans der Strategie Digitale Schweiz.

Soll-Termin: 31.03.2022

Eurasien Strategie 2023–2026: Verabschiedung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2022 eine Eurasien Strategie 2023–2026 verabschieden. Mit Russland und der Türkei wird sie zwei globale Schwerpunktländer der Schweiz abdecken, ebenso den Westbalkan, Osteuropa und Zentralasien. Es handelt sich um eine geografische Folgestrategie zur Aussenpolitischen Strategie 2020–2023.

Soll-Termin: 31.12.2022

Südostasien Strategie 2023–2026: Verabschiedung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2022 eine Südostasien Strategie 2023–2026 verabschieden. Sie wird die 10 ASEAN-Staaten abdecken. Es handelt sich um eine geografische Folgestrategie zur Aussenpolitischen Strategie 2020–2023.

Soll-Termin: 31.12.2022

Strategie Multilateralismus und Gaststaat Schweiz 2024–2027: Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2022 die Strategie Multilateralismus und Gaststaat Schweiz 2024–2027 verabschieden. Sie erläutert die Gründe und Prinzipien des schweizerischen Engagements für einen wirksamen Multilateralismus und definiert Ziele und Massnahmen zur Stärkung der Rolle der Schweiz als Gaststaat 2024–2027. Im Rahmen der entsprechenden Botschaft werden innerhalb eines Zahlungsrahmens die erforderlichen Mittel für die Umsetzung der Gaststaatspolitik beantragt. Es handelt sich um eine Folgestrategie zur Aussenpolitischen Strategie 2020–2023.

Soll-Termin: 31.12.2022

Rahmenkredit zur Weiterführung der Unterstützung der drei Genfer Zentren 2024–2027:

Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2022 die Botschaft zu einem Rahmenkredit zur Weiterführung der Unterstützung der Genfer Zentren 2024–2027 verabschieden. Es geht dabei um die Finanzierung der Beiträge an das Genfer Zentrum für Sicherheitspolitik (GCSP), das Genfer internationale Zentrum für humanitäre Minenräumung (GICHD) und das Genfer Zentrum für Gouvernanz im Sicherheitssektor (DCAF). Mit dem Rahmenkredit will der Bundesrat zu einer friedlichen und gerechten internationalen Ordnung beitragen, wie es Artikel 2 der Bundesverfassung vorsieht.

Soll-Termin: 31.12.2022

Prioritäten der Schweiz im UNO Sicherheitsrat (2023-2024): Beschluss

Die Schweiz kandidiert für einen Sitz als nichtständiges Mitglied im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. Die Wahl für die Mitgliedschaft in den Jahren 2023 und 2024 findet im Juni 2022 statt. Im Falle einer Wahl wird der Bundesrat in der zweiten Jahreshälfte 2022 auf der Grundlage der Aussenpolitischen Strategie 2020–2023 die Prioritäten der Schweiz im Sicherheitsrat beschliessen.

Soll-Termin: 31.08.2022

Vierter Staatenbericht der Schweiz zur allgemeinen regelmässigen Überprüfung (UPR) im UNO-Menschenrechtsrat: Genehmigung

Die allgemeine regelmässige Überprüfung (UPR) ist ein Mechanismus der UNO zum Monitoring der Menschenrechtslage. Jeder UNO-Mitgliedstaat wird im Fünfjahresrhythmus in einem Peer-Review-Verfahren von den anderen Staaten überprüft. In der zweiten Jahreshälfte 2022 wird der Bundesrat als Grundlage für den 4. UPR der Schweiz den entsprechenden Bericht genehmigen. Dieser zieht Bilanz über die Menschenrechtssituation in der Schweiz und die wichtigsten getroffenen Massnahmen. Der Bericht dient der Umsetzung von Ziel 1.3 der Aussenpolitischen Strategie 2020–2023 (Handlungsfähigkeit des Menschenrechtsrats).

Soll-Termin: 30.09.2022

Kernbeitrag an die 20. Wiederauffüllung der Internationalen Entwicklungsorganisation (IDA) der Weltbank: Beschluss

Im Rahmen der Umsetzung der IZA-Strategie 2021–2024 wird der Bundesrat im ersten Halbjahr 2022 einen Kernbeitrag an die Internationale Entwicklungsorganisation der Weltbank (International Development Association, IDA) beschliessen. Die Wiederauffüllung der IDA wird um ein Jahr vorgezogen, um die ärmsten Länder in der Krisenbewältigung und der Erreichung der langfristigen Entwicklungsziele zu unterstützen.

Soll-Termin: 30.06.2022

Bericht US-Blockade gegen Kuba aktiv bekämpfen zugunsten einer der ärmsten Bevölkerungen weltweit (in Erfüllung des Po. APK-N 20.4332): Genehmigung / Gutheissung

In Erfüllung des Postulats 20.4332 der APK-N wird der Bundesrat im zweiten Halbjahr 2022 einen Bericht betreffend die US-Blockade gegen Kuba gutheissen. Gemäss dem Postulat soll der Bundesrat aufzeigen, wie er einen Beitrag leisten will, um die Situation der Bevölkerung in Kuba zu verbessern.

Soll-Termin: 30.09.2022

Bericht «Massnahmen zur Eindämmung von Zoonosen und zur Bekämpfung ihrer Ursachen» (in Erfüllung des Po. APK-N 20.3469): Genehmigung / Gutheissung

In Erfüllung des Postulats 20.3469 der APK-N wird der Bundesrat im ersten Halbjahr 2022 einen Bericht betreffend Massnahmen zur Eindämmung von Zoonosen und zur Bekämpfung ihrer Ursachen gutheissen.

Soll-Termin: 30.06.2022

Regelmässiger Beitrag zum Programmbudget des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA): Beschluss

Im Rahmen der Umsetzung der MENA-Strategie 2021–2024 und der IZA-Strategie 2021–2024 wird der Bundesrat im Jahr 2022 über den nächsten Schweizer Beitrag an die UNRWA entscheiden. Die Schweiz finanziert diese Organisation seit ihrer Gründung in den 1950er Jahren. Die UNRWA bietet grundlegende Dienstleistungen für Palästina-Flüchtlinge, die im Westjordanland, im Gazastreifen, in Jordanien, im Libanon und in Syrien leben.

Soll-Termin: 31.12.2022

Bericht zu den Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU (in Erfüllung der Po. Aeschi 13.3151, Grüne Fraktion 14.4080 und Naef 17.4147): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2022 einen Bericht zu den Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU (Europabericht) gutheissen. Er wird damit verschiedene Postulate erfüllen (Po. Aeschi 13.3151, Po. Grüne Fraktion 14.4080 und Po. Naef 17.4147).

Soll-Termin: 30.06.2022

Bilaterale Verträge mit Partnerländern zur Umsetzung des zweiten Schweizer Beitrags an ausgewählte EU-Mitgliedstaaten: Abschluss

Unter dem Vorbehalt der Aufhebung der Nichtdiskriminierungsbedingung durch das Parlament wird der Bundesrat 2022 bilaterale Verträge mit den Partnerstaaten zur Umsetzung des zweiten Schweizer Beitrags an ausgewählte EU-Mitgliedstaaten abschliessen.

Soll-Termin: 31.12.2022

«Framework for Participation Agreement» mit der EU: Abschluss

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2022 ein «Framework for Participation Agreement» mit der EU abschliessen, das den rechtlichen und administrativen Rahmen für die Entsendung von Schweizer Expertinnen und Experten in zivile Krisenbewältigungsmissionen der EU definiert. Dadurch soll das Verfahren für künftige Schweizer Entsendungen an zivile EU-Missionen erleichtert und effizienter gestaltet werden.

Soll-Termin: 30.06.2022

Strategie der Schweiz zur Sperrung, Einziehung und Rückführung von Geldern von ausländischen politisch exponierten Personen («Asset Recovery»): Verabschiedung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2022 eine Strategie Asset Recovery (Sperrung, Einziehung und Rückführung von Geldern von ausländischen politisch exponierten Personen) verabschieden. Es handelt sich um eine Fortschreibung der Strategie von 2014, unter Anpassung an die aktuellen Herausforderungen. Die neue Strategie wird in einem breiten Konsultationsprozess unter Einbeziehung des Privatsektors und der Kantone erarbeitet.

Soll-Termin: 30.09.2022

Länderbericht der Schweiz über die Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung:
Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2022 seinen zweiten freiwilligen Länderbericht zur Umsetzung der Agenda 2030 gutheissen. Die Schweiz wird den Bericht im Juli 2022 der UNO vorlegen. Er wird auf der Basis einer aktualisierten Bestandsaufnahme der Umsetzung der Agenda 2030 in der Schweiz und in ihren Aussenbeziehungen erstellt werden. Es handelt sich um eine Massnahme im Zusammenhang mit dem thematischen Schwerpunkt «Nachhaltigkeit» der Aussenpolitischen Strategie 2020-2023 und der Strategie Nachhaltige Entwicklung 2030.

Soll-Termin: 31.05.2022

Teilnahme der Schweiz am Instrument für finanzielle Hilfe im Bereich Grenzmanagement und Visumpolitik: Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird bis Ende 2022 die Botschaft zur Übernahme der EU-Verordnung zur Schaffung eines Instruments für finanzielle Hilfe im Bereich Grenzmanagement und Visumpolitik (BMVI) im Rahmen des Fonds für integriertes Grenzmanagement sowie zur dafür notwendigen Zusatzvereinbarung Schweiz-EU verabschieden. Dieses Finanzinstrument unterstützt im Zeitraum 2021 bis 2027 Projekte im Bereich des Aussengrenzschatzes und der Visaerteilung. Es löst den Fonds für die innere Sicherheit im Bereich Aussengrenzen und Visa (ISF-Grenze) ab, an dem sich die Schweiz bis 2020 beteiligte. Es handelt sich dabei um eine Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands.

Soll-Termin: 31.12.2022

PROJEKTE UND VORHABEN

Aktualisierung bestehender bilateraler Marktzugangsabkommen mit der EU: Unterzeichnung entsprechender Beschlüsse durch die Gemischten Ausschüsse

Bestehende Marktzugangsabkommen mit der EU wie das MRA und das Landwirtschaftsabkommen sollen 2022 aktualisiert werden. Die entsprechenden Beschlüsse müssen von den zuständigen Gemischten Ausschüssen genehmigt werden.

Soll-Termin: 31.12.2022

Zusammenarbeit mit der EU im Bereich Justiz und Inneres: Vertiefung

Die Zusammenarbeit mit der EU im Bereich Justiz und Inneres soll vertieft werden, namentlich im Rahmen der Assoziierung an Schengen/Dublin.

Soll-Termin: 31.12.2022

Die Schweiz als nichtständiges Mitglied des UNO-Sicherheitsrats: Vorbereitung der Einsitznahme 2023/24

Die Wahl als nichtständiges Mitglied im UNO-Sicherheitsrat 2023/24 ist ein Ziel (1.1) der Aussenpolitischen Strategie 2020–2023. Die Kandidatur wird bis zum Wahltermin im Juni 2022 fortgesetzt und weiter intensiviert. Die Schweiz stellt ihre Kandidatur mit dem Slogan A Plus for Peace im Rahmen von verschiedenen Anlässen vor, z.B. zum 20-jährigen Jubiläum der Volksabstimmung über den Schweizer UNO-Beitritt im März 2022. Die Vorbereitungsarbeiten für eine Einsitznahme werden weitergeführt (Themen, Personal, Abläufe etc.).

Soll-Termin: 31.12.2022

Förderung der Agenda «Frauen, Frieden und Sicherheit»: Schweizer Ko-Vorsitz des entsprechenden Netzwerks

Die Schweiz übernimmt den Ko-Vorsitz 2022 (mit Südafrika) des Women, Peace and Security Focal Points Netzwerks mit dem Ziel, die Umsetzung der Agenda «Frauen, Frieden und Sicherheit» auf nationaler und internationaler Ebene zu fördern. Das Netzwerk umfasst mehr als 80 Staaten und 7 internationale und regionale Organisationen. Es handelt sich um eine Massnahme gemäss der Aussenpolitischen Strategie 2020–2023 (Ziel 1.2).

Soll-Termin: 31.12.2022

Stärkung der Umsetzung des humanitären Völkerrechts: Organisation eines zwischenstaatlichen Expertenaustauschs

Die Schweiz will die Umsetzung des humanitären Völkerrechts stärken. Zu diesem Zweck wird ein Austausch zu gemeinsamen, aktuellen Herausforderungen organisiert. Die Teilnahme am Austausch ist für Experten aller Staaten offen. Ziel ist die Identifizierung guter Praktiken und deren Übernahme auf nationaler Ebene.

Soll-Termin: 31.12.2022

Ukraine-Reformkonferenz 2022 in der Schweiz: Durchführung der Ministerkonferenz

Organisation einer hochrangigen internationalen Konferenz in Zusammenarbeit mit der Ukraine zu den Reformen in der Ukraine. Die Konferenz soll die bisherigen Fortschritte überprüfen, die Hindernisse identifizieren und breite Unterstützung für den Reformprozess fördern.

Soll-Termin: 31.07.2022

Förderung der Vielfalt und nationalen Minderheiten in Europa: Umsetzung der Massnahmen des Berichts des Bundesrates

Der Bundesrat hiess 2021 den Bericht über die Umsetzung von zwei Konventionen des Europarats – dem Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten und der Europäischen Charta der regional- und Minderheitensprachen – gut. 2022 steht die Umsetzung der identifizierten Massnahmen im Zentrum.

Soll-Termin: 31.12.2022

Profilentwicklung Science Diplomacy: Verabschiedung von EDA-Leitlinien

Im Kontext des rasanten technologischen Wandels gewinnen die Schnittstellen zwischen Wissenschaft und Aussenpolitik an Bedeutung. Das Profil der Schweizer Aussenpolitik im Bereich Science Diplomacy soll mit Leitlinien für die Jahre 2022-25 weiterentwickelt und gestärkt werden.

Soll-Termin: 28.02.2022

Digitale Gouvernanz durch Völkerrecht: Verabschiedung eines EDA-Konzepts

Als Umsetzung des Berichts des Bundesrats zu Künstlicher Intelligenz und Völkerrecht wird ein Konzept erarbeitet, das aufzeigt, wie die verschiedenen Akteure – z.B. Normierungsorganisationen, Staaten und Unternehmen – ihre Tätigkeiten besser aufeinander abstimmen können und so die Kohärenz des internationalen Regelwerks gestärkt wird. Ziel sind internationale Prozesse und Strukturen, die es allen relevanten Akteuren ermöglichen, sich in das Regelwerk für die Digitalisierung einzubringen.

Soll-Termin: 30.09.2022

Modernisierung der internationalen Regelungen der konsularischen Dienste: Verabschiedung eines Aktionsplans

Die Prioritäten und Handlungsfelder zur Modernisierung der internationalen Regelungen der konsularischen Dienste werden in einem Aktionsplan definiert. Die Grundlagen zur Stärkung des entsprechenden Dialogs auf internationaler Ebene liegen damit vor.

Soll-Termin: 31.12.2022

Optimierung der Rahmenbedingungen für die digitale Transformation EDA: Zwischenbilanz

Das EDA fördert die Kompetenzentwicklung auf Ebene der digitalen Fähigkeiten der Mitarbeitenden, stärkt das Führungswissen über die digitalen Tools und befähigt die Führungskräfte des Departements zur Führung von Veränderungsprozessen. Über die Umsetzung der entsprechenden Massnahmen gemäss dem «Aktionsplan Digitale Transformation» wird eine Zwischenbilanz gezogen.

Soll-Termin: 31.12.2022

Optimiertes Sicherheits- und Krisenmanagement im Aussennetz: Umsetzung der Digitalisierungsmassnahmen

Abschluss des Projektes zur Digitalisierung des Sicherheits- und Krisenmanagements. Einführung des neuen Online-Programmes im gesamten Aussennetz und nach Bedarf an der Zentrale.

Soll-Termin: 31.12.2022

IZA-Kongress 2022: Durchführung mit Themenschwerpunkt "Wirksame Klimaansätze"

Der Kampf gegen den Klimawandel ist einer von vier thematischen Schwerpunkten der IZA-Strategie 2021-24. Am IZA-Kongress 2022 steht die Frage nach den wirksamen Ansätzen im Bereich Klima im Zentrum.

Soll-Termin: 30.06.2022

EDA-Beitrag an die Klimaziele der Bundesverwaltung: Reduktion der CO₂-Emissionen an der Zentrale um 3% sowie vollständige Kompensation der Emissionen

Das EDA setzt die zur Verfügung stehenden Instrumente zur Erreichung der Klimaziele der Bundesverwaltung ein. Es prüft, in welchen Bereichen weitergehende Massnahmen mit den vorhandenen Ressourcen möglich sind.

Soll-Termin: 31.12.2022

EDA-Aktionsplan Chancengleichheit, Diversität, Inklusion 2021–2028: Umsetzung

Kommunikation betreffend Commitment und Erwartungen der Departementsleitung zum neuen Aktionsplan und seinen Zielen sowie Festlegung der Umsetzungsziele und -prioritäten in den Direktionen und im Aussennetz.

Soll-Termin: 31.03.2022

Zusammenarbeit mit dem Privatsektor in der IZA: Kenntnisnahme des Evaluationsberichts 2017 - 2021

Im Rahmen der Umsetzung der IZA Strategie 2021–2024 soll die Zusammenarbeit mit dem Privatsektor verstärkt werden. 2022 wird die DEZA Direktion einen Evaluationsbericht zur Kenntnis nehmen, der bestehende DEZA Projekte prüft. Die Schlussfolgerungen dienen zur Ausrichtung der weiteren Zusammenarbeit.

Soll-Termin: 31.03.2022

Wirksame Landeskommunikation an den Olympischen und Paralympischen Winterspielen 2022 in Peking (China): Auftritt mit dem House of Switzerland

Vom 04.–20.02.2022 finden in Peking Olympische und vom 04.–13.03.2022 Paralympische Winterspiele statt. Die Schweiz präsentiert sich mit dem HoS einer breiten Öffentlichkeit in China und auf internationaler Ebene als weltoffenes, vielfältiges, dynamisches und innovatives Land.

Soll-Termin: 31.03.2022

EDI

GENERALSEKRETARIAT EDI (GS-EDI)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Bericht «Gewalt an Menschen mit Behinderungen in der Schweiz» (in Erfüllung des Po. Roth 20.3886): Genehmigung / Gutheissung

Soll-Termin: 25.09.2022

PROJEKTE UND VORHABEN

Bericht Behindertenpolitik 2023 – 2026: Verabschiedung durch den Bundesrat

Der Bericht zeigt einerseits auf, wie die behindertenpolitischen Zielsetzungen 2018 – 2021 umgesetzt wurden, und enthält andererseits die Schwerpunkte und Aktivitäten für den Zeitraum 2023 – 2026.

Soll-Termin: 31.12.2022

eSubventionen: Abschluss der Initialisierungs- & Konzeptphase und Start der Realisierungsphase

Das Projekt muss die bestehende Subventionslösung ablösen. Ziel ist es, die Prozesse medienbruchfrei und automatisiert abzuwickeln.

Soll-Termin: 31.12.2022

eESA: Abschluss Einführung der Prozesse B Stabilisierung des Betriebes Umsetzung der Prozesse C

Das Hauptziel des Projekts «eESA» ist die gesetzlichen Aufsichtsarbeiten künftig soweit wie möglich auf elektronischem Weg und automatisiert abwickeln zu können.

Soll-Termin: 31.12.2022

EIDG. BÜRO FÜR DIE GLEICHSTELLUNG VON FRAU UND MANN (EBG)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Bericht «Begleitung von Frauen mit dem Ziel der Gleichstellung von Frau und Mann. Wie sieht die Zukunft der Beratungsstellen aus?» (in Erfüllung des Po. Moret 19.3621): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird den Bericht zum Postulat 19.3621 Moret «Begleitung von Frauen mit dem Ziel Gleichstellung von Frau und Mann. Wie sieht die Zukunft der Beratungsstellen aus?» im zweiten Halbjahr 2022 gutheissen.

Soll-Termin: 31.12.2022

Bericht «Strategie zur Stärkung der Lohngleichheit» (in Erfüllung des Po. WBK-N 20.4263): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird den Bericht zum Postulat 20.4263 WBK-N «Strategie zur Stärkung der Lohngleichheit» im zweiten Halbjahr gutheissen.

Soll-Termin: 31.12.2022

Bericht «Statistik über gewaltbetroffene Mädchen und Bedarfsabklärung für Schutzplätze» (in Erfüllung des Po. Wasserfallen 19.4064): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird den Bericht zum Postulat 19.4064 Wasserfallen «Statistik über gewaltbetroffene Mädchen und Bedarfsabklärung für Schutzplätze» im ersten Halbjahr 2022 gutheissen.

Soll-Termin: 30.06.2022

PROJEKTE UND VORHABEN

Nationale Strategie des Bundes für die Gleichstellung von Frauen und Männern: Umsetzung

Gemäss Legislaturplanung 2019-2023 hat der Bundesrat eine Nationale Strategie für die Gleichstellung von Frauen und Männern verabschiedet (Art. 9, Ziel 8, Massnahme 41). Inhaltlich stehen die folgenden drei Themenbereiche im Vordergrund: (1) Erwerbsleben, insbesondere Lohngleichheit, (2) Vereinbarkeit von Beruf und Familie, (3) Bekämpfung von Sexismus und Gewalt.

Soll-Termin: 31.12.2022

Kontrollen zur Lohngleichheit im Beschaffungswesen in Unternehmen unter 100 Personen: Umsetzung

Der Bund beschafft Güter und Dienstleistungen im Wert von 6,1 Milliarden Franken, die von rund 30'000 Lieferanten bezogen werden. Dabei werden nur Anbietende berücksichtigt, die unter anderem die Lohngleichheit zwischen Frau und Mann einhalten. Aufgrund der geringen Anzahl von jährlich mindestens 30 neu eingeleiteten Kontrollen des EBG zur Lohngleichheit werden sich die risikobasierten Kontrollen 2022 auf Anbietende mit weniger als 100 Arbeitnehmenden konzentrieren. Bei diesen ist der unerklärte Anteil bei den Lohnunterschieden überdurchschnittlich hoch.

Soll-Termin: 31.12.2022

Prüfinstrumente zur Lohngleichheit für öffentliche und private Anbieter: Umsetzung

Das Standard-Analysetool Logib wird bis 2023 technisch modernisiert. 2022 steht die Integration der standardisierten Swissdec-Schnittstelle von Logib zu ERP-Systemen (Lohnbuchhaltung) an. Das Projekt kann den administrativen Aufwand der Lohngleichheitsanalyse für die meisten Unternehmen von 1-2 Tagen auf wenige Stunden senken. Entwickelt und betrieben wird die neue Anwendung vom BIT. Die Schnittstelle wird über den Verein Swissdec und den Lohnstandard-CH (ELM: einheitliches Lohnmeldeverfahren) realisiert.

Soll-Termin: 31.12.2022

Charta zur Lohngleichheit für den öffentlichen Sektor: Umsetzung

Der öffentlichen Hand kommt in der Förderung der Lohngleichheit eine Vorbildfunktion zu. Die Unterzeichnenden der Charta bekräftigen, die Lohngleichheit in ihrem Einflussbereich umzusetzen. Bis heute sind der Bund, 16 Kantone, 111 Gemeinden und 62 staatsnahe Betriebe beigetreten. Das Parlament will die Charta stärken und hat den Bundesrat mit der Erarbeitung einer entsprechenden Strategie beauftragt. Das EBG setzt diesen Auftrag um und erstattet dem Parlament 2022 Bericht. Im Zentrum stehen Massnahmen zur Gewinnung weiterer Akteure aus dem öffentlichen Sektor sowie die Umsetzung der Charta bei den Unterzeichnenden.

Soll-Termin: 31.12.2022

Nationaler Aktionsplan gegen Gewalt an Frauen und häusliche Gewalt: Verabschiedung

Gemäss Legislaturplanung 2019-2023 (Art. 9, Ziel 8, Massnahme 42) erarbeitet das EBG einen nationalen Aktionsplan zur Umsetzung des Übereinkommens des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention). Die Verabschiedung durch den Bundesrat und Publikation ist in der ersten Jahreshälfte 2022 geplant.

Soll-Termin: 30.06.2022

SCHWEIZERISCHES BUNDESARCHIV (BAR)

PROJEKTE UND VORHABEN

Ablösung des Digitalen Archivs DIR: Start Konzeptphase

Das Projekt zur Ablösung des Digitalen Archivs DIR ist initialisiert und die Konzeption begonnen.

Soll-Termin: 15.01.2022

Ablösung des Archivinformationssystems AIS: Erteilung des WTO-Zuschlags

Der WTO-Zuschlag für den neuen Metadaten-Katalog, das Archivinformationssystem AIS, ist erteilt.

Soll-Termin: 31.12.2022

Weiterentwicklung Online-Zugang: Inbetriebnahme neuer Release Online-Zugang

Das BAR entwickelt das bestehende Angebot im Online-Zugang entlang der Kundenbedürfnisse von Öffentlichkeit und Verwaltung weiter.

Soll-Termin: 31.10.2022

BUNDESAMT FÜR KULTUR (BAK)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Anpassung der Filmverordnung: Inkraftsetzung

Der Bundesrat wird im Rahmen der Umsetzung der Kulturbotschaft 2021–2024 die Ausführungsbestimmungen zum Filmgesetz erlassen und die angepasste Filmverordnung im zweiten Halbjahr 2022 in Kraft setzen.

Soll-Termin: 31.12.2022

Agentur Movetia: Verabschiedung von Organisationserlass und Botschaft (FF SBFI)

Für die Arbeiten zur Umwandlung der Stiftung Movetia in eine öffentlich-rechtliche Einrichtung ist das SBFI zuständig. Es ist vorgesehen, dass die Anstellung der Schweizer Lehrkräfte an den vom Bund unterstützten Schweizerschulen im Ausland in Zukunft über Movetia erfolgt. Die entsprechenden gesetzlichen Grundlagen werden im zweiten Halbjahr 2022 ausgearbeitet.

Soll-Termin: 31.12.2022

Konzept Transitplätze als Grundlage für die Planung von Halteplätzen für fahrende Minderheiten aus dem Ausland: Verabschiedung

Zusammen mit den Kantonen wird ein Raumplanungskonzept gemäss Artikel 13 Raumplanungsgesetz (RPG) als Grundlage für die Planung von Halteplätzen für fahrende Minderheiten aus dem Ausland erarbeitet. Im Anschluss an die öffentliche Vernehmlassung kann das Konzept finalisiert und vom Bundesrat im zweiten Halbjahr 2022 verabschiedet werden.

Soll-Termin: 31.12.2022

PROJEKTE UND VORHABEN

Digitale Langzeitarchivierung Schweiz. Nationalbibliothek: Durchführung einer WTO-Beschaffung

Durchführung einer WTO Beschaffung
Durchführung einer WTO-Beschaffung

Soll-Termin: 31.12.2022

Filmverordnung: Teilrevision

Teilrevision der Filmverordnung im Anschluss an die Revision des Filmgesetzes.

Soll-Termin: 31.12.2022

Covid-19-Kulturverordnung: Vornahme Schlussarbeiten mit den Durchführungsstellen

Letzte Gesuche gestützt auf die Covid-19-Kulturverordnung sind bis Ende November 2021 einzureichen. Anschliessend entscheiden die Durchführungsstellen über die Gesuche und bereiten den Schlussbericht an das BAK vor. Die Schlussabrechnung erfolgt bis Mitte 2022.

Soll-Termin: 31.12.2022

BUNDESAMT FÜR METEOROLOGIE UND KLIMATOLOGIE (METEOSCHWEIZ)

PROJEKTE UND VORHABEN

Weiterentwicklung des Naturgefahrenportals: Konzeptphase gestartet

Damit das Gesamtsystem Naturgefahrenportal oder einzelne Elemente davon über den aktuellen Lebenszyklus hinaus betrieben werden können, müssen entsprechende Beschaffungen auf Basis der Anforderungen des LAINAT und der Betreiberin MeteoSchweiz getätigt werden.

Soll-Termin: 30.09.2022

Überarbeitung der Website MeteoSchweiz: Abschluss Realisierung webbasierte Fachanwendung, Einführung und Go-Live

Herausforderungen wie zunehmende gesellschaftliche Mobilität, Digitalisierung, visuelle Kommunikation, SEO, Anforderungen Zielgruppen und Produzenten an Applikationen, technologische Entwicklungen, Steigerung Effizienz durch Automatisierung im Betrieb verlangen eine umfassende Überarbeitung der Website von MeteoSchweiz. Zudem läuft die WTO-Beschaffung 2022 (Wartung und Support / Weiterentwicklung) aus.

Soll-Termin: 01.11.2022

ICON22: Ablösung des heutigen Wettervorhersagemodells COSMO durch das Nachfolgemodell ICON: Realisierungsphase gestartet

Das Modell ICON (Icosahedral Nonhydrostatic) wird regelmässig (mindestens einmal pro Tag) als regionales Modell am CSCS mit Nutzung von graphischen Prozessoren (GPU) berechnet.

Soll-Termin: 31.12.2022

Weather4UN: Wetterinformationen für die Organisationen der UNO und der Humanitären Hilfe: verbesserter Zugang bei Naturkatastrophen: Realisierungsphase gestartet

Die Entwicklung von Werkzeugen für die Implementierung des Weather4UN "Showcase" ist in vollem Gange und erste Versuche wurden durchgeführt.

Soll-Termin: 31.12.2022

OWARNA@MetCH: Entwicklung und Implementierung der nächsten Generation von Wetterwarnungen für die Schweiz: Konzeptphase abgeschlossen

Ein Konzept für die grundlegende Prozesskette, inklusive technischer Tools, Arbeitsprozesse und Berücksichtigung der Nutzerbedürfnisse liegt vor.

Soll-Termin: 30.09.2022

OptiMon: Einführung einer automatischen Überwachung der IKT-Systeme und der gesamten Produktionsketten: Die Überwachung der zwölf wichtigsten Produktionsstrassen ist funktionstüchtig.

Einführung eines Business Service Monitoring im Sinne einer End-to-End Überwachung von MeteoSchweiz Produktionsstrassen. Dabei wird nicht nur der Informatikbetrieb und die Infrastruktur oder die Fachapplikationen isoliert überwacht, sondern der gesamte Business Service - von der Datenerhebung über die Verarbeitung bis hin zur Datenablieferung (Produkt). Durch OptiMon werden Störungen proaktiv erkannt und behoben und Systeme und deren Prozesse nachhaltig verbessert.

Soll-Termin: 31.12.2022

AMAROC: Automatisierung der Flugwettermeldungen rund um die Uhr: Das System ist am Flughafen Genf im Testbetrieb.

AMAROC ist ein Flagship Projekt des EDI mit dem Ziel, die betriebskritischen Flugwettermeldungen zu automatisieren. MeteoSchweiz arbeitet bei der Entwicklung mit dem Deutschen Wetterdienst DWD zusammen. Die neue Lösung verwendet Radar- und Satellitendaten für eine verbesserte Detektion konvektiver Wettererscheinungen.

Soll-Termin: 31.12.2022

BUNDESAMT FÜR GESUNDHEIT (BAG)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG): Massnahmen zur Kostendämpfung - Paket 2: Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2022 die Botschaft zur Änderung des KVG (Massnahmen zur Kostendämpfung – Paket 2) verabschieden. In Umsetzung des Kostendämpfungsprogrammes werden in einem eigenen Rechtssetzungspaket Massnahmen im Bereich der koordinierten Versorgung – wie beispielsweise Netzwerke zur koordinierten Versorgung, Programme der Patientenversorgung – und im Bereich der Arzneimittelpreise – wie beispielsweise Schaffung von Rechtsgrundlagen für eine differenzierte Prüfung der Kriterien für Wirksamkeit, Zweckmässigkeit und Wirtschaftlichkeit (WZW) – vorgeschlagen.

Soll-Termin: 30.06.2022

Änderung des Krankenversicherungsgesetzes (KVG): Massnahmen zur Kostendämpfung Paket 1: Inkraftsetzung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2022 die Verordnung vom 27. Juni 1995 über die Krankenversicherung (KVV) und die Verordnung des EDI vom 29. September 1995 über Leistungen in der obligatorischen Krankenpflegeversicherung in Kraft setzen. In Umsetzung der KVG-Änderung zum Paket 1 wird die Verordnung über die Krankenversicherung angepasst und die Ausführungsbestimmungen insbesondere zu den Themen Experimentierartikel, Tarifregeln und Vereinfachung der Rechnungen zu verabschieden und die KVG-Änderung in Kraft gesetzt.

Soll-Termin: 31.12.2022

Änderung des Bundesgesetzes über die Datenweitergabe der Versicherer in der obligatorischen Krankenpflegeversicherung: Inkraftsetzung

In Umsetzung des Bundesgesetzes vom 19. März 2021 über die Datenweitergabe der Versicherer in der obligatorischen Krankenpflegeversicherung wird der Bundesrat im zweiten Halbjahr 2022 die Verordnung über die Krankenversicherung sowie die Verordnung betreffend die Aufsicht über die soziale Krankenversicherung anpassen und das Bundesgesetz in Kraft setzen.

Soll-Termin: 31.12.2022

Änderung der Verordnung über die Krankenversicherung (KVV) und der Verordnung des EDI über Leistungen in der obligatorischen Krankenpflegeversicherung: Kostensenkende Massnahmen und Massnahmen zur Erhöhung der Rechtssicherheit: Inkraftsetzung

Aufgrund der Kostenentwicklung im Bereich der obligatorischen Krankenpflegeversicherung (OKP) sind Anpassungen der Verordnung über die Krankenversicherung (KVV) und der Verordnung des EDI über Leistungen in der obligatorischen Krankenpflegeversicherung (KLV) angezeigt. Mit dieser Revision sollen einerseits Massnahmen zur Kostendämpfung im Bereich der OKP umgesetzt werden. Andererseits sind Anpassungen geplant, die der Prozessoptimierung sowie der Erhöhung der Transparenz und der Schaffung von mehr Klarheit und Rechtssicherheit dienen sollen. Gleichzeitig sind Anpassungen im Bereich der Gebühren für die Verwaltungsverfahren vorgesehen. Schliesslich sollen auch die Bestimmungen über die Vergütung im Einzelfall angepasst werden. Der Bundesrat wird die Verordnungen im zweiten Halbjahr 2022 in Kraft setzen.

Soll-Termin: 31.12.2022

Grundsatzentscheid bezüglich des Aufbaus einer nationalen Kohorte (Schweizerische Gesundheitsstudie): Grundsatzentscheid

Gestützt auf den Entscheid des Bundesrates vom Mai 2017 wurde zwischen 2017 und 2021 eine Pilotstudie mit zirka 1000 erwachsenen Freiwilligen in zwei Studienzentren in Lausanne und Bern durchgeführt. Diese Pilotstudie diente zur Vorbereitung einer nationalen Kohorte (Schweizer Gesundheitsstudie), die Humanbiomonitoring, Gesundheitsuntersuchungen und die Erhebung von relevanten Expositions und weiteren Begleitdaten umfasst. Im Rahmen der Pilotstudie wurde technisches und organisatorisches Knowhow aufgebaut, die nötige Infrastruktur sowie die nötigen Entscheidungsstrukturen (Governance) und gesetzlichen Grundlagen einer künftigen Nationalen Kohorte erörtert und entsprechende Erfahrungen in der Umsetzung gesammelt. Basierend auf diesen Erkenntnissen trifft der Bundesrat im ersten Halbjahr 2022 einen Grundsatzentscheid hinsichtlich des Aufbaus der nationalen Kohorte (Schweizer Gesundheitsstudie).

Soll-Termin: 31.12.2022

Änderung der Biozidprodukteverordnung (VBP) zur Reduktion von Risiken beim Einsatz von Pestiziden: Eröffnung der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2022 die Vernehmlassung zu den Änderungen in der Biozidprodukteverordnung (VBP) zur Reduktion von Risiken beim Einsatz von Pestiziden eröffnen. Der Grund bildet die Umsetzung der parlamentarischen Initiative 19.475 zur Verminderung der Risiken beim Einsatz von Pestiziden. Das Chemikaliengesetz sieht neu eine Mitteilungspflicht für Biozidprodukte und eine Verminderung von Risiken von Biozidprodukten vor.

Soll-Termin: 30.06.2022

Revision des Bundesgesetzes über genetische Untersuchungen beim Menschen (GUMG) sowie der zugehörigen Bundesratsverordnungen: Inkraftsetzung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2022 die Vernehmlassungsergebnisse zu den geänderten Verordnungen des totalrevidierten Bundesgesetzes über genetische Untersuchungen beim Menschen (GUMG) zur Kenntnis nehmen und den Gesetzeserlass mitsamt seiner Ausführungsbestimmungen in Kraft setzen. Damit wird den technischen Entwicklungen (z.B. zunehmend schnellere und kostengünstigere Analysen des Erbguts) und dem wachsenden Online-Markt besser Rechnung getragen.

Soll-Termin: 30.09.2022

Änderung der Verordnung über In-vitro-Diagnostika (IvDV) sowie Änderung der Verordnung über klinische Versuche mit Medizinprodukten (KlinV-Mep): Inkraftsetzung

Zeitgleich mit dem Inkrafttreten der EU-Verordnung über In-vitro-Diagnostika wird der Bundesrat die neue Verordnung über In-vitro-Diagnostika (IvDV) sowie die geänderte Verordnung über klinische Versuche mit Medizinprodukten (KlinV-Mep) im ersten Halbjahr 2022 in Kraft setzen. Damit will der Bundesrat die Qualität und Sicherheit dieser Diagnostika verbessern.

Soll-Termin: 26.05.2022

Änderung des Betäubungsmittelgesetzes (BetmG) betreffend Cannabisarzneimittel: Inkraftsetzung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2022 die Änderung des Betäubungsmittelgesetzes betreffend Cannabisarzneimittel sowie die entsprechende Änderung des Ordnungsrechts (insbesondere Betäubungsmittelkontrollverordnung) in Kraft setzen. Damit wird das Verbot von Cannabis zu medizinischen Zwecken aufgehoben und kranken Menschen mit möglichst geringem bürokratischem Aufwand der Zugang zu zulassungsbefreiten Cannabisarzneimitteln ermöglicht.

Soll-Termin: 31.08.2022

Ausgewählte Massnahmen zur Umsetzung und Förderung des elektronischen Patientendossiers (EPD) auf der Basis des Berichts «Elektronisches Patientendossier. Was gibt es noch zu tun bis zu seiner flächendeckenden Verwendung?» (in Erfüllung des Po. Wehrli 18.4328): Grundsatzentscheid

Der Bericht in Erfüllung des Po. Wehrli 18.4328 beinhaltet Massnahmen zur Förderung der Verbreitung des EPD. Angesichts der weiteren Herausforderungen rund um das EPD sollen auch die (gesetzlichen) Rahmenbedingungen umfassend geprüft werden. Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2022 einen Grundsatzentscheid zum weiteren Vorgehen fällen.

Soll-Termin: 31.12.2022

Aktualisierung des Berichts «Planung der hochspezialisierten Medizin: Umsetzung durch die Kantone und subsidiäre Kompetenz des Bundesrates» (in Erfüllung des Po. SGK-N 13.4012):
Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2022 die Aktualisierung des Berichts «Planung der hochspezialisierten Medizin. Umsetzung durch die Kantone und subsidiäre Kompetenz des Bundesrates» (in Erfüllung des Po. SGK-N 13.4012) gutheissen. Gegenstand wird die Evaluation der Umsetzung der kantonalen Planung im Bereich der hochspezialisierten Medizin sein.

Soll-Termin: 31.12.2022

Bericht «Vergleichender Bericht über die Gesundheit von LGB» (in Erfüllung des Po. Marti Samira 19.3064): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird den Bericht «Vergleichender Bericht über die Gesundheit von LGB» (in Erfüllung des Po. Marti Samira 19.3064) im zweiten Halbjahr 2022 gutheissen. Im Auftrag des Postulats wird ein Bericht erarbeitet, der die Gesundheit von LGB-Personen mit der Allgemeinbevölkerung vergleicht. Konkret werden die Daten der Schweizerischen Gesundheitsbefragung ausgewertet und durch eine zusätzliche Online-Befragung von LGBT-Personen ergänzt.

Soll-Termin: 31.12.2022

Bericht «ADHS. Resultate des Projektes Fokus in die Ausbildung integrieren» (in Erfüllung des Po. Herzog 19.4283): Genehmigung / Gutheissung

In der FOKUS-Studie wurde getestet, welche Auswirkungen die Einführung einer Weiterbildung für Lehrer, die Strategien zum Umgang mit ADHS beinhaltet, auf die betroffenen Kinder und deren Eltern hat. Der Zweck dieses Berichts ist es, die Ergebnisse dieser Studie zu analysieren und die Möglichkeit, diese Erkenntnisse in die Lehrerausbildung zu integrieren, zu prüfen. Der Bundesrat wird den Bericht im zweiten Halbjahr 2022 gutheissen.

Soll-Termin: 31.12.2022

Massnahmenpaket Langzeitpflege: Grundsatzentscheid

Die Strategie Gesundheit2030 stellt einen Mangel an qualifiziertem Gesundheitspersonal fest und legt eine der Stossrichtungen mit «Mehr Langzeitpflegepersonal» fest. Um dieses Ziel zu erreichen, braucht es koordinierte Massnahmen einerseits zur Steigerung der Ausbildungsabschlüsse und andererseits zur Verbesserung der Berufsverweildauer. Ein Element zur Erhöhung der Ausbildungsabschlüsse wird die Umsetzung der Pflegeinitiative (Pa. Iv. 19.401) mit einer Ausbildungsoffensive im Tertiärbereich Pflege sein. Zum Thema Berufsverweildauer wird mit einem Bericht der Einfluss der Personaldotation auf die Pflegequalität untersucht. Mit einem weiteren Bericht werden die Grundlagen zur Weiterentwicklung des Berufsbildes Pflege / Langzeitpflege und damit für mögliche Massnahmen zur Verbesserung der Berufsverweildauer gelegt. Der Bundesrat entscheidet im zweiten Halbjahr 2022 auf der Grundlage dieser Auslegeordnung, welche weiteren Massnahmen zur Erreichung des strategischen Ziels notwendig sind.

Soll-Termin: 30.06.2022

Weiterentwicklung des Epidemiengesetzes infolge der Covid-19-Pandemie: Grundsatzentscheid

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2022 einen Grundsatzentscheid auf der Basis des erarbeiteten Grundlagenpapiers zur Revision des Epidemiengesetzes (EpG) treffen. Das Grundlagenpapier enthält erste Erkenntnisse aus der Evaluation der Krisenbewältigung, identifiziert den Optimierungsbedarf aus den politischen Diskussionen und führt erste Überlegungen für die Revision des EpG auf.

Soll-Termin: 31.12.2022

PROJEKTE UND VORHABEN

Aktionsplan Radium: Verabschiedung des Berichts über die Umsetzung 2015-2022 durch den Bundesrat

Bericht an den Bundesrat zur Bilanz aus dem Aktionsplan Radium 2015-2022, der eine Bestandsaufnahme vornimmt und die wichtigsten Erkenntnisse aufzeigt (gemäss BRB vom 10.4.2019). Eventuell Antrag auf Verlagerung der gewährten Mittel auf 2023 je nach Umsetzungsverzögerungen in Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie.

Soll-Termin: 31.12.2022

Teilrevision des Verordnungsrechts zum Humanforschungsgesetz: Eröffnung der Vernehmlassung

Der Bundesrat nahm Ende 2019 die Ergebnisse der Evaluation des Humanforschungsrechts zur Kenntnis und beschloss, eine Teilrevision des Verordnungsrechts vorzunehmen. Im ersten Quartal 2022 soll der Bundesrat die Vernehmlassung zu den revidierten Verordnungen des Humanforschungsgesetzes eröffnen.

Soll-Termin: 14.01.2022

Neue Verordnung über devitalisiertes Gewebe (Devit-V): Eröffnung der Vernehmlassung

Aus menschlichem Gewebe gewonnene Produkte, die keine lebenden Zellen enthalten, gelten heute als Medizinprodukte. Zur Aufrechterhaltung der Äquivalenz mit den EU-Bestimmungen wird derzeit das Medizinproduktrecht grundlegend überarbeitet. Dadurch entsteht ein Regelungsbedarf bei diesen devitalisiert genannten Produkten, der in einer eigenständigen Bundesratsverordnung aufgenommen wird. Im ersten Quartal 2022 soll der Bundesrat die Vernehmlassung zu dieser Verordnung eröffnen.

Soll-Termin: 05.01.2022

Überwachung der Radioaktivität in der Höhenluft: Grundsatzentscheid über das Vorgehen zur Messung der Radioaktivität in der Höhenluft

Die Station zur Überwachung der Radioaktivität in der Luft auf dem Jungfraujoch muss bis 2023 ersetzt werden. Zudem werden die Tiger-Kampfflugzeuge, die zum Sammeln von Aerosolen in grossen Höhen eingesetzt werden, im Jahr 2025 ausgemustert. Daher ist ein anderer Flugzeugtyp auszurüsten, damit Filter zur Sammlung von Aerosolproben in der oberen Troposphäre und unteren Stratosphäre daran angebracht werden können. Schliesslich müssen in Zusammenarbeit mit MeteoSchweiz Kompetenzen für Flugbahnberechnungen aufgebaut werden, damit der Ursprung von Kontaminationen nachträglich ermittelt werden kann.

Soll-Termin: 31.03.2022

BUNDESAMT FÜR STATISTIK (BFS)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Bundesgesetz über das nationale System zur Abfrage von Adressen natürlicher Personen (Adressdienstgesetz, ADG): Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2022 die Botschaft zum Bundesgesetz über das nationale System zur Abfrage von Adressen natürlicher Personen (Adressdienstgesetz, ADG) verabschieden. Der Aufbau eines nationalen Adressdienstes für Verwaltungsaufgaben entspricht einem Bedürfnis und fand in der Vernehmlassung weitgehende Zustimmung.

Soll-Termin: 31.03.2022

Revision von zwei Verordnungen zur Bundesstatistik: Verabschiedung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2022 die Totalrevision der Statistikerhebungsverordnung und die Teilrevision der Verordnung über die Organisation der Bundesstatistik verabschieden. Mit der Totalrevision der Statistikerhebungsverordnung wird die konkrete Ausrichtung der Bundesstatistik auf die Mehrfachnutzung von Daten rechtlich verankert. Mit der Teilrevision der Verordnung über die Organisation der Bundesstatistik erfolgt die Umsetzung der Rollen und Aufgaben im Statistikbereich für die Mehrfachnutzung von Daten.

Soll-Termin: 30.06.2022

Bericht «Erfassung des Gender Overall Earnings Gap (GOEG) und anderer Indikatoren zu geschlechterspezifischen Einkommensunterschieden» (in Erfüllung des Po. Marti Samira 19.4132): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird beauftragt, im Rahmen eines Berichtes zu klären, wie der Gender Overall Earnings Gap (GOEG) sowie andere wichtige Daten zu unbezahlter Arbeit und Lohndiskriminierung in Zukunft regelmässig als Zeitreihendaten erhoben oder berechnet und veröffentlicht werden können. Der Bericht wird im ersten Halbjahr 2022 genehmigt.

Soll-Termin: 31.12.2022

PROJEKTE UND VORHABEN

Bericht über die Machbarkeit eines einheitlichen Systems für alle verpflichtenden Lohnmeldungen der Unternehmen: Kenntnisnahme

Das EDI (BFS) wird beauftragt, zusammen mit dem WBF (SECO), dem EFD (ESTV) und in Zusammenarbeit mit den betroffenen institutionellen Akteuren (Sozialversicherungen, Pensionskassen, kantonale Steuerbehörden, AHV-Ausgleichskassen, Sozialpartner), unter der Berücksichtigung bestehender Lösungen, die Machbarkeit eines einheitlichen Systems für alle verpflichtenden Lohnmeldungen der Unternehmen zu prüfen und dem Bundesrat Bericht zu erstatten.

Soll-Termin: 31.12.2022

BUNDESAMT FÜR SOZIALVERSICHERUNGEN (BSV)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Verordnung über den Jugendschutz in den Bereichen Film und Videospiele (JSFVV): Eröffnung der Vernehmlassung

Mit dem neuen Bundesgesetz über den Jugendschutz in den Bereichen Film und Videospiele (JSFVG) sollen Minderjährige vor Medieninhalten in Filmen und Videospiele geschützt werden, die ihre körperliche, geistige, psychische, sittliche oder soziale Entwicklung gefährden könnten. Es geht namentlich um Darstellungen von Gewalt, Sexualität und bedrohlichen Szenen. Schweizweit werden alle Kinos, Detailhändler, Online-Versandhändler und Abrufdienste zu Alterskennzeichnungen und -kontrollen verpflichtet. Zudem werden auch Anbieterinnen und Anbieter von Plattformdiensten für Videos oder Videospiele (z. B. YouTube, Twitch) in die Pflicht genommen. Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2022 die Vernehmlassung über die Ausführungsbestimmungen in der neuen Verordnung über den Jugendschutz in den Bereichen Film und Videospiele (JSFVV) eröffnen.

Soll-Termin: 01.10.2022

Nationale Strategie zur Erleichterung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Eröffnung der Vernehmlassung

Im Auftrag des Parlaments wird der Bundesrat 2022 einen Vorentwurf der Botschaft in die Vernehmlassung schicken.

Soll-Termin: 31.03.2022

Änderung des Erwerbsersatzgesetzes (EOG): Einführung der Betriebszulage bei Mutterschaftsentschädigung von Selbständigwerbenden: Eröffnung der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2022 die Vernehmlassung zur Änderung des Erwerbsersatzgesetzes (EOG) eröffnen. Mit der Gesetzesänderung soll die Betriebszulage, die bei Militärdienst ausbezahlt wird, auch für selbständigerwerbende Frauen im Mutterschaftsurlaub eingeführt werden. Mit der beabsichtigten Änderung werden die Anliegen der Mo. Maury Pasquier [Baume-Schneider] 19.4270 umgesetzt.

Soll-Termin: 31.12.2022

Schaffung der Rechtsgrundlagen für die Digitalisierung der Erwerbsersatzordnung (EO): Eröffnung der Vernehmlassung

Die Anträge auf Leistungen der Erwerbsersatzordnung (EO) an Dienstleistende in Armee, Zivilschutz, Zivildienst und Jugend und Sport sollen in Zukunft in einem weitgehend automatisierten und digitalen Verfahren bearbeitet werden. Für den dafür nötigen Datenaustausch mit den beteiligten Dienstorganisationen und für den Aufbau und Betrieb der Informatiksysteme auf Seiten der EO müssen die erforderlichen gesetzlichen Grundlagen geschaffen werden. Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2022 die Vernehmlassung eröffnen.

Soll-Termin: 31.12.2022

Bericht «Weiterführung der strategischen Aufgabe der Armutsprävention» (in Erfüllung des Po. WBK-S 19.3954): Genehmigung / Gutheissung

Der Bericht wird einen Überblick über den aktuellen Umsetzungsstand der laufenden Massnahmen im Rahmen der Nationalen Plattform gegen Armut geben.

Soll-Termin: 31.03.2022

Bericht «Menschen mit Behinderung Zugang zu modernen Hilfsmitteln sicherstellen» (in Erfüllung des Po. SGK-S 19.4380): Genehmigung / Gutheissung

Das Postulat 19.4380 verlangt vom Bundesrat zu prüfen, welche Anpassungen notwendig sind, damit die von der Invaliden- und Unfallversicherung abgegebenen Hilfsmittel dem technologischen Fortschritt entsprechen, sofern die Mehrkosten für das einzelne Hilfsmittel dem tatsächlichen Mehrwert für die versicherte Person entsprechen. Dabei soll insbesondere auch die Einführung eines Preissetzungsverfahrens für Hilfsmittel geprüft werden.

Soll-Termin: 31.12.2022

Bericht «Sprachliche Modernisierung des IVG» (in Erfüllung des Po. SGK-S 20.3002): Genehmigung / Gutheissung

Das Postulat 20.3002 verlangt vom Bundesrat zu prüfen, wie das Bundesgesetz über die Invalidenversicherung (IVG) sprachlich modernisiert werden könnte. Das gilt einerseits für den Begriff der Kinderrente, andererseits auch für Begriffe, die heute einen abwertenden Charakter haben oder angesichts des Alters des Gesetzes nicht mehr aktuell sind. Dabei wäre auch darzustellen, in welche anderen Erlasse, insbesondere der Sozialversicherungsgesetzgebung, die neu vorgeschlagenen Begriffe übernommen werden sollten. Zudem sollten die mit diesen Änderungen verbundenen Kosten geschätzt und dargestellt werden.

Soll-Termin: 31.12.2022

Bericht «Differenzierte Codierung von IV-Gebrechen» (in Erfüllung des Po. Suter 20.3598): Genehmigung / Gutheissung

Das Postulat 20.3598 verlangt vom Bundesrat zu prüfen, ob und wie die veralteten Codizes bei der Klassifikation von IV-Gebrechen durch ein differenzierteres und international anerkanntes System zu ersetzen sind.

Soll-Termin: 31.12.2022

Bericht «Kinder und Jugendliche vor der Handykamera nicht alleine lassen. Täter stoppen, die Kinder dazu anleiten oder erpressen, sexuelle Handlungen an sich selbst vorzunehmen» (in Erfüllung des Po. Quadranti [Siegenthaler] 19.4111): Genehmigung / Gutheissung

Das Postulat fordert den Bundesrat auf, zu prüfen, mit welchen rechtlichen, technischen oder anderen Massnahmen verhindert werden kann, dass Kinder und Jugendliche zu kinderpornografischen Aufnahmen veranlasst oder gezwungen werden.

Soll-Termin: 31.12.2022

Bericht «Koordination der Förderinstrumente des Bundes in der Kinder- und Jugendförderung» (in Erfüllung des Po. Hegglin 19.4559): Genehmigung / Gutheissung

Das Postulat 19.4559 «Koordination der Instrumente des Bundes in der Kinder- und Jugendförderung» verlangt vom Bundesrat in einem Bericht zu folgenden Punkten Auskunft zu geben: - Inwiefern die Fördersysteme des Bundes für Organisationen koordiniert werden. - Welche Entwicklungen in diesen Fördersystemen zu erwarten sind. - Welche Folgen sich daraus für die künftige Ausgestaltung und das Zusammenspiel der Förderinstrumente ergeben.

Soll-Termin: 31.12.2022

PROJEKTE UND VORHABEN

Evaluation der Massnahmen und Finanzhilfen gemäss Verordnung Kinderschutz/Kinderrechte: Kenntnisnahme des Berichts über Zweckmässigkeit und Wirksamkeit durch den Bundesrat

Die Verordnung über Massnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen sowie zur Stärkung der Kinderrechte (SR 311.039.1) ist am 1. August 2010 in Kraft getreten. Gemäss Artikel 17 der Verordnung überprüft das BSV regelmässig die Zweckmässigkeit und Wirksamkeit der vom Bund durchgeführten Massnahmen und gewährten Finanzhilfen. Mit diesem Projekt soll eine erste Evaluation der Verordnung durchgeführt werden.

Soll-Termin: 31.12.2022

BVG-Reform: Begleitung der parlamentarischen Beratung und Umsetzung

Mit der Reform sollen das Rentenniveau gesichert, die Finanzierung gestärkt und die Absicherung von Teilzeitbeschäftigten - und damit insbesondere von Frauen - verbessert werden.

Soll-Termin: 31.12.2022

AHVG. Änderung (Modernisierung der Aufsicht): Umsetzung

Die Aufsicht über die AHV, die Ergänzungsleistungen (EL), die Erwerbsersatzordnung (EO) und die Familienzulagen in der Landwirtschaft soll modernisiert werden. Die Aufsicht orientiert sich stärker an den Risiken, die Governance wird verstärkt und die Informationssysteme in der 1. Säule werden zweckmässig gesteuert.

Soll-Termin: 31.12.2022

Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Vereinigten Königreich über soziale Sicherheit: Parlamentarische Genehmigung

Brexit: Umsetzung der BR-Strategie Mind the Gap: Abschluss und parlamentarische Genehmigung eines neuen Sozialversicherungsabkommens mit UK.

Soll-Termin: 31.12.2022

BUNDESAMT FÜR LEBENSMITTELSICHERHEIT UND VETERINÄRWESEN (BLV)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Revision Tierseuchenverordnung (TSV): Verabschiedung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2022 die Revision der Tierseuchenverordnung (TSV) verabschieden. Mit der Revision soll in Abstimmung mit dem EU-Recht eine Neuordnung der Tierseuchenkategorien und eine Verschärfung der Bekämpfungsmassnahmen beim Ausbruch einer hochansteckenden Seuche vorgenommen werden.

Soll-Termin: 30.09.2022

PROJEKTE UND VORHABEN

Abstimmungserläuterungen Tierversuchsverbotsinitiative: Verabschiedung durch Bundesrat

Für die Volksabstimmung zur Tierversuchsverbotsinitiative werden die Abstimmungserläuterungen adressatengerecht verfasst und fristgerecht verabschiedet.

Soll-Termin: 31.12.2022

Revision Ausführungsbestimmungen zum BGCITES: Verabschiedung durch Bundesrat

Das Parlament hat die Revision des BGCITES am 19. März 2021 verabschiedet. Die zur Umsetzung erforderlichen Ausführungsbestimmungen (z.B. zur Informationspflicht beim Verkauf von Exemplaren geschützter Arten) sollen verabschiedet werden, sodass sie zusammen mit den Änderungen des BGCITES im ersten Halbjahr 2022 in Kraft gesetzt werden können.

Soll-Termin: 30.06.2022

Revision Pflanzenschutzmittelverordnung: Eröffnung der Vernehmlassung

Mit der Revision sollen die Verbesserungen des Zulassungsverfahrens, die im Rahmen der externen Evaluation identifiziert wurden, insbesondere zu Transparenz und Kommunikation, umgesetzt werden. Weiter soll das Zulassungsverfahren durch eine stärkere Annäherung an die EU optimiert werden.

Soll-Termin: 31.08.2022

Projekt e-Cert zur Digitalisierung der Exportprozesse und der Einführung elektronischer Zertifikate:
Einführungsphase abgeschlossen

Ausfuhrbescheinigungen werden neu elektronisch an Drittländer übermittelt (via eCert). Damit werden Effizienz und Transparenz der Ausfuhrprozesse optimiert.

Soll-Termin: 31.12.2022

INSTITUT FÜR VIROLOGIE UND IMMUNOLOGIE (IVI)

PROJEKTE UND VORHABEN

Neubau Hochsicherheitsanlage IVI: Varianten sind ausgearbeitet

Um den zukünftigen Sicherheits- und Nutzeranforderungen gerecht zu werden, muss die bestehende Hochsicherheitsanlage in den nächsten fünfzehn Jahren durch einen Neubau ersetzt werden. Bis zu diesem Zeitpunkt sind sicherheitsrelevante Elemente der Anlage am Ende des Lebenszyklus angelangt und können nicht mehr saniert werden. Im Anschluss an die Bedarfsanalyse werden Realisierungsvarianten skizziert.

Soll-Termin: 31.12.2022

EJPD

GENERALSEKRETARIAT EJPD (GS-EJPD)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Teilrevision des Patentgesetzes: Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2022 die Botschaft zu einer Änderung des Bundesgesetzes über die Erfindungspatente (Patentgesetz) verabschieden. Mit dieser Teilrevision erfüllt der Bundesrat die Motion Hefti 19.3228 «Für ein zeitgemässes Schweizer Patent».

Soll-Termin: 30.12.2022

PROJEKTE UND VORHABEN

Weiterentwicklung Schengen/Dublin: Freigabe der zweiten Tranche des Verpflichtungskredits

Mit SIS Recast und EES ist die Einführung von zwei wichtigen Anwendungen im Kontext der Schengen/Dublin Weiterentwicklung geplant.

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr die zweite Tranche (Einführung und Weiterentwicklung) des Verpflichtungskredits für das Programm zur Weiterentwicklung des Schengen/Dublin-Besitzstands freigeben.

Soll-Termin: 30.06.2022

BUNDESAMT FÜR JUSTIZ (BJ)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Bundesgesetz über die Plattform für die elektronische Kommunikation in der Justiz (BEKJ):

Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2022 die Botschaft zum Vorentwurf für ein Bundesgesetz über die Plattform für die elektronische Kommunikation in der Justiz (BEKJ) verabschieden. Bis 2026 sollen sich alle an einem Justizverfahren beteiligten Parteien auf kantonaler und eidgenössischer Ebene mit den rund 300 Gerichten, den Staatsanwaltschaften und Justizvollzugsbehörden Daten in einem hochsicheren zentralen Portal elektronisch austauschen können. Im Zuge dieses Wandels werden Papierakten durch elektronische Dossiers ersetzt und die Arbeitsumgebung in der Justiz sowie die Infrastruktur optimiert. Darüber hinaus wird in den einzelnen Prozessgesetzen des Bundes ein Obligatorium der elektronischen Kommunikation für Professionelle verankert. Die Arbeiten erfolgen im Projekt Justitia 4.0, an welchem Bund und Kantone, die Judikative und die Exekutive beteiligt sind.

Soll-Termin: 31.12.2022

Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste: Eröffnung der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2022 die Vernehmlassung zu einem neuen Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste eröffnen. Nach der Ablehnung des E-ID-Gesetzes wurden verschiedene Motionen für eine vertrauenswürdige, staatliche E-ID eingereicht. Zur Erfüllung dieser Vorstösse soll ein neuer Gesetzesentwurf ausgearbeitet werden.

Soll-Termin: 30.06.2022

Revision des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs (SchKG, Beseitigung der Hindernisse für eine Digitalisierung): Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2022 die Botschaft zu einer Teilrevision des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs (SchKG) verabschieden. Das SchKG soll im Hinblick auf die Digitalisierung (Digitale Verlustscheine, online-Verwertungen, elektronische Wohnsitzüberprüfung) modernisiert werden.

Soll-Termin: 31.12.2022

Verordnungen zum Datenschutzgesetz (DSG): Inkraftsetzung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2022 das revidierte Datenschutzgesetz (DSG) in Kraft setzen und die entsprechenden Verordnungen zum DSG verabschieden.

Soll-Termin: 31.12.2022

Änderung des Strafgesetzbuches und des Jugendstrafgesetzes (Massnahmenpaket Sanktionenvollzug): Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2022 die Botschaft zur Änderung des Strafgesetzbuches und des Jugendstrafgesetzes (Massnahmenpaket Sanktionenvollzug) verabschieden. Straftäter sollen auch nach dem Ende ihrer Strafe oder Massnahme besser betreut und kontrolliert werden. Bei besonders gefährlichen Jugendlichen, die das 18. Lebensjahr vollendet haben, will der Bundesrat direkt im Anschluss an eine jugendstrafrechtliche Sanktion eine Massnahme des Erwachsenenstrafrechts ermöglichen.

Soll-Termin: 31.12.2022

Änderung des Verwaltungsstrafrechts: Ergebnis der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2022 die Vernehmlassung zur Änderung des Bundesgesetzes über das Verwaltungsstrafrecht (VStrR) eröffnen. Ziel ist es, eine umfassende Überarbeitung des VStrR zu verabschieden. Das Hauptziel besteht darin, den Entwicklungen im Strafverfahren seit der Verabschiedung des Gesetzes im Jahr 1974 Rechnung zu tragen. Mit dieser Revision kann der Bundesrat die Motion 14.4122 «Für ein modernes Verwaltungsstrafrecht» umsetzen.

Soll-Termin: 31.12.2022

Rechtshilfevertrag mit Kosovo: Verabschiedung der Botschaft

Kosovo kann aufgrund politischer Vetos anderer Staaten den Rechtshilfeinstrumenten des Europarates nicht beitreten. Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2022 die Botschaft zu einem Rechtshilfevertrag mit dem Kosovo verabschieden.

Soll-Termin: 31.12.2022

Bericht «Schutz von Kindern vor Gewalt in der Erziehung» (in Erfüllung des Po. Bulliard-Marbach 20.3185): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2022 den Bericht «Schutz von Kindern vor Gewalt in der Erziehung» zur Kenntnis nehmen. Der Bundesrat wurde beauftragt, einen Bericht über die Möglichkeiten einer Umsetzung des Gebots der gewaltfreien Erziehung im Gesetz zu erstellen.

Soll-Termin: 31.12.2022

PROJEKTE UND VORHABEN

Rechtshilfevertrag in Strafsachen mit Singapur: Genehmigung

Vertragsverhandlungen mit Singapur über einen Rechtshilfevertrag in Strafsachen finden sich in der Liste der priorisierten Vertragsgeschäfte der «Strategie Staatsvertragsnetz im Bereich der justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen» von 2016. Singapur verfügt wie die Schweiz über einen wichtigen internationalen Finanzplatz, und von Seiten der Strafverfolger besteht ein Interesse an einer vertraglichen Grundlage für die Bekämpfung insbesondere von Geldwäscherei und Finanzkriminalität. Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2022 den Vertrag zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Republik Singapur über Rechtshilfe in Strafsachen genehmigen.

Soll-Termin: 31.12.2022

Europarats-Instrument bezüglich Rechtshilfe an die Europäische Staatsanwaltschaft: Aufnahme der Verhandlungen

Die Schweiz unterstützt im Europarat aktiv die Verhandlungen hinsichtlich eines Instruments zur rechtshilfeweisen Zusammenarbeit mit der Europ. Staatsanwaltschaft. Die Verhandlungen sollten 2022 aufgenommen werden.

Soll-Termin: 31.12.2022

Initiative für ein multilaterales Rechtshilfeinstrument bei Völkerrechtsverbrechen: Verabschiedung Verhandlungsmandat

Neues multilaterales Rechtshilfeinstrument bei Genozid, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Eine Kerngruppe von Staaten treibt die Ausarbeitung eines entsprechenden Instruments voran. Dieses soll das Römer Statut ergänzen, indem es die Rechtshilfe zwischen Staaten regelt. Die Schweiz unterstützt die Vorarbeiten seit 2017. Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2022 das Verhandlungsmandat für die erste diplomatische Konferenz verabschieden.

Soll-Termin: 31.12.2022

BUNDESAMT FÜR POLIZEI (FEDPOL)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Bundesgesetz über die polizeiliche Bearbeitung von Flugpassagierdaten (Flugpassagierdatengesetz, FPG): Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2022 die Botschaft zum Bundesgesetz über die polizeiliche Bearbeitung von Flugpassagierdaten (Flugpassagierdatengesetz, FPG) verabschieden. Passenger Name Records (PNR-Daten) sind Passagierangaben, welche die Fluggesellschaften in ihren Buchungs- und Abfertigungssystemen führen, wie Angaben zu Vor- und Nachname, Kontaktdaten oder Buchungsart. Sie werden von den EU-Staaten basierend auf der nicht-Schengen-relevanten Richtlinie 2016/681 (EU) sowie von vielen weiteren Staaten als wichtiges Instrument zur Bekämpfung des Terrorismus und der Schwerstkriminalität genutzt. Für den Aufbau eines nationalen Systems zur Nutzung von PNR-Daten in der Schweiz bedarf es der Erarbeitung einer formellen Rechtsgrundlage.

Soll-Termin: 31.12.2022

Änderung des Bundesgesetzes über die Verwendung von DNA-Profilen im Strafverfahren und zur Identifizierung von unbekanntem oder vermissten Personen (DNA-Profil-Gesetz): Inkraftsetzung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2022 die Inkraftsetzung der Änderung des Bundesgesetzes über die Verwendung von DNA-Profilen in Strafverfahren und zur Identifizierung von unbekanntem oder vermissten Personen (DNA-Profil-Gesetz) sowie des entsprechenden Verordnungsrechts festlegen. Mit der Änderung des DNA-Profil-Gesetzes wird im Strafprozessrecht die Phänotypisierung eingeführt, also die Eruiierung äusserlich sichtbarer Merkmale aus einer am Tatort sichergestellten DNA-Spur. Ausserdem werden mit Inkrafttreten des revidierten DNA-Profil-Gesetzes die gesetzlichen Löschregeln vereinfacht und für den erweiterten Suchlauf mit Verwandtschaftsbezug (Verwandtenrecherche) eine formell-gesetzliche Grundlage geschaffen. Die Verwandtenrecherche wird gestützt auf einen Entscheid des Bundesstrafgerichts auf der Grundlage des geltenden DNA-Profil-Gesetzes bereits seit 2015 angewendet.

Soll-Termin: 31.12.2022

Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT): Inkraftsetzung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2022 die Inkraftsetzung des Bundesgesetzes über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT) und dessen Verordnungen beschliessen. Das neue Bundesgesetz ermöglicht es den Behörden, gegen Personen vorzugehen, von denen eine terroristische Gefahr ausgeht.

Soll-Termin: 31.12.2022

PROJEKTE UND VORHABEN

Bundesgesetz über Vorläuferstoffe für explosionsfähige Stoffe (Vorläuferstoffgesetz, VSG): Inkraftsetzung

Harmlos scheinende Produkte des täglichen Gebrauchs können einfach zur Herstellung von Explosivstoffen missbraucht werden. In Folge der verschiedenen Attentate in Europa (London 2005 und Oslo 2011) fokussierte sich die Terrorbekämpfung auch auf die Herstellung und Verwendung von unkonventionellen Bomben. Die EU regelt den Verkehr mit diesen Stoffen seit 2014. Um zu verhindern, dass Kriminelle in der Schweiz ungehindert Vorläuferstoffe erwerben können, soll der Zugang von Privatpersonen zu Vorläuferstoffen im neuen Vorläuferstoffgesetz geregelt werden. Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2022 die Inkraftsetzung des Vorläuferstoffgesetzes bestimmen.

Soll-Termin: 31.12.2022

SCHWEIZERISCHES INSTITUT FÜR RECHTSVERGLEICHUNG (SIR)

PROJEKTE UND VORHABEN

Entwicklungsplan für die Sammlungen der Bibliothek: Anpassung

Ausarbeitung einer neuen Politik für die Beschaffung, Aufbewahrung, Archivierung und Aussonderung der Sammlungen der Bibliothek durch Zusammenstellen und Erarbeiten von Richtlinien für deren Anpassung im Verlauf der Zeit (Entwicklungsplan). Die neue Politik muss der 2021 verabschiedeten Rahmenweisung des Institutsrats Rechnung tragen.

Die Direktion des Instituts wird einen Entscheid zur neuen Beschaffungspolitik fällen (drittes Quartal 2022) und die entsprechenden Prozesse werden bis Ende 2022 an die neuen Anforderungen angepasst werden.

Soll-Termin: 31.12.2022

IPR-Tagung zu aktuellen Entwicklungen im internationalen Familienrecht: Durchführung

Nach Entscheidung des Institutsrats sind die Veranstaltungen des Instituts insbesondere in den Schwerpunktbereichen der wissenschaftlichen Tätigkeit und der Gutachten zu organisieren. Die traditionelle IPR-Tagung soll einerseits den schweizerischen Diskurs im internationalen Privatrecht fördern und andererseits dem schweizerischen Publikum internationale Entwicklungen näherbringen.

2022 wird die Tagung aktuelle Entwicklungen im internationalen Familienrecht behandeln und damit einen Forschungsschwerpunkt mit einem für die Praxis (inkl. die Gutachtenstätigkeit) relevanten Bereich kombinieren.

Soll-Termin: 31.12.2022

Forschungsschwerpunkt Methoden der Rechtsvergleichung: Durchführung eines Workshops

Nach dem Aktionsplan des Institutsrats soll das strategische Ziel der Weiterentwicklung der Forschung unter anderem im Schwerpunktbereich der Methoden der Rechtsvergleichung erfolgen. Dabei steht der interdisziplinäre Aspekt im Vordergrund. Ansätze und Erfahrungen verschiedener Disziplinen sollen im Hinblick auf deren Bedeutung für die Rechtsvergleichung untersucht werden. Abklärungen und interdisziplinärer Austausch werden es erlauben, einige Ansätze für eine vertiefte Analyse zu identifizieren. In der ersten Jahreshälfte 2022 wird ein interdisziplinärer Workshop durchgeführt.

Soll-Termin: 31.12.2022

Wirtschaftsvölkerrecht: Abschluss der Arbeiten zum dritten Teil der Encyclopedia of International Economic Law

In Umsetzung des Aktionsplans des Institutsrats soll die eigene Forschung u.a. im Wirtschaftsvölkerrecht weiterentwickelt werden. Das Forschungsprojekt Encyclopedia of International Economic Law ist ein Forschungsprojekt im Bereich des Wirtschaftsvölkerrechts, welches eine Kombination der fachlichen Expertise mit der Kenntnis einer Vielzahl nationaler Rechtsordnungen (und damit der Rechtsvergleichung) erfordert. Das SIR ist somit ideal platziert, sich daran zu beteiligen. Das Projekt analysiert die aktuelle wissenschaftliche Diskussion und die internationalen und nationalen Entwicklungen. Der 3. Teil behandelt die Durchsetzung von Wirtschaftsvölkerrecht in den verschiedenen nationalen Rechtssystemen. Ende 2022 ist die redaktionelle Ueberarbeitung abgeschlossen.

Soll-Termin: 31.12.2022

EIDGENÖSSISCHE SPIELBANKENKOMMISSION (ESBK)

PROJEKTE UND VORHABEN

Bericht über die Casinolandschaft Schweiz: Kenntnisnahme

Der Bericht hat zum Ziel über die aktuelle Casinolandschaft in der Schweiz zu informieren und Empfehlungen für das weitere Vorgehen in Bezug auf die Konzessionserneuerung von Spielbanken im Jahr 2023 abzugeben.

Der Bundesrat wird im 2. Halbjahr 2022 den Bericht der ESBK über die Casinolandschaft Schweiz zur Kenntnis nehmen.

Soll-Termin: 31.12.2022

STAATSSSEKRETARIAT FÜR MIGRATION (SEM)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Strategische Leitlinien für die nächste Phase der Kantonalen Integrationsprogramme (KIP) inklusive «Verpflichtungskredit Integrationsmassnahme Ausländer» 2024–2027: Gutheissung

Der Bundesrat heisst im zweiten Halbjahr 2022 die strategischen Leitlinien zu den Kantonalen Integrationsprogrammen der Programmperiode 2024–2027 gut und ermächtigt das EJPD, mit der Botschaft zum Voranschlag 2024 mit IAFP 2025–2027 dem Parlament den dazugehörigen Verpflichtungskredit «Integrationsmassnahmen Ausländer» 2024–2027 zu beantragen. Um die Integrationsagenda und verschiedene Pilotprogramme in die KIP zu überführen, hat der Bundesrat am 7. Oktober 2020 eine Zweijährige Phase der KIP (KIP2 bis 2022 und 2023) beschlossen. Dies gibt genügend Zeit für die Vorbereitung der KIP3 Phase (2024–2027). Diese Vorarbeiten haben im Rahmen der dazu mandatierten Begleitgruppe KIP / IAS Integrationsagenda Schweiz) begonnen. Im Wesentlichen geht es darum, die strategischen Programmziele festzulegen, nach welchen sich die KIP ab 2024 ausrichten.

Soll-Termin: 31.12.2022

Änderung des Ausländer- und Integrationsgesetzes (AIG): Zulassungserleichterungen für ausländische Absolventinnen und Absolventen von Schweizer Universitäten und Hochschulen (in Umsetzung der Motion Dobler 17.3067): Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2022 vom Ergebnis der Vernehmlassung Kenntnis nehmen und die Botschaft zu einer Änderung des Ausländer- und Integrationsgesetzes (AIG) verabschieden. Die an einer Schweizer Universität oder Hochschule ausgebildeten ausländischen Fachkräfte aus Drittstaaten sollen von den jährlichen Höchstzahlen für Aufenthaltsbewilligungen ausgenommen werden, wenn ihre Erwerbstätigkeit von hohem wissenschaftlichem oder wirtschaftlichem Interesse ist.

Soll-Termin: 31.12.2022

Teilnahme der Schweiz am Instrument für finanzielle Hilfe im Bereich Grenzmanagement und Visumpolitik: Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird bis Ende 2022 die Botschaft zur Übernahme der EU-Verordnung zur Schaffung eines Instruments für finanzielle Hilfe im Bereich Grenzmanagement und Visumpolitik (BMVI) im Rahmen des Fonds für integriertes Grenzmanagement sowie zur dafür notwendigen Zusatzvereinbarung Schweiz-EU verabschieden. Dieses Finanzinstrument unterstützt im Zeitraum 2021 bis 2027 Projekte im Bereich des Aussengrenzschutzes und der Visaerteilung. Es löst den Fonds für die innere Sicherheit im Bereich Aussengrenzen und Visa (ISF-Grenze) ab, an dem sich die Schweiz bis 2020 beteiligte. Es handelt sich dabei um eine Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands.

Soll-Termin: 31.12.2022

Genehmigung und Umsetzung der Notenaustausche zwischen der Schweiz und der EU betreffend die Übernahme der Verordnungen (EU) [2021/1133] und (EU) [2021/1134] zur Reform des Visa-Informationssystems und der damit verbundenen Bedingungen für den Zugang zu anderen EU-Informationssystemen für VIS-Zwecke (Weiterentwicklungen des Schengen-Besitzstands) sowie zur Änderung des Ausländer- und Integrationsgesetzes: Verabschiedung der Botschaft

Das Visa-Informationssystem ist eine EU-Datenbank, welche die Grenzschutzbeamten an den Schengen-Aussengrenzen mit den Konsulaten der Schengen-Staaten in der ganzen Welt verbindet. Das System wurde 2015 weltweit eingeführt. Es liefert den Visumbehörden die wichtigsten Informationen über Personen, die Schengen-Visa für Kurzaufenthalte beantragen, und ermöglicht es Grenzschutzbeamten, Reisende zu erkennen, die ein Sicherheitsrisiko darstellen können. Um sicherzustellen, dass diese Behörden jederzeit über die erforderlichen Informationen verfügen, wird das System ausgeweitet, indem insbesondere auch Personen, die Visa für einen längerfristigen Aufenthalt und Aufenthaltstitel innehaben oder beantragt haben, im System erfasst werden. Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2022 die Botschaft zur Übernahme und Umsetzung der zwei EU-Verordnungen sowie zur Anpassung des Ausländer- und Integrationsgesetzes verabschieden.

Soll-Termin: 30.06.2022

Bericht «Für eine Zuwanderungsregelung, die den Bedürfnissen der Schweiz entspricht» (in Erfüllung des Po. Nantermod 19.3651): Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2022 den Bericht «Für eine Zuwanderungsregelung, die den Bedürfnissen der Schweiz entspricht» (in Erfüllung des Po. Nantermod 19.3651) zur Kenntnis nehmen. Im Bericht werden verschiedene Varianten für eine bessere Regelung der Zuwanderung aus Drittstaaten untersucht. Gemäss diesem Postulat soll eine Verbesserung des heute geltenden Kontingentsmodells oder der Ersatz dieses Modells durch ein System, das stärker auf die Bedürfnisse der Wirtschaft ausgerichtet ist (insbesondere in den Hightech-Branchen, in denen ein Mangel an einheimischen Arbeitskräften herrscht) geprüft werden.

Soll-Termin: 30.06.2022

Bericht zur Einführung elektronischer Fussfesseln im Ausländer- und Integrationsgesetz (in Erfüllung des Po. RK-S 20.4265): Genehmigung/Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2022 den Bericht zur Kenntnis nehmen.

Soll-Termin: 31.12.2022

PROJEKTE UND VORHABEN

Zweiter Schweizer Beitrag - Rahmenkredit Migration: Festlegung Mehrjahresprogramme

Zusammen mit dem Rahmenkredit Kohäsion ist der Rahmenkredit Migration Teil des zweiten Beitrags der Schweiz an ausgewählte EU-Mitgliedstaaten.

Das SEM vereinbart mit den ausgewählten Partnerstaaten die Zusammenarbeitsbereiche der ersten Mehrjahresprogramme und verhandelt die entsprechenden Rahmenabkommen.

Soll-Termin: 31.12.2022

Verordnungsanpassung zur Einführung des neuen Finanzierungssystems Asyl: Verabschiedung

Umsetzung eines anreizorientierten Finanzierungssystems im Asylbereich, welches den Fokus auf die Berufsbildung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen richtet und eine rasche und nachhaltige Integration unterstützt.

Die Anpassung der Verordnung zum neuen Finanzierungssystem Asyl ist vom Bundesrat verabschiedet.

Soll-Termin: 31.12.2022

Überprüfung der Zusammenarbeit bei Grenzkontrolle /Grenzverwaltung: Abschluss

Die Projektarbeiten unter Einbezug der Stakeholder (SEM, KKJPD, EZV und fedpol) auf allen Ebenen gemäss Projektorganisation sind abgeschlossen.

Der Schlussbericht liegt vor.

Soll-Termin: 31.12.2022

INFORMATIK SERVICE CENTER ISC-EJPD (ISC-EJPD)

PROJEKTE UND VORHABEN

Umsetzung Programm FMÜ: Inbetriebnahme der ersten Version des neuen Ermittlungssystems des fedpol (Projekt IKT-ProgFMÜ-P4-EFMÜ)

Das EJPD passt mit dem Programm FMÜ das Verarbeitungssystem für die Fernmeldeüberwachung (VFMÜ) des Dienstes ÜPF sowie die polizeilichen Informationssysteme des Bundesamtes für Polizei (fedpol) an die aktuellen Bedürfnisse an und bereitet diese auf absehbare zukünftige Herausforderungen vor. Das Projekt IKT-ProgFMÜ-P4-EFMÜ beschafft ein neues polizeiliches Ermittlungssystem, das auch den kantonalen Strafverfolgungsbehörden zur Verfügung stehen und die Zusammenarbeit der Strafverfolgungsbehörden unterstützen wird.

Die erste Version des durch das Projekt IKT-ProgFMÜ-P4-EFMÜ beschafften Ermittlungssystems ist in Betrieb.

Soll-Termin: 30.09.2022

Erneuerung Systemplattform Biometrie: Abschluss des Pilots und Start des Rollouts Schweiz

Die Systemplattform eDokumente ist die zentrale Infrastruktur zur Erfassung von biometrischen Daten, welche für die Ausstellung von Ausweisen mit biometrischen Daten (z.B. Pass, Visum, Ausländerausweis) notwendig ist. Zusätzlich bietet die Systemplattform verschiedene Funktionen für die Kontrolle und Verifikation von Ausweisen mit biometrischen Daten an. Die Systemplattform wurde Anfang 2010 in Betrieb genommen. Sie wird Ende 2021 ihr technisches Lebensende erreicht haben. Aufgrund der Einführungsverzögerung der neuen Anlagen wurde die Betriebsfähigkeit der bestehenden Anlagen verlängert.

Nach Abschluss der Gesamttests wird die Systemplattform Biometrie an ausgewählten Schweizer Standorten pilotiert. Im Anschluss daran erfolgt der gestaffelte Rollout flächendeckend in der gesamten Schweiz.

Soll-Termin: 31.12.2022

Bereitstellung Software-Referenzarchitektur V5: Start des produktiven Betriebs von Fachservices mit besonders schützenswerten Daten (Schutzniveau 2) und erhöhter Verfügbarkeiten

Das EJPD steuert seit 2003 die Entwicklung seiner Individual-Fachanwendungen mittels der EJPD Software-Referenzarchitektur. Damit lassen sich eine hohe Standardisierung und eine grosse Homogenität in der Anwendungslandschaft mit Skaleneffekten in Entwicklung und Betrieb erzielen. Die Versionen 1-3 der Software-Referenzarchitektur basierten auf der JEE-Technologie (Java Enterprise Edition). Mit der Version 4 wurde das Microservice-Architekturmuster eingeführt, die Anwendungen werden aber noch konventionell betrieben. Die Software-Referenzarchitektur V5 basiert auf Microservices, welche standardisiert auf einer Private Cloud resp. auf einer PaaS (Plattform as a Service) betrieben werden kann. Nach dem Aufbau und Etablierung der PaaS-Plattform im 2021 werden nun erste Erfahrungen mit dem Betrieb von cloud-basierenden Fachservices gesammelt. Diese Erfahrungen werden im Hinblick auf eine Bundescloud (SN2) auch mit der Bundeskanzlei (Digitale Transformation und IKT-Lenkung) ausgetauscht.

Der produktive Betrieb von Fachservices mit besonders schützenswerten Daten (Schutzniveau 2) und erhöhter Verfügbarkeiten ist 2022 erfolgreich gestartet.

Soll-Termin: 31.12.2022

VBS

GENERALSEKRETARIAT VBS (GS-VBS)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Armeebotschaft 2022 mit Air2030: Verabschiedung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2022 die Armeebotschaft 2022 verabschieden. Er beantragt dem Parlament, die Verpflichtungskredite zur Beschaffung der neuen Kampfflugzeuge, der Boden-Luftverteidigung grosser Reichweite und von Armeematerial sowie zum Immobilienprogramm VBS zu genehmigen. Weiter wird die Ausserdienststellung der F5-Tiger beantragt. Damit sollen die Mittel zum Schutz des Luftraums bis 2030 erneuert werden können.

Soll-Termin: 30.06.2022

Ausführungsverordnungen zum Informationssicherheitsgesetz: Verabschiedung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2022 von den Ergebnissen der Vernehmlassung zu den Ausführungsbestimmungen zum Informationssicherheitsgesetz (ISG) Kenntnis nehmen und bis Ende 2022 das ISG und seine Ausführungsbestimmungen in Kraft setzen.

Soll-Termin: 31.12.2022

Verpflichtungskredit zur Räumung des ehemaligen Munitionslagers Mitholz: Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2022 die Botschaft über einen Verpflichtungskredit zur Räumung des ehemaligen Munitionslagers Mitholz verabschieden. Das ehemalige Munitionslager Mitholz soll geräumt und damit die aktuelle Gefahr beseitigt werden. Dafür müssen zunächst umfangreiche Schutzbauten für die Sicherstellung der Verkehrsträger Strasse und Schiene realisiert werden, und die Bevölkerung von Mitholz muss ihre Häuser für mehrere Jahre verlassen.

Soll-Termin: 31.12.2022

Bericht «Auslandvergleich kosteneffizienter militärischer Schutzformationen» (in Erfüllung des Po. Zuberbühler 20.3043): Genehmigung / Gutheissung

Soll-Termin: 31.12.2022

PROJEKTE UND VORHABEN

Programm Entflechtung IKT Basisleistungen VBS: Abschluss der Entflechtung armasuisse

Die IKT Basisleistungen des VBS werden von der FUB zum BIT transferiert.
Die Entflechtung der BURAUT/UCC-Leistungen von der FUB zum BIT ist für die ar abgeschlossen.

Soll-Termin: 31.12.2022

Sicherheitspolitischer Bericht des Bundesrats: Begleitung parlamentarische Beratung

Der Bundesrat unterbreitet dem Parlament in regelmässigen Abständen Berichte über die Sicherheitspolitik der Schweiz. Der Zweck dieser Berichte ist es, das sicherheitspolitische Umfeld der Schweiz zu analysieren und davon ausgehend die Ausrichtung der Sicherheitspolitik und ihrer Instrumente für die nächsten Jahre festzulegen. Federführend zuständig für die Erarbeitung dieser Berichte ist das VBS.
Der Bericht wird ans Parlament überwiesen und die parlamentarische Beratung begleitet.

Soll-Termin: 31.12.2022

Bericht Alimentierung von Armee und Zivilschutz Teil 1: Begleitung parlamentarische Beratung

Das VBS wurde am 28.6.2017 beauftragt, dem Bundesrat in Zusammenarbeit mit dem WBF bis Ende 2020 eine Analyse über die Alimentierung von Armee und Zivilschutz zu unterbreiten. Gleichzeitig dient der Bericht auch zur Beantwortung von parlamentarischen Vorstössen.
Teil 1 des Berichts wird ans Parlament überwiesen und die parlamentarische Behandlung begleitet.

Soll-Termin: 31.12.2022

Neuausrichtung Koordinierter Sanitätsdienst (KSD): Festlegung Zuständigkeiten und organisatorische Ansiedlung des KSD

Die Neuausrichtung des koordinierten Sanitätsdiensts (KSD) wird im Rahmen eines Projektes in Abstimmung mit den Partnern des SVS erarbeitet.
Die Zuständigkeiten und die organisatorische Ansiedelung des koordinierten Sanitätsdiensts (KSD) wird festgelegt.

Soll-Termin: 31.12.2022

Organisatorische Massnahmen RUAG: Auflösung BGRB Holding AG

Die Neuausrichtung der RUAG wird weiter vorangetrieben
Die BGRB Holding AG, welche die Entflechtung und Umgestaltung der RUAG-Holding beaufsichtigt, wird aufgelöst.

Soll-Termin: 31.12.2022

Cyberdefence VBS: Überprüfung und Koordination der Umsetzung

Zur Gewährleistung der Cybersicherheit soll die Strategie Cyber VBS realisiert werden.
Die Umsetzung der Strategie Cyber VBS wird laufend überprüft und koordiniert.

Soll-Termin: 31.12.2022

Nachhaltigkeitsbericht VBS: Publikation des Berichts

Die Nachhaltigkeit und der Umweltschutz im VBS sollen im Rahmen eines Berichts dargelegt werden.
Der erste Bericht ist Ende 2022 publiziert.

Soll-Termin: 31.12.2022

NACHRICHTENDIENST DES BUNDES (NDB)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Teilrevision Nachrichtendienstgesetz (NDG): Abschluss 2. Ämterkonsultation

Soll-Termin: 31.12.2022

Bericht über die Aktivitäten der schiitisch-islamistischen Hisbollah in der Schweiz (in Erfüllung des Po. Binder 20.3650 und des Po. Pfister Gerhard 20.3824): Genehmigung / Gutheissung

Soll-Termin: 31.12.2022

PROJEKTE UND VORHABEN

Erneuerung Grundauftrag NDB: Genehmigung durch BR

Der Grundauftrag des NDB wird periodisch erneuert und durch den BR genehmigt.
Der per 2022 angepasste Grundauftrag des NDB wird dem BR zur Genehmigung vorgelegt.

Soll-Termin: 31.12.2022

Umsetzung personelle Verstärkung NDB: Besetzung Stellen gemäss BRB vom 3.7.2019

Die bewilligten personellen Verstärkungen des NDB gemäss BRB vom 03.07.19 werden umgesetzt.
Die 20 Stellen für 2022 sind besetzt. Die Rekrutierung der "20 Stellen für 2023" ist sichergestellt.¹

Soll-Termin: 31.12.2022

Beurteilung der Bedrohungslage durch den BR: Kenntnisnahme Bericht durch BR

Der Bericht zur jährlichen Beurteilung der Bedrohungslage ist durch den NDB erstellt und durch den BR zur Kenntnis genommen.
Bericht zur jährlichen Beurteilung der Bedrohungslage ist durch den BR zur Kenntnis genommen.

Soll-Termin: 30.04.2022

Beobachtungsliste NDB: Verabschiedung Beobachtungsliste NDB durch BR

Die Beobachtungsliste enthält Organisationen und Gruppierungen, bei denen die begründete Annahme besteht, dass sie die innere oder äussere Sicherheit bedrohen (Art. 72 NDG).
Die Beobachtungsliste 2022 wird durch den BR verabschiedet.

Soll-Termin: 31.08.2022

¹ Unter Voraussetzung der bewilligten Finanzierung

BUNDESAMT FÜR SPORT (BASPO)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Bericht «Tägliche Sport- und Bewegungsaktivitäten im Kindes- und Jugendalter» (in Erfüllung des Po. Lohr 18.3846): Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2022 den Bericht «Tägliche Sport- und Bewegungsaktivitäten im Kindes- und Jugendalter» (in Erfüllung des Po. Lohr 18.3846) gutheissen. Im Bericht wird aufgezeigt, ob und inwiefern die Massnahmen zur Sportförderung in der Schweiz dazu beitragen, dass sich Kinder und Jugendliche gemäss den Bewegungsempfehlungen der World Health Organization (WHO) täglich mindestens eine Stunde mit mittlerer bis hoher Intensität bewegen. Dazu sind zunächst die Kinder- und Jugendspezifischen Ergebnisse der Sport Schweiz Studie 2020 zu analysieren und die Messungen im Rahmen der e SOPHYA-Studie abzuschliessen.

Soll-Termin: 31.10.2022

PROJEKTE UND VORHABEN

Aktionsplan Sportförderung des Bundes: Planmässige Umsetzung Aktionsplan

Der Aktionsplan Sportförderung enthält ein Breitensport-, ein Leistungssport- und ein Immobilienkonzept und umreisst die mögliche Weiterentwicklung der Sportförderung des Bundes. Die Umsetzung des Aktionsplans erfolgt gemäss der gültigen Projektplanung.

Soll-Termin: 31.12.2022

Verbesserung der Ethik-Situation im Sport: Operativsetzung Anlauf- und Meldestelle

Die Ethik-Situation im Sport soll durch verschiedene Massnahmen verbessert werden. Eine zentrale Anlauf- und Meldestelle ist in Betrieb gesetzt worden.

Soll-Termin: 31.12.2022

Verbesserung der Ethik-Situation im Sport: Die Überwachung der Anpassung der Regelwerke von Swiss Olympic ist gewährleistet

Die Ethik-Situation im Sport soll durch verschiedene Massnahmen verbessert werden. Die Überwachung der Anpassung der Regelwerke von Swiss Olympic ist gewährleistet.

Soll-Termin: 31.12.2022

Institutionelle Akkreditierung EHSM: Akkreditierung per Ende 2022

Alle öffentlichen oder privaten Hochschulen der Schweiz, die an ihrem Bezeichnungsrecht als Hochschule festhalten wollen, müssen bis Ende 2022 institutionell akkreditiert sein.
Der Akkreditierungsprozess ist Ende 2022 abgeschlossen.

Soll-Termin: 31.12.2022

J+S Agenda 2025: Das Projekt «Transmission Lernmedien J+S» verläuft planmässig

J+S Agenda 2025: Ziel des Projekts ist die Entwicklung und Vereinfachung des Sportförderprogramms.
Das Projekt «Transmission Lernmedien J+S» verläuft planmässig.

Soll-Termin: 31.12.2022

BUNDESAMT FÜR BEVÖLKERUNGSSCHUTZ (BABS)

PROJEKTE UND VORHABEN

Werterhalt Polycom 2030: Migration von weiteren Teilnetzen gemäss Planung

Das Projekt "Werterhalt Polycom 2030" soll die Nutzung des Systems bis mindestens 2030 sicherzustellen. Weitere Teilnetze sollen planmässig migriert werden.

Soll-Termin: 31.12.2022

Sicheres Datenverbundsystem (SDVS) mit Lageverbundsystem: Überprüfung und Neuplanung des Vorhabens

Das "Sichere Datenverbundsystem" (SDVS) mit Lageverbundsystem umfasst das sichere Datenverbundnetz, ein Datenzugangssystem und das nationale Lageverbundsystem. Das Vorhaben soll überprüft und die Planung überarbeitet werden.

Soll-Termin: 31.12.2022

Strategie Schutzbauten: Abschluss Konzept

Die Strategie Schutzbauten soll die längerfristige Weiterentwicklung der Schutzbauten, das heisst der Schutzräume, Kommandoposten und Bereitstellungsanlagen, sicherstellen. Die Konzeptphase der Strategie ist abgeschlossen.

Soll-Termin: 31.12.2022

Strategie sanitätsdienstliche Schutzanlagen: Definition strategische Eckwerte

Die Strategie "Sanitätsdienstliche Schutzanlagen" überprüft den Bedarf an geschützten Spitälern und geschützten Sanitätsstellen und erarbeitet Vorschläge für eine bedürfnisgerechte Modernisierung der Anlagen. Die strategischen Eckwerte sind definiert.

Soll-Termin: 31.12.2022

Überprüfung der Ausrichtung des BABS und Fokussierung auf die mit den Partnern definierten Kernaufgaben: Erarbeitung priorisiertes Leistungs- und Projektportfolio

Überprüfung der Ausrichtung des BABS und Fokussierung auf die mit den Partnern definierten Kernaufgaben
Erarbeitung priorisiertes Leistungs- und Projektportfolio

Soll-Termin: 31.12.2022

VERTEIDIGUNG (V)

PROJEKTE UND VORHABEN

Projekt Weiterentwicklung der Armee (WEA): Umsetzung Projekt gemäss Konzeption

Mit der Weiterentwicklung richtet sich die Armee modern und flexibel für die Zukunft aus. Das Projekt WEA ist gemäss Konzeption umgesetzt. Optimierungsbedarf im eigenen Kompetenz- und Verantwortungsbereich ist erkannt und entsprechende Massnahmen sind in der Umsetzung. Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortungen in der Militärverwaltung sind wo angezeigt im Rahmen der WEA konkretisiert und festgelegt.

Soll-Termin: 30.11.2022

Programm FITANIA: RZ VBS Bund: Unterbreitung Antrag Immo-Kredit RZ Kastro II an Parlament

Bau Rechenzentren, Telekommunikation der Armee und Ausbau Führungsnetz Schweiz
Projekt Rechenzentren VBS/Bund: Die Erstellung der Unterlagen für die Beantragung des Immobilienkredits RZ Kastro II ist abgeschlossen. Die Arbeiten an der IKT Infrastruktur sind planmässig erfolgt.

Soll-Termin: 30.11.2022

Programm FITANIA: Fhr Netz CH: Start Projektphase 4

Bau Rechenzentren, Telekommunikation der Armee und Ausbau Führungsnetz Schweiz
Projekt Fhr Netz CH: Der Start der Projektphase IV ist planmässig erfolgt. Die Umsetzung der priorisierten Vorhaben gemäss Planung ist erfolgt. 3/4 der Standorte des Backbones sind gehärtet.

Soll-Termin: 30.11.2022

Programm FITANIA: TK A: Planmässiger Abschluss der Beschaffungen

Bau Rechenzentren, Telekommunikation der Armee und Ausbau Führungsnetz Schweiz
Projekt TK A: Die Beschaffung und Integration der taktischen Funkgeräte sowie der Richtstrahlgeräte neuer Generation ist gemäss Planung erfolgt. Die Firmenwahl für Ersatz IMFS ist erfolgt.

Soll-Termin: 30.11.2022

Projekt Kommando Cyber und Digitalisierung: Vorbereitung der gesetzlichen Grundlagen

Bildung eines Kommando Cyber und Ausbau der Digitalisierung
Die gesetzlichen Grundlagen für die Schaffung eines Cyber-Kommandos und die personelle Alimentierung von Cyber-Milizformationen sind vorbereitet. Die vordienstliche Cyber-Ausbildung von Stellungspflichtigen ist fortgesetzt. Die Ausrichtung der Digitalisierung in der Armee und Militärverwaltung ist festgelegt. Umsetzungsmassnahmen sind initiiert.

Soll-Termin: 30.11.2022

Erneuerungsbedarf und Beschaffung: Etablierung neue Rolle Beschaffungssteuerung

Erneuerungsbedarf und Werterhalt der Mittel aufzeigen und fähigkeitsbasierten Austausch mit dem Parlament führen.

Der Erneuerungsbedarf oder der Werterhalt der Mittel am Boden sind im Gesamtkontext aller Fähigkeiten der Armee sowie entlang von Szenarien aufgezeigt und für den fähigkeitsbasierten Austausch mit dem Parlament aufbereitet. Die neue Rolle der Beschaffungssteuerung (Portfoliomanagement-Office) ist etabliert und die Bedarfsstelle hat im Beschaffungsprozess konsequent die Rolle des Auftragsgebers übernommen.

Soll-Termin: 30.11.2022

Stabilisierung der Betriebsausgaben: Schaffung von finanziellem Handlungsspielraum

Ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Betriebs- und Investitionsausgaben sicherstellen.

Ein Beitrag zur Schaffung von militärstrategischem finanziellem Handlungsspielraum, namentlich zugunsten künftiger Rüstungsvorhaben, ist erreicht und ausgewiesen.

Soll-Termin: 30.11.2022

Milizpersonal, Zivilangestellte und Berufsmilitärs: Milizpersonal: Erarbeitung von Optionen zur längerfristigen Verbesserung der Alimentierung

Alimentierung der Miliz und Sicherstellung der Personalbedürfnisse als Arbeitgeber Gruppe Verteidigung

Milizpersonal: Optionen zur längerfristigen Verbesserung der Alimentierung der Armee und zum Ausbildungs- und Dienstleistungsmodell sind erarbeitet. Der Frauenanteil in der Armee ist im Vergleich zum Vorjahr erhöht.

Soll-Termin: 30.11.2022

Milizpersonal, Zivilangestellte und Berufsmilitärs: Zivilangestellte und Berufsmilitär: Erhöhung des Frauenanteils und Erstellung der Konzeption Berufsmilitär 4.0

Alimentierung der Miliz und Sicherstellung der Personalbedürfnisse als Arbeitgeber Gruppe Verteidigung

Zivilangestellte und Berufsmilitärs: Der Frauenanteil in der Militärverwaltung ist im Vergleich zum Vorjahr erhöht und das Projekt Berufsmilitär 4.0 hat das Ende der Konzeptphase erreicht.

Soll-Termin: 30.11.2022

Zukunft Armee und Gruppe Verteidigung: Strategie in Umsetzung

Die langfristige Ausrichtung der Armee und der Militärverwaltung sicherstellen.

Die Strategie der Armee und Gruppe Verteidigung 2030 befindet sich in Umsetzung. Der Umsetzungsstand ist aufgezeigt. Die Armee und die Militärverwaltung haben wesentliche Beiträge zum Umweltschutz geleistet (gemäß Umsetzungsstand Klimaziele, CO2-Reduktion). Beiträge zum Umwelt- und Nachhaltigkeitsbericht sind erarbeitet.

Soll-Termin: 30.11.2022

BUNDESAMT FÜR RÜSTUNG ARMASUISSE (ARMASUISSE)

PROJEKTE UND VORHABEN

Umsetzungsmassnahmen zur Beschaffungsanalyse VBS: Planmässige Umsetzung der Massnahmen

Das Projekt "Beschaffungsanalyse VBS" diene zur Prüfung des Beschaffungsprozesses und zur Ableitung entsprechender Verbesserungsmassnahmen.

Die Massnahmen, welche aus dem abgeschlossenen Projekt "Beschaffungsanalyse VBS" abgeleitet wurden sind umgesetzt.

Soll-Termin: 31.12.2022

ERP Systeme Verteidigung/armasuisse: Programmbeitrag an zu ERPSYSVAR erbracht

Die ERP Systeme Verteidigung/armasuisse (ERPSYSVAR) dienen der Modernisierung der einsatzrelevanten SAP-Systemen im VBS.

Der Beitrag armasuisse zum Programm ist gemäss Roadmap ERPSYSVAR erfolgt.

Soll-Termin: 31.12.2022

Klimapaket und Umweltmassnahmen: Realisierung der Ziele Klimapaket und Umweltmassnahmen

Mit dem Klimapaket und den Umweltmassnahmen sollen die Nachhaltigkeit im VBS gefördert und insbesondere der CO2 Ausstoss verringert werden.

Die definierten Ziele für 2022 sind erreicht.

Soll-Termin: 31.12.2022

ARMASUISSE WISSENSCHAFT UND TECHNOLOGIE (AR W+T)

PROJEKTE UND VORHABEN

Räumung ehemaliges Munitionslager Mitholz: Abschluss Entsorgungskonzept

Das ehemalige Munitionslagers Mitholz soll geräumt werden.
Das Entsorgungskonzept zur Räumung ist abgeschlossen.

Soll-Termin: 31.12.2022

Klimapaket VBS, Pilot- und Leuchtturmprojekt: Fertigstellung der Demonstrationsanlage move-MEGA in Zusammenarbeit mit der EMPA

Mit Pilot- und Leuchtturmprojekten soll die Umsetzung des Klimapakets VBS unterstützt werden.
Die Demonstrationsanlage move-MEGA in Zusammenarbeit mit der EMPA ist fertiggestellt. Das Umsetzungskonzept des Defence Future Mobility Demonstrators VBS in Thun ist abgeschlossen.

Soll-Termin: 31.12.2022

Cyber-Defence Campus: Initiierung von Kooperationsvorhaben durch Bedarfsträger

Der Cyber-Defence Campus ist eine von verschiedenen Massnahmen der Nationalen Strategie zum Schutz der Schweiz vor Cyber-Risiken (NCS), um den aktuellen Herausforderungen in der «Cyber-Welt» effektiver begegnen zu können.
Der Bedarfsträger hat aufgrund der Scoutingaktivitäten mind. zwei Kooperationsvorhaben resp. POC initiiert.
Die Cyber Startup Challenge hat sich etabliert.

Soll-Termin: 31.12.2022

Innovationsprojekt, Fähigkeitsaufbau NG Mini-UAS Armee: Einführung des Prototyps-Kleinserie zugunsten der Truppen

Innovationsprojekt zur Prüfung des Fähigkeitsaufbaus im Bereich Mini Drohnen.
Einführung einer Prototyp-Kleinserie zugunsten Truppe. Experimentelle Überprüfung eines Einsatzkonzeptes (Concept Development & Experimentation; CD&E) konnte durchgeführt und Erkenntnisse abgeleitet werden.

Soll-Termin: 31.12.2022

Kompetenzzentrum Energie: Etablierung Energie-Symposium

Die Weiterentwicklung sowie die schrittweise Etablierung des technischen Kompetenzzentrums Energie sind erfolgt.

Mit der Durchführung des zweiten "Energie-Symposiums", mit Fokus auf Technologie, Energie und Armee, wurde das Netzwerk aktiviert so-wie Wissen ins VBS transferiert. Internationale Kooperationen (z.B. innerhalb der Capability Technology Areas der Europäischen Verteidigungsagentur) sind initiiert.

Soll-Termin: 31.12.2022

Innovationsräume@VBS: Erprobung von Funktions- und OE-übergreifenden Innovationsansätzen

Innovationsprojekte des VBS werden entsprechend der erarbeiteten Prozesse durchgeführt. Neue industrielle Partner (z.B. Startups) wurden über Innovationsprojekte wie z.B. Stärkung der STIB eingebunden.

Funktions- und organisationsübergreifende Innovationsansätze sind erprobt und gewonnene Erkenntnisse ins VBS integriert.

Soll-Termin: 31.12.2022

ARMASUISSE IMMOBILIEN (AR IMMO)

PROJEKTE UND VORHABEN

Immobilienprogramm Armeebotschaft 2022: Genehmigung Immobilienprogramm 2022 durch Bundesrat

Immobilienprogramms im Rahmen der Armeebotschaft 2022.

Genehmigung des Immobilienprogramms im Rahmen der Armeebotschaft 2022

Soll-Termin: 31.12.2022

Harmonisierung der Immobilienprozesse: Umsetzung der notwendigen Datenmutationen, Harmonisierung der Prozesse, Datenmodelle und Applikationen

Die Immobilienprozesse, -rollen und -datenmodelle sowie Applikationen mit den anderen Bau- und Liegenschaftsorganen des Bundes im Programm SUPERB sowie ERPSYSVAR sollen harmonisiert werden. Die notwendigen Datenmutationen und die Harmonisierung der Immobilienprozesse, -rollen und -datenmodelle sind erfolgt.

Soll-Termin: 31.12.2022

Klimapaket und Umweltmassnahmen: Ersatz von Ölheizungen und Bau von Photovoltaikanlagen

Mit dem Klimapaket und den Umweltmassnahmen sollen die Nachhaltigkeit im VBS gefördert und insbesondere der CO2 Ausstoss verringert werden.

Beginn der Umsetzung Ersatz von Ölheizungen und Bau von Photovoltaikanlagen.

Soll-Termin: 31.12.2022

BUNDESAMT FÜR LANDESTOPOGRAFIE SWISSTOPO (SWISSTOPO)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Teilrevision des Bundesgesetzes über Geoinformation: Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2022 eine Botschaft zur Teilrevision des Bundesgesetzes über Geoinformation (GeolG) sowie der Verordnung über die Landesgeologie (LGeoIV) verabschieden. Das Geoinformationsgesetz regelt neu die Erhebung und Zusammenführung geologischer Daten auf Stufe Bund. In der Landesgeologieverordnung wird der Austausch geologischer Daten zwischen Privaten einerseits und dem Kanton bzw. der Fachstelle des Bundes andererseits detailliert geregelt.

Soll-Termin: 31.10.2022

Bericht zum Aufbau eines Leitungskatasters für die Schweiz: Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2022 den Bericht zum Aufbau eines Leitungskatasters Schweiz (LKCH) beraten und einen Grundsatzentscheid fällen. Der Bericht zeigt den breit abgestützten Bedarf für einen Leitungskataster Schweiz als Verbundaufgabe auf.

Soll-Termin: 31.12.2022

Bericht zu einem nationalen Register raumbezogener Daten (Georegister): Kenntnisnahme

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2022 einen Bericht zur Schaffung nationaler Register raumbezogener Daten zur Kenntnis nehmen. Mit der Schaffung und Bereitstellung von nationalen Georegistern soll die amtliche Geoinformation aller föderalen Ebenen organisatorisch befähigt werden, den Anforderungen einer digitalen Gesellschaft gerecht zu werden. Die Produktions- und Aktualisierungsprozesse im Bereich der Geoinformation sind heute digital; von der Datenerfassung bis zur Datenabgabe sind keine Medienbrüche mehr vorhanden. Die Digitalisierung der Zusammenarbeit und der Prozesse zwischen Bund und Kantonen sowie die Neugestaltung der Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten soll mit dem Projekt «Georegister» umgesetzt werden.

Soll-Termin: 31.12.2022

Revision der Verordnungen der amtlichen Vermessung (VAV): Verabschiedung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2022 mit der Teilrevision der VAV die Finanzierung der amtlichen Vermessung neu auf Gesetzesstufe regeln. Die bisherige parlamentarische Verordnung wird aufgehoben; zudem werden einige weitere fachliche Änderungen vollzogen.

Soll-Termin: 31.12.2022

PROJEKTE UND VORHABEN

Nationale Geodaten-Infrastruktur (NGDI) und Geoportal (geo.admin.ch): Nutzerorientierte Weiterentwicklung

Die Nationale Geodaten-Infrastruktur (NGDI) und das Geoportal des Bundes sollen weiter aufgebaut werden (geo.admin.ch).

Die Nutzerorientierte Weiterentwicklung soll planmässig erfolgen.

Soll-Termin: 31.12.2022

Digitalisierung des geologischen Untergrunds: Umsetzung gemäss Aktionsplan «Nationales Geologisches 3D-Modell» (NGM)

Der geologische Untergrund der Schweiz soll schrittweise digitalisiert werden.

Umsetzung gemäss Aktionsplan «Nationales Geologisches 3D-Modell» (NGM)

Soll-Termin: 31.12.2022

Strategie «Geoinformation Schweiz»: Beginn der Umsetzung der Massnahmen

Mit der «Strategie Geoinformation Schweiz» wollen Bund und Kantone gemeinsam mit allen Beteiligten verlässliche, detaillierte, aktuelle und interoperable Geoinformationen zugänglich machen.

Beginn der Umsetzung der Massnahmen, unter Federführung des Koordinationsorgans für Geoinformation des Bundes (GKG), in Zusammenarbeit mit den Kantonen.

Soll-Termin: 01.07.2022

EFD

GENERALSEKRETARIAT EFD (GS-EFD)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Digitale Verwaltung Schweiz: Eröffnung der Vernehmlassung zu den Rechtsgrundlagen

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2022 die Vernehmlassung zu Rechtsgrundlagen im Zusammenhang mit der Weiterentwicklung der «Digitalen Verwaltung Schweiz» (DVS) eröffnen. Mit dem Projekt «Digitale Verwaltung Schweiz» soll die bundesstaatliche Steuerung und Koordination im Bereich E-Government optimiert werden. Dazu sind die entsprechenden Rechtsgrundlagen zu schaffen.

Soll-Termin: 31.12.2022

Meldepflicht für kritische Infrastrukturen bei Cyberangriffen: Ergebnis der Vernehmlassung und weiteres Vorgehen

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2022 Kenntnis nehmen vom Ergebnis der Vernehmlassung und das weitere Vorgehen festlegen betreffend eine Meldepflicht für kritische Infrastrukturen bei Cyberangriffen. Im Falle eines Angriffs soll die Meldung an eine zentrale Meldestelle erfolgen. Die Grundzüge der Meldepflicht werden in einem Bundesgesetz festgeschrieben (vorgesehen ist eine Änderung des Informationssicherheitsgesetzes). Konkrete Vorgaben für die Unternehmen in den kritischen Sektoren werden in sektorspezifischen Erlassen geregelt.

Soll-Termin: 31.12.2022

Nationale Strategie zum Schutz der Schweiz vor Cyberrisiken für die Jahre ab 2023: Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2022 die neue Nationale Strategie zum Schutz der Schweiz vor Cyberrisiken (NCS) für die Jahre ab 2023 gutheissen. Die Strategie hat zum Ziel, Massnahmen zu definieren, um die Schweiz vor Ausfällen, Störungen und Missbräuchen von IKT zu schützen. Die grassierende Cyberkriminalität, die Häufung von Spionagetätigkeiten mit Hilfe von Cyberangriffen, Fälle von Cybersabotage auf kritische Infrastrukturen, die Verbreitung von gestohlenen oder manipulierten Informationen zu Desinformations- und Propagandazwecken und die Zunahme von hybriden Konfliktformen, in welchen Cyberangriffe zur Destabilisierung von Staaten und Gesellschaften eingesetzt werden, machen deutlich, wie vielfältig diese Bedrohungen sind und wie rasant sie sich entwickeln. Die neue NCS soll insbesondere zur Verbesserung der Prävention, Früherkennung, Reaktion und Resilienz in allen in Bezug auf Cyberrisiken relevanten Bereichen beitragen.

Soll-Termin: 31.12.2022

Evaluation der Strukturen des Bundes im Bereich der Cyberrisiken: Kenntnisnahme

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2022 Kenntnis nehmen von den Evaluationsergebnissen und das weitere Vorgehen festlegen hinsichtlich Optimierungsanpassungen an den Cyberstrukturen. Mit den Evaluationen werden die Struktur und die Federführung bei der übergeordneten Organisation des Bundes im Bereich der Cyberrisiken und die Wirksamkeit der Nationalen Strategie zum Schutz der Schweiz vor Cyber-Risiken (NCS) 2018-2022 überprüft.

Soll-Termin: 31.12.2022

PROJEKTE UND VORHABEN

Nationale Strategie zum Schutz der Schweiz vor Cyberrisiken 2018-2022: Verabschiedung Bericht zum Umsetzungsstand 2022

Umsetzung der Nationalen Strategie zum Schutz der Schweiz vor Cyber-Risiken (NCS) 2018-2022 und des dazugehörigen Umsetzungsplans.

Der Cyberausschuss des Bundesrates hat den Bericht zum Umsetzungsstand 2022 der Nationalen Strategie zum Schutz der Schweiz vor Cyber-Risiken (NCS) verabschiedet.

Soll-Termin: 31.12.2022

EIDGENÖSSISCHE FINANZVERWALTUNG (EFV)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Änderung des Finanzhaushaltgesetzes (Umgang mit den Corona-Schulden): Verabschiedung der Botschaft

Die hohen ausserordentlichen Ausgaben zur Bewältigung der Corona-Pandemie in den Jahren 2020 und 2021 führen auf dem Amortisationskonto der Schuldenbremse zu einem grossen Fehlbetrag. Dieser Fehlbetrag muss gemäss dem geltenden Finanzhaushaltgesetz (FHG) wieder abgebaut werden, damit sich der Bund nicht auf Dauer neu verschuldet. Angesichts des sehr hohen Fehlbetrags von 20-30 Milliarden genügt jedoch weder das im Gesetz für den Schuldenabbau vorgesehene Instrument (Handlungsspielraum im Budget) noch die vorgesehene Frist (6 Jahre mit Erstreckungsmöglichkeit), weshalb eine Gesetzesänderung nötig ist. Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2022 eine entsprechende Botschaft verabschieden.

Soll-Termin: 30.06.2022

Bericht «Akzeptanz von Bargeld erhöhen» (in Erfüllung des Po. Birrer-Heimo 18.4399): Gutheissung

Soll-Termin: 31.12.2022

Bericht über die Vollzugs- und Wirkungskontrolle des Neuen Führungsmodells für die Bundesverwaltung (Evaluationsbericht NFB 2021): Umsetzung der Ergebnisse

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2022 die Ergebnisse der parlamentarischen Beratung des Berichts über die Vollzugs- und Wirkungskontrolle des Neuen Führungsmodells für die Bundesverwaltung (Evaluationsbericht NFB 2021) umsetzen. Es ist noch unklar, ob dafür eine Botschaft an das Parlament, eine Verordnungsänderung oder lediglich Umstrukturierungen in der Finanzberichterstattung nötig sind.

Soll-Termin: 31.12.2022

Bericht über die langfristigen Folgen der demographischen Entwicklung auf die Generationenbeziehungen sowie auf die verschiedenen Politbereiche mit entsprechenden Handlungsfeldern: Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2022 einen Bericht über die langfristigen Folgen der demographischen Entwicklung auf die Generationenbeziehungen sowie auf die verschiedenen Politbereiche mit entsprechenden Handlungsfeldern gutheissen. Der Bericht ist eine Synthese der Berichte zu den Langfristperspektiven der öffentlichen Finanzen, des Berichts in Erfüllung des Postulats Bertschy (17.3884) sowie allenfalls des Berichts zum Postulat Würth (20.4257), fallweise ergänzt um qualitative Aussagen zu weiteren Politikfeldern.

Soll-Termin: 31.12.2022

Bericht «Nachhaltigkeitsziele für die SNB» (in Erfüllung des Po. WAK-N 20.3012): Gutheissung

Soll-Termin: 31.12.2022

PROJEKTE UND VORHABEN

Supportprozess Finanzen in der Bundesverwaltung: Programmziele SUPERB per 31.12.2022 erreicht

Umsetzung Cluster Finanzen SUPERB (Finanzen, Analytics, Stammdaten) gemäss Planung (anstehender Technologiewechsel).

Die Umsetzung der Projekte Finanzen, Analytics und Stammdaten erfolgt entlang deren Umsetzungsaufträgen.

Soll-Termin: 31.12.2022

Aufgabenteilung Bund - Kantone: Gespräche mit KdK über Wiederaufnahme

Prüfung einer Wiederaufnahme des Projekts Aufgabenteilung Bund / Kantone (Aufgabenteilung II).

Gemäss BRB vom 19. März 2021 ist das EFD beauftragt, in der zweiten Hälfte 2022 mit dem Sekretariat der Konferenz der Kantonsregierungen Gespräche über eine mögliche Wiederaufnahme des Projekts Aufgabenteilung II zu führen.

Soll-Termin: 31.12.2022

Vereinfachung und Optimierung der Haushaltssteuerung: Verabschiedung des Voranschlags 2023 mit IAFP 2024-2026 durch den Bundesrat

Das Parlament hat die Revision des Finanzhaushaltgesetzes (FHG) gemäss Motion Hegglin in der Frühjahrssession 2021 genehmigt (19.071). Die FHG-Revision und die entsprechende Anpassung der Finanzhaushaltverordnung (FHV) sollen am 1.1.2022 in Kraft gesetzt werden. Die erstmalige Umsetzung erfolgt im Voranschlag 2023.

Die FHG-Revision hat insbesondere eine Anpassung der Finanzberichterstattung zur Folge. Unter anderem wird das Ergebnis analog zur Privatwirtschaft und den Kantonen neu auf Basis der Erfolgsrechnung kommuniziert. In einem weiteren Schritt werden dann der Finanzierungssaldo und die Einhaltung der Schuldenbremse dargelegt. Der Bundesrat verabschiedet den Voranschlag 2023 im August 2022 zuhanden des Parlaments.

Soll-Termin: 31.08.2022

ZENTRALE AUSGLEICHSTELLE (ZAS)

PROJEKTE UND VORHABEN

Electronic Exchange of Social Security Information (EESSI), Vierte und letzte Etappe der Umsetzung der Verordnung (EG) 883/2004 (Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit): Abschluss der Realisierungsphase

Vierte und letzte Etappe der Umsetzung der Verordnung (EG) 883/2004 (soziale Sicherheit); es handelt sich um ein Grossprojekt, welches eine Kopplung des (von allen EU-Staaten genutzten) EESSI-System mit dem Informationssystem der ZAS vorsieht. Die Schnittstelle muss eine Vielzahl von verschiedenartigen Datenströmen bewältigen und eine hochkomplexe Fach-Logik implementieren. Die Realisierungsphase wird 2022 abgeschlossen.

Soll-Termin: 31.01.2022

Rehostingprogramm, Weiterführung der Rationalisierung und Migration der Geschäftsprozesse zu einem neuen Host: Abschluss des Programms

2016 startete die ZAS das Rehosting-Programm, das die Migration des beim BIT gehosteten Zentralserversystems auf eine ISO-funktionale, moderne, werthaltige und auf Linux-Servern betriebene Architektur bis 2021 vorsieht.

Dieses Programm setzt sich aus sechs Projekten zusammen, von denen die meisten Ende 2021 abgeschlossen werden.

Soll-Termin: 31.12.2022

Weiterentwicklung der IV, Anpassung der Prozesse / IT an neue Anforderungen (Prävention von Invalidität, Stärkung von Rehabilitationsmaßnahmen und Linearisierung von Renten): Abschluss des Projekts

Für 2022 werden einzig einige bis zum Projektabschluss anfallende interne Arbeitskosten (0,1 Mio. CHF) veranschlagt.

Soll-Termin: 31.12.2022

EIDGENÖSSISCHE MÜNZSTÄTTE SWISSMINT (SWISSMINT)

PROJEKTE UND VORHABEN

Innovationsprodukt 2022 Platin Münze: Realisierung und Verkaufsstart

Erstmalige Produktion und Vertrieb einer Platinmünze als Sonderprodukt in limitierter Auflage.
Erfolgreiche Realisation und Verkaufsstart der ersten schweizerischen Platinmünze.

Soll-Termin: 31.12.2022

STAATSSSEKRETARIAT FÜR INTERNATIONALE FINANZFRAGEN (SIF)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Finanzdienstleistungsabkommen mit dem Vereinigten Königreich: Genehmigung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2022 ein Abkommen mit dem Vereinigten Königreich im Bereich Finanzdienstleistungen genehmigen. Dieses soll den grenzüberschreitenden Marktzugang für eine breite Palette an Finanzdienstleistungen ermöglichen.

Soll-Termin: 31.12.2022

Revision der Eigenmittelverordnung (ERV), der Liquiditätsverordnung (LiqV) und der Bankenverordnung (BankV): Gutheissung (ERV; BankV) und Inkraftsetzung (LiqV)

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2022 die Revision der LiqV in Kraft setzen zwecks Stärkung der Widerstandsfähigkeit systemrelevanter Banken. Zudem wird der Bundesrat im zweiten Halbjahr 2022 die revidierte ERV gutheissen. Damit werden Anpassungen entsprechend den Standards des Basler Ausschusses umgesetzt. Ebenfalls im zweiten Halbjahr 2022 wird er die revidierte BankV gutheissen zwecks Verbesserung der Insolvenzbestimmungen und der Einlagensicherung infolge der Revision des Bankengesetzes (BankG).

Soll-Termin: 31.12.2022

Revision des Steueramtshilfegesetzes: Genehmigung der Eckwerte einer Vernehmlassungsvorlage

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2022 die Eckwerte einer Vernehmlassungsvorlage zur Revision des Steueramtshilfegesetzes gutheissen. Mit der Vorlage werden Optimierungen in den Bereichen Transparenz und Steueramtshilfe angestrebt sowie die Integrität des Finanz- und Steuerstandorts Schweiz und die Einhaltung internationaler Standards gewährleistet. Die Revision wird die im April 2020 publizierten Empfehlungen des Global Forum berücksichtigen.

Soll-Termin: 31.12.2022

Anpassung des Bundesgesetzes über den internationalen automatischen Informationsaustausch in Steuersachen (AIA): Eröffnung der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2022 die Vernehmlassung über eine Anpassung des Bundesgesetzes über den internationalen automatischen Informationsaustausch in Steuersachen eröffnen. Damit werden Änderungen an internationalen Standards wie die Ausdehnung des AIA-Standards auf virtuelle Vermögenswerte und weitere Anpassungen im Schweizer Recht nachvollzogen.

Soll-Termin: 31.12.2022

Review des Finanzmarktinfrastukturgesetzes: Kenntnisnahme Review-Ergebnisse und Festlegen des weiteren Vorgehens

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2022 die Ergebnisse der Überprüfung des Finanzmarktinfrastukturgesetzes (FinfraG-Review) zur Kenntnis nehmen. Sofern aufgrund der gemachten Erfahrungen, des technologischen Wandels oder der internationalen Entwicklungen seit dem Inkrafttreten des FinfraG ein Bedarf identifiziert wird, den Regulierungsrahmen anzupassen, wird der Bundesrat das EFD beauftragen, eine Vernehmlassungsvorlage zu erarbeiten.

Soll-Termin: 30.06.2022

Verbesserung der Rahmenbedingungen für Digital Finance: Genehmigung erster Massnahmen und Festlegung des weiteren Vorgehens

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2022 erste Massnahmen zur Verbesserung der Standortqualität für Digital Finance auf Grundlage der Auslegeordnung von 2021 genehmigen und das weitere Vorgehen festlegen. Durch eine einfache und rechtssichere Nutzung digitaler Technologien sowie eine reibungslose Zusammenarbeit zwischen Finanzdienstleistern, Technologieanbietern und weiteren Akteuren soll die Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft des Finanzplatzes gestärkt werden.

Soll-Termin: 31.12.2022

Globale Spitzenposition für Sustainable Finance: Festlegung des weiteren Vorgehens

Die Position der Schweiz als führender nachhaltiger Finanzstandort soll gefestigt werden. Zu diesem Zweck nimmt die Schweiz Einfluss auf die relevanten internationalen Arbeiten. Auf der Grundlage einer Information zum Stand der Entwicklungen wird der Bundesrat im zweiten Halbjahr 2022 das weitere Vorgehen, einschliesslich zu Massnahmen zur Stärkung der Schweizer Position als nachhaltiger Finanzstandort, festlegen.

Soll-Termin: 31.12.2022

Förderung des Datenaustauschs im Finanzmarkt (Open Finance): Kenntnisnahme der Entwicklungen und Beschluss über das weitere Vorgehen

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2022 vom Stand des Fortschritts bei Open Finance Kenntnis nehmen und bei Bedarf Massnahmen zur Förderung von Open Finance festlegen. Mit Open Finance – d.h. der Austausch von Finanzdaten über standardisierte und gesicherte Schnittstellen – werden neue und einfachere Dienstleistungen möglich und die Konsumenten erhalten mehr Kontrolle über ihre Daten. Dies trägt zu einer höheren Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit auf dem Finanzplatz bei.

Soll-Termin: 31.12.2022

Revision des Geldwäschereigesetzes und Verordnungsanpassungen: Inkraftsetzung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2022 die infolge der Revision des Geldwäschereigesetzes (GwG) notwendigen Verordnungsanpassungen gutheissen und zusammen mit dem Gesetz in Kraft setzen. Damit werden die im Rahmen der GwG-Revision am 19. März 2021 verabschiedeten Neuerungen im Abwehrdispositiv der Schweiz zur Geldwäscherei- und Terrorismusfinanzierung wo nötig auf Verordnungsstufe konkretisiert.

Soll-Termin: 31.12.2022

PROJEKTE UND VORHABEN

Steuerfragen aufgrund von Home Office: Analyse und Beschluss über weiteres Vorgehen

Klären von Fragen der Besteuerung aufgrund zunehmenden Arbeitens aus dem Home Office im internationalen Verhältnis.

Das EFD hat auf Grundlage einer fundierten Analyse das weitere Vorgehen festgelegt und erste Massnahmen umgesetzt.

Soll-Termin: 31.12.2022

Green Fintech: Förderung Rahmenbedingungen für Green Fintech (Massnahmen eingeleitet oder umgesetzt)

Positionieren der Schweiz als global führender Standort für Green Fintech.

Das EFD hat den Bundesrat über den Stand der Arbeiten informiert. Das EFD betreffende Massnahmen zu Green Fintechs sind eingeleitet oder bereits umgesetzt.

Soll-Termin: 31.12.2022

Revision Doppelbesteuerungsabkommen mit den USA: Aufnahme von Verhandlungen mit den USA

Revision des DBA mit den USA.

Die Verhandlungen mit den USA über eine Revision des DBA laufen.

Soll-Termin: 31.12.2022

G20 Finance Track: Sicherung Teilnahme im Jahr 2023

Wahrung der Schweizer Interessen durch Teilnahme am G20 Finance Track.

Die G20 Finance Track-Teilnahme 2022 wurde erfolgreich umgesetzt. Die Teilnahme am Finance Track 2023 unter indischer Präsidentschaft wurde gesichert.

Soll-Termin: 31.12.2022

EIDGENÖSSISCHE STEUERVERWALTUNG (ESTV)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Einführung der Tonnagesteuer (Bundesgesetz über die Tonnagesteuer auf Seeschiffen): Ergebnis der Vernehmlassung und weiteres Vorgehen

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2022 das Vernehmlassungsergebnis zur Kenntnis nehmen und über das weitere Vorgehen entscheiden. Die Tonnagesteuer ist ein weit verbreitetes Förderinstrument der internationalen Seeschifffahrt. Eine Einführung schafft gleich lange Spiesse im Wettbewerb um hoch mobile Schifffahrtsunternehmen im Bereich des Güter- und Personentransports.

Soll-Termin: 30.06.2022

Erhöhung der Pauschalabzüge für Krankenkassenprämien (Bundesgesetz über die Erhöhung der steuerlichen Abzüge von Prämien der obligatorischen Krankenpflegeversicherung und der Unfallversicherung): Ergebnis der Vernehmlassung und weiteres Vorgehen

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2022 das Vernehmlassungsergebnis zur Kenntnis nehmen und über das weitere Vorgehen entscheiden. Die Revision sieht eine Erhöhung der Pauschalabzüge für Versicherungsprämien und Zinsen von Sparkapitalien vor, um den Kostenanstieg bei den Krankenkassenprämien abzufedern.

Soll-Termin: 31.12.2022

Eidgenössische Volksinitiative «Mikrosteuer auf dem bargeldlosen Zahlungsverkehr»:
Verabschiedung der Botschaft

Verabschiedung der Botschaft

Soll-Termin: 31.12.2022

Einführung der Individualbesteuerung: Eröffnung der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2022 die Vernehmlassung zur Individualbesteuerung eröffnen. Damit soll die gemeinsame Besteuerung von Ehepaaren entfallen und eine zivilstandsneutrale Besteuerung eingeführt werden.

Soll-Termin: 31.12.2022

Besteuerung der digitalisierten Wirtschaft: Grundsatzentscheid

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2022 festlegen, ob und wie die Schweiz die neuen Regeln zur Besteuerung der digitalisierten Wirtschaft umsetzen soll, die aus dem entsprechenden Projekt von OECD und G20 hervorgegangen sind. Ziel ist dabei einerseits die Einhaltung internationaler Standards, andererseits die nachhaltige Sicherung von Steuersubstrat und Wertschöpfung in der Schweiz.

Soll-Termin: 30.06.2022

Bericht in Ergänzung des Wohlstandsberichtes (in Erfüllung des Po. WAK-N 15.3381): Gutheissung

Gutheissung

Soll-Termin: 31.12.2022

Bericht «Reduzierte Bemessungsgrundlage bei Geschäftsfahrzeugen mit 0g CO2/km im Betrieb» (in Erfüllung des Po. UREK-N 20.3957): Gutheissung

Gutheissung

Soll-Termin: 31.12.2022

PROJEKTE UND VORHABEN

Digitalisierung Hauptabteilung Direkte Bundessteuer, Verrechnungssteuer, Stempelabgabe DVS: Applikation zur Erhebung und Rückerstattung VST abgelöst (VOE 2.0)

Ausbau des Angebots digitaler Lösungen und Intensivierung der Digitalisierung von internen Prozessen der HA DVS.

Projektabschluss VOE 2.0: VOE Services sind ins ePortal mit Schnittstellen zur CoreIT integriert.

Soll-Termin: 30.06.2022

Internationale Amts- und Rechtshilfe: Umsetzung FATCA gemäss Vereinbarung mit dem IRS

Aufgaben im Zusammenhang mit der internationalen Amts- und Rechtshilfe.

FATCA ist gemäss der Vereinbarung mit dem Internal Revenue Service (Bundessteuerbehörde der USA) umgesetzt.

Soll-Termin: 31.12.2022

Wechsel vom Verbuchungsprinzip der Geldablieferung (Cash) zum Prinzip der Rechnungsstellung (Soll) bei der DBST: Wechsel des Verbuchungsprinzips vollzogen

Anliegen der Politik (insb. überwiesene Motion Hegglin 16.4018 «Für eine Rechnungslegung, die der tatsächlichen Finanz- und Ertragslage entspricht»).

Der Wechsel des Verbuchungsprinzips wurde vollzogen.

Soll-Termin: 31.12.2022

Datenaustausch zum Finanzausgleich: Austausch mit den Kantonen erfolgt digitalisiert und automatisiert

Automatisierung des Datenaustausches zwischen den Kantonen und der ESTV für den Finanzausgleich (in Erfüllung einer EFK Empfehlung).

Der Datenaustausch zwischen den Kantonen und der ESTV erfolgt sicher, medienbruchfrei und möglichst automatisiert.

Soll-Termin: 31.12.2022

BUNDESAMT FÜR ZOLL UND GRENZSICHERHEIT (BAZG)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Totalrevision des Zollgesetzes: Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2022 das Vernehmlassungsergebnis zur Kenntnis nehmen und die Botschaft zur Totalrevision des Zollgesetzes verabschieden. Er legt damit den rechtlichen Rahmen für die laufende digitale Transformation der Eidgenössischen Zollverwaltung (Programm DaziT) und schafft gleichzeitig die notwendige organisatorische Flexibilität, damit das künftige Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit noch rascher und wirksamer auf veränderte Lagen reagieren kann.

Soll-Termin: 30.06.2022

Änderung des Bundesgesetzes über eine leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe: Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2022 das Vernehmlassungsergebnis zur Änderung des Bundesgesetzes über eine leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe (LSVA III) zur Kenntnis nehmen und die Botschaft dazu verabschieden. Die bestehende LSVA-Infrastruktur zur Erhebung der Schwerverkehrsabgabe in der Schweiz muss altersbedingt per Ende 2024 ersetzt werden. Mit LSVA III wird gleichzeitig eine technische Weiterentwicklung auf ein interoperables Erhebungssystem erfolgen. Dafür wird ein Verpflichtungskredit beantragt.

Soll-Termin: 31.12.2022

Änderung des Bundesgesetzes über die Nationalstrassenabgabe (E-Vignette): Inkraftsetzung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2022 das Inkrafttreten des geänderten Nationalstrassenabgabegesetzes und der dazugehörigen Verordnung beschliessen. Damit kann der Verkauf der E-Vignette im Laufe des Jahres 2023 starten.

Soll-Termin: 31.12.2022

Änderung des Bundesgesetzes über die Tabakbesteuerung: Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2022 das Vernehmlassungsergebnis zur Änderung des Bundesgesetzes über die Tabakbesteuerung zur Kenntnis nehmen und die Botschaft dazu verabschieden. Mit der Vorlage soll eine gesetzliche Grundlage für die Besteuerung von E-Zigaretten geschaffen werden.

Soll-Termin: 31.12.2022

PROJEKTE UND VORHABEN

Projekte «III) Redesign Fracht / Abgaben» (DaziT): Durchführung der Conformance Tests 2 für das Warenverkehrssystem Passar mit TAXUD

Ziel des Projekts ist die Vereinfachung, Harmonisierung und Digitalisierung der Prozesse für die Ein-, Aus- und Durchfuhr von Waren.

Die Tests für die Umsetzung des gemeinsamen Versandverfahrens (gVV) Phase 5 wurden durchgeführt. Damit wird sichergestellt, dass das neue Warenverkehrssystem Passar gemäss den Vorgaben der TAXUD entwickelt wird und die Systeme gemeinsam kommunizieren können (rund 25 Länder).

Soll-Termin: 31.12.2022

Transformation der EZV zum Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG) mit Fokus auf Digitalisierung, Kultur und Zusammenarbeit: Start der Ausbildung für das bestehende Personal

Unter der neuen Bezeichnung «Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG)» wird die Organisation der EZV auf die neuen Anforderungen ausgerichtet, damit sie ihren Auftrag in einem sich verändernden Umfeld weiterhin erfolgreich erfüllen und die Chancen der Digitalisierung nutzen kann. Im Zentrum der Neuausrichtung steht das neue einheitliche Berufsbild «Fachspezialist/-in Zoll und Grenzsicherheit». Die Mitarbeitenden des bestehenden Personalkörpers werden in das neue Berufsbild überführt. Im Jahr 2022 haben 1'500 Mitarbeitende das erste Ausbildungs-Modul absolviert.

Soll-Termin: 31.12.2022

BUNDESAMT FÜR INFORMATIK UND TELEKOMMUNIKATION (BIT)

PROJEKTE UND VORHABEN

Programm SUPERB: Einführung erster Testautomatisierungen

Harmonisierung, Standardisierung und Digitalisierung von Supportprozessen in der Bundesverwaltung im Rahmen des Generationswechsels der SAP Systeme (S/4HANA).
Im Bereich der Regressionstests sind erste Testautomatisierungen eingeführt.

Soll-Termin: 30.06.2022

Programm SUPERB: Abschluss der Datenmigrationsvorbereitungen

Harmonisierung, Standardisierung und Digitalisierung von Supportprozessen in der Bundesverwaltung im Rahmen des Generationswechsels der SAP Systeme (S/4HANA).
Die Vorbereitungen zur Durchführung der Datenmigration (Implementierung Tools & Verfahren) sind abgeschlossen.

Soll-Termin: 31.12.2022

Aufbau Intermediär / Cloud Service Broker: Bereitstellung Landing Zones und Entwicklung erster Hybrid Cloud Lösungsmuster

Zur Unterstützung der Digitalen Transformation und insbesondere der Strategischen Initiative 4 Hybrid Multi-Cloud des Bundesrates werden im BIT das Team und die Kompetenz als Intermediär bzw. Cloud Service Broker aufgebaut.

Das BIT ist als Intermediär/Cloud Service Broker der Bundesverwaltung bereit. Es stellt gemanagte Landing Zones mit Integration in die Bundes-IT und Betriebs-Infrastruktur bereit. Erste Hybrid Cloud Lösungsmuster sind entwickelt.

Soll-Termin: 31.12.2022

Rechenzentrum-Campus BIT: Aufbau von 50 Fachanwendungen im Rechenzentrum-CAMPUS

Umzug der Fachanwendungen aus dem Rechenzentrum Monbijoustrasse 74 in die Rechenzentren PRIMUS und CAMPUS.

Die durch das BIT definierten Anwendungen (insbesondere diejenigen mit VK3-Anforderungen) laufen im RZ-CAMPUS und im RZ-PRIMUS (Failover) gemäss Service Level Agreement.

Soll-Termin: 31.12.2022

Entflechtung IKT-Basisleistungen VBS: Abschluss der Migration der Büroautomation von armasuisse

Im Rahmen der Entflechtung der IKT-Basisleistung übernimmt das BIT die Leistungen für die Büroautomation von der FUB.

Die Übernahme der Büroautomation von armasuisse ist abgeschlossen.

Soll-Termin: 30.09.2022

EIDGENÖSSISCHE FINANZKONTROLLE (EFK)

PROJEKTE UND VORHABEN

Jahresplanung 2022 (Veröffentlichung im Januar 2022): Umsetzung

Umsetzung der Jahresplanung 2022

Soll-Termin: 31.12.2022

EIDGENÖSSISCHES PERSONALAMT (EPA)

PROJEKTE UND VORHABEN

Personalstrategie Bundesverwaltung 2020 - 2023: Vorbereitung HR auf die Digitalisierung

Die vom BR beschlossenen Massnahmen sollen weiter umgesetzt werden.
Das HR-Rollenmodell ist auf die Anforderungen der Digitalisierung ausgerichtet und entsprechende Massnahmen sind eingeleitet.

Soll-Termin: 31.12.2022

Weiterentwicklung der flexiblen Arbeitsformen: Umsetzung des übergeordneten Changekonzepts und der flexiblen Arbeitsformen in der Bundesverwaltung

Die erarbeiteten Grundlagen zu den flexiblen Arbeitsformen und zum Desksharing sollen in Umsetzung gelangen und bedarfsgemäss weiterentwickelt werden.
Gestützt auf das übergeordnete Change Konzept sind die Verwaltungseinheiten der Bundesverwaltung befähigt, geeignete Instrumente für die Umsetzung des Desksharing, der flexiblen Arbeitsformen oder für weitere Veränderungsprozesse bedarfsgerecht anzuwenden.

Soll-Termin: 31.12.2022

SUPERB im HR-Bereich der Bundesverwaltung: Einführung von Anwendungen zur Unterstützung der Personalprozesse

Das EPA soll in der HR-Informatik (HR-IT) Anwendungen einführen, die digitalisierte und bundesweit harmonisierte Prozesse unterstützen.
Im Rahmen des Clusters Personal (HR-IT) im Bundesprogramm SUPERB werden HR-IT-Anwendungen für das Onboarding und das Lernmanagement eingeführt. Damit werden harmonisierte und digitalisierte Anwendungen für die Mitarbeitenden, Führungskräfte und die Personalbereiche zur Verfügung gestellt.

Soll-Termin: 31.12.2022

Überprüfung und Weiterentwicklung des Lohnsystems: Beschlüsse des Bundesrates über Anpassungen am Lohnsystem

Mit dem Postulat 19.3974 vom 6. September 2019 der FK-N wird der Bundesrat beauftragt, die Entkoppelung der Lohnentwicklung von der Leistungsbeurteilung zu prüfen.
Aus der Überprüfung können sich Anpassungen am Lohnsystem und in dessen Folge auch am Zielvereinbarungs- und Beurteilungssystem ergeben. In der Überprüfung ist auch die Zukunft des Ortszuschlages zu klären.

Soll-Termin: 30.06.2022

BUNDESAMT FÜR BAUTEN UND LOGISTIK (BBL)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Bericht «Den Wildwuchs und den Wirrwarr bei den Regeln der Baukunde beenden» (in Erfüllung des Po. Flach 19.3894): Gutheissung

Soll-Termin: 31.03.2022

Bericht «Sanktionen am Ort der Erbringung der Leistungen» (in Erfüllung des Po. Bourgeois 19.4213): Gutheissung

Soll-Termin: 31.12.2022

Unterbringungskonzept «Neue Arbeitswelten»: Genehmigung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2022 das Unterbringungskonzept «Neue Arbeitswelten» genehmigen. Mit dem Strategiepapier werden für die Bundesverwaltung Grundsätze für nachhaltige Büroarbeitsplätze in der Schweiz festgelegt. Die Weiterentwicklung erfolgt im Hinblick auf die digitale Transformation und die Förderung flexibler Arbeitsformen. Damit wird das Unterbringungskonzept 2024 abgelöst.

Soll-Termin: 31.12.2022

PROJEKTE UND VORHABEN

Logistik, Aufbau Shopsystem B2B und B2C in SAP: Abschluss der Pilot Shopszenarien (SUPERB)

Per Ende 2022 sind zwei Shopszenarien samt Finanz- und Materialflüssen mit der Anbindung an die heutige Systemlandschaft der Bundesverwaltung umgesetzt (B2B und B2C: insb. Publikationen). In Zusammenarbeit mit dem Programm SUPERB hat das BBL zwei Shopszenarien erfolgreich pilotiert und nutzt die Erkenntnisse für die weiterführenden Arbeiten.

Soll-Termin: 31.12.2022

Immobilienkonzept Sport: Fertigstellung Neubau Ausbildungshalle in Magglingen

Fertigstellung Neubau Ausbildungshalle in Magglingen.
Der Neubau der Ausbildungshalle in Magglingen ist fertiggestellt.

Soll-Termin: 31.12.2022

WBF

GENERALSEKRETARIAT WBF (GS-WBF)

PROJEKTE UND VORHABEN

IKT Sourcing Strategie Bund beim ISCeco: Beginn Umsetzung

Die gesamte Infrastruktur des IKT-Leistungserbringers ISCeco muss ins Rechenzentrum CAMPUS Frauenfeld migriert werden. Dies erfolgt gemäss dem Steuerungs- und Betriebsmodell RZ-Verbund. Die geplante Soll-Architektur für den Standarddienst GEVER (Bund) sowie die Referenz-Architektur für die Fachanwendungen (WBF) werden im Rahmen eines Proof of Concept verifiziert und fertiggestellt.

Soll-Termin: 31.12.2022

STAATSSSEKRETARIAT FÜR WIRTSCHAFT (SECO)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Teilrevision des Kartellgesetzes (Modernisierung der Fusionskontrolle und Umsetzung der Mo. 16.4094 Fournier): Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2022 die Botschaft zur Teilrevision des Kartellgesetzes verabschieden. Damit beabsichtigt er die Fusionskontrolle zu modernisieren und technische Aspekte im Schweizer Kartellrecht (insbesondere im Bereich des Kartellzivilrechts sowie des Widerspruchsverfahrens) zu verbessern. Zudem werden in diese Vorlage die beiden Anliegen der Motion 16.4094 Fournier aufgenommen, wonach für kartellrechtliche Verwaltungsverfahren Regelungen zu Ordnungsfristen für die Wettbewerbsbehörden und Gerichte sowie betreffend Parteienentschädigung für die erste Instanz eingeführt werden sollen. Schliesslich wird die Vorlage auch einen Vorschlag zur Umsetzung der Motion 18.4282 Français enthalten, die eine Lockerung der Regeln hinsichtlich harter Wettbewerbsabreden fordert.

Soll-Termin: 31.12.2022

Bundesgesetz über die Entlastung der Unternehmen von Regulierungskosten und die Verfassungsbestimmung zur Einführung einer Regulierungsbremse (in Erfüllung der Mo. Sollberger 16.3388 und der Mo. FDP-Liberale Fraktion 16.3360): Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2022 die Botschaften zu einem Bundesgesetz über die Entlastung der Unternehmen von Regulierungskosten und der Einführung einer Regulierungsbremse verabschieden. Im Gesetz werden Prinzipien und Instrumente verankert, um die Belastung der Unternehmen durch bestehende und neue Regulierungen zu senken. Die Regulierungsbremse verlangt ein qualifiziertes Mehr bei Abstimmungen im Parlament, wenn die Regulierung die Unternehmen stark belastet.

Soll-Termin: 31.12.2022

Bericht «Covid-19 Härtefallverordnung»: Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2022 den Bericht über die Zusicherungen von Unterstützungen an Unternehmen im Rahmen der Covid-19-Härtefallverordnung gutheissen. Die Zusicherungen haben gemäss Verordnung 2020 und 2021 zu erfolgen und können in Form von à-fonds-perdu-Beiträgen, Darlehen, Garantien oder Bürgschaften gewährt werden. Die Umsetzung umfasst 2022 die letzten Abrechnungen Bund-Kanton für à-fonds-perdu-Leistungen sowie das Bewirtschaften von zugesicherten Darlehen, Garantien und Bürgschaften.

Soll-Termin: 31.12.2022

Bericht «Covid-19 Solidarbürgschaften»: Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2022 den Bericht über die Umsetzung des Covid-19-Solidarbürgschaftsgesetzes gutheissen. Mit Hilfe von verbürgten Überbrückungskrediten soll Einzelunternehmen, Personengesellschaften oder juristische Personen mit Sitz in der Schweiz ausreichend Liquidität zur Verfügung gestellt werden, damit sie trotz Coronabedingten Umsatzeinbussen ihre laufenden Fixkosten decken können. Grundlage für die Prüfkriterien bilden der in der Verordnung vorgesehene Daten und Informationsaustausch sowie die Entbindung der involvierten Akteure vom Bankkunden-, Steuer- und Amtsgeheimnis.

Soll-Termin: 31.12.2022

Berichterstattung über die Strategie «Digitale Schweiz»: Gutheissung des Berichts «Rahmenbedingungen der digitalen Wirtschaft»

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2022 den aktualisierten Bericht «Rahmenbedingungen der digitalen Wirtschaft» gutheissen. Der Bericht soll klären, ob es aufgrund von aktuellen Entwicklungen, insbesondere in den Bereichen Sharing Economy, Digital Finance, F&E, Handelsbeziehungen und Wettbewerbspolitik, Handlungsbedarf für eine Anpassung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen gibt.

Soll-Termin: 31.12.2022

Berichterstattung über die Strategie «Digitale Schweiz»: Gutheissung des Monitoringberichts zu den Auswirkungen der Digitalisierung auf den Arbeitsmarkt

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2022 den Monitoringbericht zu den Auswirkungen der Digitalisierung auf den Arbeitsmarkt gutheissen. Der Monitoringbericht wird die Entwicklungen in den Bereichen Beschäftigung und Arbeitsbedingungen, Arbeitsrecht, Sozialpartnerschaft sowie finanzielle Lage der Sozialversicherung in den Kontext der (voranschreitenden) Digitalisierung stellen.

Soll-Termin: 31.12.2022

Genehmigung des Freihandelsabkommens zwischen den EFTA-Staaten und den MERCOSUR-Staaten: Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat beabsichtigt, die noch offenen Punkte der in der Substanz abgeschlossenen Verhandlungen zwischen den EFTA-Staaten und den MERCOSUR-Staaten zu bereinigen, damit das Abkommen im Anschluss unterzeichnet und im zweiten Halbjahr 2022 die Botschaft verabschiedet werden kann.

Soll-Termin: 31.12.2022

Genehmigung des Freihandelsabkommens zwischen den EFTA-Staaten und Moldova:

Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2022 die Botschaft zum Freihandelsabkommen (FHA) zwischen den EFTA Staaten und Moldova verabschieden. Der Abschluss eines FHA mit den EFTA-Staaten würde es Moldawien ermöglichen, ihren wirtschaftlichen Integrationsprozess weiterzuentwickeln und Schweizer Unternehmen die Möglichkeit bieten, ihre Produktionsketten in Moldawien zu erweitern.

Soll-Termin: 31.12.2022

Bericht «Steuerliche Anreize für einen nachhaltigen internationalen Handel» (in Erfüllung des Po. APK-N 20.3933): Genehmigung / Gutheissung

Soll-Termin: 16.12.2022

Bilaterales Rahmenabkommen der internationalen Zusammenarbeit mit Ghana: Abschluss

Der Bundesrat strebt den Abschluss des Rahmenabkommens der internationalen Zusammenarbeit mit Ghana im zweiten Halbjahr 2022 an. Das Abkommen gibt den Rahmen für die Aktivitäten der Schweizer internationalen Zusammenarbeit im Partnerland vor und regelt zum Beispiel Fragen zu diplomatischen Immunitäten und Steuerbehandlung.

Soll-Termin: 31.12.2022

Bundesgesetz über die Entwicklungsfinanzierungsgesellschaft SIFEM: Ergebnis der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2022 von den Ergebnissen der Vernehmlassung zum Bundesgesetz über die Entwicklungsfinanzierungsgesellschaft SIFEM Kenntnis nehmen.

Soll-Termin: 31.12.2022

Einführung einer Investitionskontrolle (in Erfüllung der Mo. Rieder 18.3021): Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2022 in Erfüllung der Motion 18.3021 die Botschaft zu einer Investitionskontrolle ausländischer Investitionen in Schweizer Unternehmen verabschieden.

Soll-Termin: 31.12.2022

Bilaterale Rahmenabkommen mit Partnerländern zur Umsetzung des zweiten CH-Beitrags an ausgewählte EU-Mitgliedstaaten (Federführung EDA): Abschluss

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2022 die Verhandlungen über die Rahmenabkommen mit den EU-13 Staaten abschliessen, mit der Absicht, bis 2029 die Kooperationsprogramme des zweiten Schweizer Beitrags umzusetzen.

Soll-Termin: 31.12.2022

Kernbeitrag an die 20. Wiederauffüllung der Internationalen Entwicklungsorganisation (IDA) der Weltbank: Beschluss

Im Rahmen der Umsetzung der IZA-Strategie 2021–2024 wird der Bundesrat im ersten Halbjahr 2022 einen Kernbeitrag an die Internationale Entwicklungsorganisation der Weltbank (International Development Association, IDA) beschliessen. Die Wiederauffüllung der IDA wird um ein Jahr vorgezogen, um die ärmsten Länder in der Krisenbewältigung und der Erreichung der langfristigen Entwicklungsziele zu unterstützen.

Soll-Termin: 30.06.2022

PROJEKTE UND VORHABEN

Regulierungsfolgenabschätzungen (RFA): Durchführung oder Begleitung von fünf Regulierungsfolgenabschätzungen

Die Regulierungsfolgenabschätzung (RFA) ist ein Instrument zur Untersuchung und Darstellung der volkswirtschaftlichen Auswirkungen von Vorlagen des Bundes.

Fünf Regulierungsfolgenabschätzungen werden durchgeführt oder begleitet. Sie dienen dazu, den Regulierungsbedarf, alternative Handlungsoptionen, die erwarteten Auswirkungen und die Vollzugstauglichkeit systematisch zu untersuchen. Die Erkenntnisse aus den Analysen können einen erheblichen Beitrag zu guten und faktenbasierten Entscheidungsgrundlagen und einer besseren Rechtsetzung leisten.

Soll-Termin: 31.12.2022

Umsetzung der plurilateralen Vereinbarung zu innerstaatlichen Regulierungen im Dienstleistungsbereich: Genehmigung der Vereinbarung und Verabschiedung der entsprechenden Botschaft durch den Bundesrat (falls die Verhandlungen dazu in der WTO erfolgreich abgeschlossen werden)

Die Vereinbarung basiert auf klare, vorhersehbare und transparente Verfahren zur Erlangung einer Genehmigung für die Erbringung von Dienstleistungen. Sie wird als zusätzliche Verpflichtungen in die spezifische GATS-Verpflichtungsliste der Schweiz aufgenommen.

Falls die Verhandlungen über eine plurilaterale Vereinbarung zu innerstaatlichen Regulierungen im Dienstleistungsbereich anlässlich der 12. WTO Ministerkonferenz im November 2021 erfolgreich abgeschlossen werden, und falls die Genehmigungskompetenz beim Parlament liegt, wird der Bundesrat im 2022 die Botschaft zu deren Genehmigung verabschieden.

Soll-Termin: 31.12.2022

Festigung der Position in den internationalen Finanzinstitutionen: Wiederauffüllung internationale Entwicklungsorganisation (IDA20)

Die Schweiz trägt solidarisch zur Wiederauffüllung von IDA bei, um die ärmsten Länder bei der Bewältigung der Covid-19 Krise zu unterstützen. Sie setzt sich für eine konsequente Ergebnisorientierung, eine partnerschaftliche Umsetzung und die finanzielle Nachhaltigkeit von IDA ein.

Im Rahmen der Umsetzung der Strategie der internationalen Zusammenarbeit 2021-24 wird der Bundesrat 2022 die Wiederauffüllung der Internationalen Entwicklungsorganisation (IDA20) beschliessen. Diese gehört zu den multilateralen Organisationen und internationalen Finanzinstitutionen, die für die Schweiz prioritär sind.

Soll-Termin: 31.12.2022

Kohäsionsbeitrag an ausgewählte EU-Mitgliedstaaten: Abschluss der Verhandlungen und Unterzeichnung des Memorandum of Understanding (MoU) mit den 13 beteiligten EU-Staaten

Der zweite Beitrag zielt darauf ab, das Schweizer Fachwissen zu nutzen, um wirtschaftliche und soziale Ungleichheiten in einigen EU-Mitgliedstaaten zu verringern und die Steuerung der Migrationsströme zu verbessern.

Die Vorbereitungen für den Abschluss der Verhandlungen und die Unterzeichnung eines Abkommens mit der EU, das die Grundsätze und Eckpunkte des zweiten Schweizer Beitrags definiert, sind im Gange. Wenn das Parlament eine positive Entscheidung trifft, könnte das Abkommen im Herbst 2022 unterzeichnet werden.

Soll-Termin: 31.12.2022

BUNDESAMT FÜR LANDWIRTSCHAFT (BLW)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Bericht «Zukünftige Ausrichtung der Agrarpolitik» (in Erfüllung des Po. WAK-S 20.3931): Gutheissung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2022 den Bericht «Zukünftige Ausrichtung der Agrarpolitik» (in Erfüllung des Po. WAK-S 20.3931) gutheissen. Der Bericht soll anhand der gestellten Fragen die langfristige Zielsetzung für die Landwirtschaftspolitik und Vorschläge für Reformetappen aufzeigen.

Soll-Termin: 30.06.2022

Bericht «Analysen bei der Einfuhr von Lebensmitteln» (in Erfüllung des Po. Bourgeois 19.4459): Gutheissung

Der Bundesrat wird in der ersten Jahreshälfte 2022 den Bericht «Analysen bei der Einfuhr von Lebensmitteln» (in Erfüllung des Po. Bourgeois 19.4459) gutheissen.

Soll-Termin: 30.06.2022

Umsetzungsbestimmungen zur parlamentarischen Initiative 19.475 «Das Risiko beim Einsatz von Pestiziden reduzieren»: Inkraftsetzung

Mit der parlamentarischen Initiative 19.475 «Das Risiko beim Einsatz von Pestiziden reduzieren» sollen das Trinkwasser und die Oberflächengewässer besser vor negativen Auswirkungen von Pestiziden und Dünger geschützt werden. Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2022 die entsprechenden Verordnungen im Landwirtschafts-, Gewässerschutz- und Chemikalienrecht anpassen und auf den 1. Januar 2023 in Kraft setzen.

Soll-Termin: 31.12.2022

PROJEKTE UND VORHABEN

Digitales Nährstoff- und Pflanzenschutzmittelmanagement: Publikation Ausschreibung

Am 19.3.2021 hat das Parlament im Zusammenhang mit der pa. Iv. 19.475 Gesetzesänderungen zur Reduktion negativer Auswirkungen von Pflanzenschutzmitteln und Dünger beschlossen. Der Bund wird verpflichtet ein zentrales Informationssystem zu deren Erfassung zu betreiben.

Mit dem Projekt "digitales Nährstoff- und Pflanzenschutzmanagement" wird die Grundlage für die Umsetzung dieser Bestimmungen geschaffen. Die Plattform soll modular aufgebaut werden und aus Komponenten des Bundes und Dritter bestehen. Die erhobenen Daten dienen einerseits dem Monitoring. Andererseits werden die Landwirtschaftsbetriebe entlastet, da die Daten konsequent elektronisch erfasst und von den Bewirtschaftenden für verschiedene Anwendungen (z.B. Label) freigegeben werden können.

Soll-Termin: 30.11.2022

Redesign Import Applikationen, Anschluss an Transformationsprogramm DaziT der EZV:
Projektabschluss

Mit dem Projekt werden die bisherigen Applikationen zur Weitergabe von Kontingentsanteilen (AEV14online), zur Versteigerung von Importkontingenten (eVersteigerung) und zur Kontrolle der Importkontingente (KIC) abgelöst.

Am 1.1.2021 wurden die Web-Anwendungen AEV-14-online und eVersteigerung durch das System eKontingente abgelöst. Als nächstes wird die interne Fachanwendung KIC in eKontingente überführt. Ab dem 1.7.2022 werden demzufolge auch die Aufgaben der Bundesverwaltung im Zusammenhang mit der Zollkontingentsbewirtschaftung mit der Applikation eKontingente erledigt.

Soll-Termin: 30.06.2022

AGROSCOPE (AGROSCOPE)

PROJEKTE UND VORHABEN

Arbeitsprogramm 2018-2021: Erstellung Schlussbericht und Kommunikation der erreichten Ergebnisse

Agroscope plant und setzt die Forschung in Arbeitsprogrammen mit einer Laufzeit von vier Jahren um. Neue Erkenntnisse werden laufend in Studien, Empfehlungen für die Praxis und Informationen für die Öffentlichkeit veröffentlicht. Eine gesamt Würdigung der erzielten Fortschritte erfolgt mit dem Abschluss des Arbeitsprogramms.

Der Schlussbericht zum Arbeitsprogramm 2018-2021 gibt in zusammenfassender Form Auskunft über die in dieser Periode erzielten wichtigsten wissenschaftlichen und praxisbezogenen Fortschritte der Forschung zu Gunsten der Land- und Ernährungswirtschaft. Er zeigt den Nutzen für die Praxis, beziehungsweise die unmittelbar anwendbaren Resultate, Empfehlungen oder Produkte. Zudem werden die wichtigsten Publikationen aufgeführt. Zum Schlussbericht ist eine Begleitkommunikation geplant.

Soll-Termin: 31.12.2022

Agroscope Forschungsprogramm «Indicate»: Start der Projekte zu Umweltindikatoren

Im Agroscope Forschungsprogramm «Indicate» werden Indikatoren für positive und negative Umweltwirkungen von Landwirtschaftsbetrieben entwickelt. Diese Messgrössen sollen Landwirtinnen und Landwirte unterstützen, die ökologischen Leistungen ihres Betriebs auf einfache Weise auszuweisen und zu optimieren.

Projekte zur Etablierung von Indikatoren für Biodiversität, Bodenqualität und Stickstoff-Effizienz werden auf dem landwirtschaftlichen Modellbetrieb «Swiss Future Farm» gestartet. Das auf dem Betrieb eingesetzte Farmmanagement-Informationssystem dient als Plattform zur digitalen Erhebung und Verknüpfung von Daten für die Berechnung der Indikatoren. Zum Projektfortschritt und den Perspektiven zur praktischen Anwendung der Indikatoren wird auf der Website www.indicate.agroscope.ch informiert.

Soll-Termin: 31.12.2022

Agrarsoziologie: Start erster Projekte auf Basis des Konzeptes

Der Agroscope-Rat beauftragte Agroscope, die Agrarsoziologie unter Nutzung von Synergien zu den folgenden Themenfeldern aufzubauen: Sozial nachhaltige landwirtschaftliche Strukturen, Wandel der landwirtschaftlichen Berufe und Tätigkeiten, Umfassende Nachhaltigkeitsbewertung. Dazu wurde ein Konzept erarbeitet.

Mit dem Projekt «Dynamik landwirtschaftlicher Arbeit - Integration arbeitswissenschaftlicher und soziale Aspekte» wird das Konzept im Arbeitsprogramm 2022-25 umgesetzt. Kennzahlen zur landwirtschaftlichen Arbeit dienen als Grundlage für die Quantifizierung der Arbeitsbelastung auf einem Betrieb, die Beschäftigungsverhältnisse werden analysiert und Variablen der Arbeitsorganisation werden mit der ökologischen Performance von landwirtschaftlichen Betrieben verknüpft.

Soll-Termin: 31.12.2022

Umsetzung Standortstrategie: Abschluss detaillierte Laborplanung und Verdichtung an den Standorten Changins, Reckenholz und Tänikon sowie Rückgabe von Gebäuden

Nach dem Entscheid des Bundesrats vom Mai 2020 zur Standortstrategie Agroscope startete das Umsetzungsprojekt. Als Grundlage für die ab 2022 bevorstehende Verschiebung von Forschungsaktivitäten fokussiert die Detailplanung auf die bedarfsorientierte Bereitstellung der notwendigen Infrastrukturen und deren Optimierung.

Kern ist die Realisierung von Effizienzgewinnen durch die standortübergreifende Optimierung und Verdichtung der genutzten Infrastrukturen. Der Detailplan wird bis Ende 2022 zeigen, wie viele Büroarbeitsplätze an den verschiedenen Standorten notwendig sind (Arbeitswelt 4.0) und welche Laborflächen sowie Spezialinfrastrukturen genutzt werden. In Tänikon wird es bereits zu Verdichtung und Rückgabe von Gebäuden kommen. Regionen übergreifend werden drei Forschungsgruppen umziehen.

Soll-Termin: 31.12.2022

Verwendung Effizienzgewinne für Versuchsstationen: Start der Projekte in den Versuchsstationen Gemüsebau und Stoffflüsse

Ein zentrales Element der Standortstrategie Agroscope ist der Aufbau von Versuchsstationen zusammen mit Kantonen und der Branche. Die Versuchsstationen sollen den Wissensaustausch mit der Praxis stärken und anwendungsorientierte Fragen zu spezifischen, standortrelevanten Problemen von gesamtschweizerischem Interesse beantworten.

Agroscope wird in den Versuchsstationen Stoffflüsse und Gemüsebau permanentes Personal einsetzen. Die notwendigen Infrastrukturen, Versuchsflächen und Betriebsnetze werden durch die Kantone bereitgestellt. Nach der Projektplanung mit den beteiligten Partnern wird mit ersten Messungen zur Quantifizierung der Stoffflüsse auf Praxisbetrieben sowie mit ersten Versuchen zu ganzheitlichen Pflanzenschutzstrategien und ressourceneffizientem Bodenmanagement im Gemüsebau gestartet.

Soll-Termin: 31.12.2022

BUNDESAMT FÜR WIRTSCHAFTLICHE LANDESVERSORGUNG (BWL)

PROJEKTE UND VORHABEN

Resilienzmassnahmen Versorgungsprozesse: Umsetzung

Der Bundesrat hat die Nationale Strategie zum Schutz der Schweiz vor Cyberrisiken (NCS) für die Jahre 2018-2022 verabschiedet. Die Strategie enthält unter anderem ein Handlungsfeld Standardisierung und Regulierung sowie Mindeststandards für die Cybersicherheit.

Die im Verantwortungsbereich der WL liegenden Resilienz-Massnahmen werden gemäss der NCS-Strategie umgesetzt. Dies betrifft insbesondere die Themen „Resilienz Management“ (Aufbau Benchmarkingdatenbank) sowie „Standardisierung / Regulierung“ (Allgemeinverbindlichkeitserklärung von IKT-Minimalstandards).

Soll-Termin: 31.12.2022

Resilienz-Empfehlungen Zahlungsverkehr: Umsetzung

Im Jahr 2020 erstellten Ergebnisbericht wird ausgewiesen, wie bei länger anhaltendem Stromausfall oder Strommangellage die Bargeldversorgung und der bargeldlose Zahlungsverkehr gewährleistet werden kann. Die Business Continuity Management-Empfehlungen werden zusammen mit der Bankbranche verbindlich definiert.

Soll-Termin: 31.12.2022

Erhöhung der Einsatzbereitschaft: Bewirtschaftungsmassnahmen im Strombereich inkl. Kontingentierung

In einer Strommangellage stehen dem Bund verschiedene Bewirtschaftungsmassnahmen zur Verfügung, welche unterschiedlich rasch umgesetzt werden können und mehr oder weniger gravierende Auswirkungen auf die Wirtschaft und Bevölkerung haben.

Diese Bewirtschaftungsmassnahmen müssen im Rahmen der Vorbereitung laufend an sich ändernde Rahmenbedingungen angepasst werden, damit die Einsatzbereitschaft gewährleistet ist. Zur Erhöhung der Einsatzbereitschaft ist das WL-Strom Monitoring einzuführen sowie die Kommunikationsmassnahmen und Rollenklärung mit den anderen Bundesstellen (u.a. EICom, BABS, BFE) abzustimmen und festzulegen.

Soll-Termin: 31.12.2022

Erfahrungen aus der Covid-19-Pandemie: Auswertung der Erfahrungsberichte

Das BWL sowie die dazugehörige WL-Organisation reflektieren die Bewältigung der Covid-Krise und erarbeiten Verbesserungsvorschläge für zukünftige Ereignisse.

Die Erfahrungen auf den verschiedenen Ebenen der Covid-Krisenbewältigung (Krisenstab WL, interdepartementale Zusammenarbeit, Handhabung von WL-Massnahmen usw.) sind aufzuarbeiten. Aufgrund der Analyse ist der Handlungsbedarf aufzuzeigen und die nötigen, konkreten Massnahmen müssen definiert werden.

Soll-Termin: 31.12.2022

Projekt zum Bericht Administrativuntersuchung Wirtschaftliche Landesversorgung: Mitwirkung und Umsetzung der Massnahmen ohne Gesetzesänderungen

Dieses Projekt ist eine Folgeaktivität der Administrativuntersuchung. Die im Bericht enthaltenen Massnahmen werden geprüft und anschliessend umgesetzt.

Im Schlussbericht der Projektarbeiten 2021 sind zu den Themen Führung und Organisation, Kernprozesse, Risikomanagement, Vernetzung und Ressourcensituation Umsetzungsempfehlungen mit einer Einführungsplanung enthalten. Das Departement wird zusammen mit dem Delegierten über die Einführungsplanung im Einzelnen befinden und die Umsetzung vorantreiben.

Soll-Termin: 31.12.2022

BUNDESAMT FÜR WOHNUNGSWESEN (BWO)

PROJEKTE UND VORHABEN

Mietrechtliche Rahmenbedingungen: Unterstützung der Rechtskommission des Nationalrates (RK-N) bei der Umsetzung von vier parlamentarischen Initiativen im Mietrecht, Vernehmlassung und Stellungnahme des Bundesrates

Das derzeitige Mietrecht, nahezu unverändert in Kraft seit 1990, ist regelmässig Gegenstand von parlamentarischen Vorstössen und Diskussionen. Im Zusammenhang mit den Massnahmen zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie standen die Geschäftsmietverhältnisse besonders im Fokus. Die Ergebnisse aus der Vernehmlassung zu vier parlamentarischen Initiativen im Mietrecht (15.455 / 16.458 / 16.459 / 18.475) werden zuhanden der Rechtskommission des Nationalrates (RK-N) ausgewertet. Anschliessend nimmt der Bundesrat Stellung zu den vorgeschlagenen Gesetzesanpassungen

Soll-Termin: 31.12.2022

Mietrechtliche Rahmenbedingungen: Aktualisierung des Monitorings über die Entwicklung der Geschäftsmieten

Das derzeitige Mietrecht, nahezu unverändert in Kraft seit 1990, ist regelmässig Gegenstand von parlamentarischen Vorstössen und Diskussionen. Im Zusammenhang mit den Massnahmen zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie standen die Geschäftsmietverhältnisse besonders im Fokus. Das Parlament lehnte in der Wintersession 2020 das Covid-19-Geschäftsmietegesetz ab. Der Bundesrat beauftragte das BWO im Oktober 2020, die Situation bei den Geschäftsmieten weiter zu beobachten. Weil die Perspektiven vieler betroffener Geschäftsinhaber unsicher und verschiedene Fragen noch ungeklärt sind, beschloss der Bundesrat am 30. Juni 2021, das Monitoring bis Ende 2022 weiterzuführen und Bericht zu erstatten.

Soll-Termin: 31.12.2022

Mietrechtliche Rahmenbedingungen: Diskussionsprozess Mietrecht, Erarbeitung von Grundlagen und Vorbereitung einer Mietrechtsrevision

Das derzeitige Mietrecht, nahezu unverändert in Kraft seit 1990, ist regelmässig Gegenstand von parlamentarischen Vorstössen und Diskussionen. Im Zusammenhang mit den Massnahmen zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie standen die Geschäftsmietverhältnisse besonders im Fokus. Der Diskussionsprozess Mietrecht soll unter Einbezug der Stakeholder die Bedürfnisse und den Anpassungsbedarf im Mietrecht aufzeigen. Am 21. Juni 2021 fand dazu ein Runder Tisch mit Vertreterinnen und Vertretern von Interessenverbänden sowie Experten statt. Die Resultate des Runden Tisches und eine dafür erstellte Studie zum Handlungsbedarf im Mietrecht fliessen in die Entscheidung über die Vorbereitung einer allfälligen Mietrechtsrevision ein.

Soll-Termin: 31.12.2022

Wohnen im Berggebiet: Publikation der Wegleitung "Attraktives Wohnen im Berggebiet"

Die Begleitgruppe Berggebietspolitik hat das Thema attraktiver Wohnraum als Handlungsschwerpunkt identifiziert.

In diesem Zusammenhang wird gemeinsam mit anderen Partnern – u.a. der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete (SAB) – eine Wegleitung «Attraktives Wohnen im Berggebiet» erarbeitet

Soll-Termin: 30.06.2022

BUNDESAMT FÜR ZIVILDIENTST (ZIVI)

PROJEKTE UND VORHABEN

Pilot mit versuchsweisen Einsätzen von Zivildienstpflichtigen zur Unterstützung von Angehörigen betreuungsbedürftiger Personen: Circa 100 Piloteinsätze in drei Sprachregionen sind durchgeführt und begleitend evaluiert

Gemäss Auftrag des Bundesrates werden zeitlich begrenzte versuchsweise Einsätze von Zivis zur Unterstützung von Angehörigen betreuungsbedürftiger Personen durchgeführt.

Am 25. November 2020 hat der Bundesrat das WBF beauftragt, im 2021 Piloteinsätze zur Entlastung von betreuenden Angehörigen zu konzipieren und diese im 2022 durchzuführen und zu evaluieren. Ziel ist es, herauszufinden, ob und wie der Zivildienst zur Entlastung dieser betreuenden Angehörigen eingesetzt werden kann.

Soll-Termin: 31.12.2022

Weiterentwicklung des Dienstpflichtsystems: Die ZIVI-seitigen Folgearbeiten aus den Beschlüssen des Bundesrates im 2021 zum Bericht zu Alimentierung von Armee und Zivilschutz Teile 1 und 2 sind definiert sowie allfällige Rechtsetzungsprojekte initiiert

Die Weiterentwicklung des Dienstpflichtsystems erfährt eine weitere konzeptionelle, strategische und operative Klärung

Das ZIVI hat den Auftrag, dem Bundesrat eine Vernehmlassungsvorlage zu unterbreiten, da-mit Zivildienstpflichtige einen Teil ihrer Zivildienstpflicht in einer Zivilschutzorganisation mit dauerndem Unterbestand leisten können. Weiter sollen Massnahmen zur Verbesserung der Unterstützung durch Zivildienstpflichtige in Katastrophen und Notlagen in der nächsten ZDG-Revision aufgenommen werden.

Soll-Termin: 31.03.2022

Positionierung des Zivildienstes in der Sicherheitspolitik: Die möglichen Leistungen des Zivildienstes in den 2022 zu aktualisierenden Startstrategien des Bundesstabes Bevölkerungsschutz und des Sonderstabes Asyl sowie im überarbeiteten Influenza-Pandemieplan Schweiz sind korrekt erfasst

Die Positionierung des Zivildienstes in der Sicherheitspolitik erfährt weitere konzeptionelle, strategische und operative Klärungen.

Der Zivildienst leistet einen Beitrag zur Sicherheitspolitik, indem er sich auf Einsätze bei Katastrophen und Notlagen gemäss den Startstrategien des Bundesstabes Bevölkerungsschutz (BSTB) vorbereitet. Die Operationalisierung dieser Dienstleistung basiert auf der Zusammenarbeit des ZIVI mit den Partnern im Rahmen des Sicherheitsverbundes Schweiz und des BSTB sowie dem Anschluss an die Krisenkommunikationsmittel des Bundes.

Soll-Termin: 31.12.2022

Digitale Transformation ZIVI: Fachanwendung ZIVI - Abschluss der Phase Initialisierung und Start der Phase Konzept sind erfolgt

Umsetzung der amtsspezifischen Strategie zur digitalen Transformation. Ein Teil der digitalen Transformation

ZIVI beinhaltet das Projekt «Neue Fachanwendung ZIVI». Bei diesem Projekt, sollen die Prozesse systematisch digitalisiert und wo möglich automatisiert werden

In der Initialisierungsphase werden die Projektziele mit den Zielen und Strategien des ZIVI abgestimmt sowie die Projektgrundlagen und der Projektauftrag erarbeitet. Am Ende dieser Phase wird der Entscheid zur Projektfreigabe getroffen.

Soll-Termin: 31.03.2022

SCHWEIZERISCHE AKKREDITIERUNGSSTELLE (SAS)

PROJEKTE UND VORHABEN

Kundenzufriedenheit: Auswertung der Umfrageergebnisse

Jährlich wird auf Grundlage einer strukturierten Befragung die Zufriedenheit der Konformitätsbewertungsstellen (KBS) mit den Dienstleistungen der SAS durchgeführt. Auf Grundlage der entsprechenden Ergebnisse und der Entwicklung im Jahresvergleich werden Massnahmen zur laufenden Verbesserung der erbrachten Dienstleistungen bis Ende März geprüft und im Verlaufe des Jahres umgesetzt.

Soll-Termin: 31.03.2022

Peer Evaluation durch die EA (European co-operation for Accreditation): Vorbereitung (insbesondere Self Evaluation Report)

Die SAS wird periodisch mittels Peer Evaluation geprüft. Die Vorgaben sind in der Norm ISO/IEC 17011: 2017 «Konformitätsbewertung – Anforderungen an Akkreditierungsstellen, die Konformitätsbewertungsstellen akkreditieren» sowie in den Vorgaben der EA festgehalten. Im Vorfeld einer „Peer Evaluation“ durch die EA müssen umfassende Vorbereitungen getroffen werden. So werden u.a. Direktiven und weitere Dokumente überprüft und übersetzt sowie ein umfassender „Self Evaluation Report“ vorbereitet. Dieser bildet eine der wesentlichen Grundlagen für die Prüfung des Begutachterteams der EA vor Ort anlässlich der „Peer Evaluation“ im Jahr 2023.

Soll-Termin: 31.12.2022

STAATSSSEKRETARIAT FÜR BILDUNG, FORSCHUNG UND INNOVATION (SBFI)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Bundesgesetz über Aufgaben, Organisation und Finanzierung der öffentlich-rechtlichen Anstalt

Movetia: Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2022 die Botschaft zum Bundesgesetz über Aufgaben, Organisation und Finanzierung der öffentlich-rechtlichen Anstalt Movetia verabschieden. Movetia ist für die Mobilitäts- und Zusammenarbeitsprogramme in der Bildung zuständig. Die Änderung der rechtlichen Struktur von Movetia (derzeit eine privatrechtliche Stiftung) soll die Governance verbessern. Das Projekt wird in Zusammenarbeit mit der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) durchgeführt, da die neue Struktur eine Institution des Bundes und der Kantone bleiben muss.

Soll-Termin: 31.12.2022

Revision der Maturitäts-Anerkennungsverordnung (MAV): Eröffnung der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2022 die Vernehmlassung zur Revision der Verordnung über die Anerkennung von gymnasialen Maturitätsausweisen (MAV) im Rahmen des Projekts «Weiterentwicklung der gymnasialen Maturität» eröffnen.

Soll-Termin: 30.06.2022

Bericht «Frühe Sprachförderung vor dem Kindergarteneintritt als Voraussetzung für einen Sek-II-Abschluss und als Integrationsmassnahme» (in Erfüllung der Mo. Eymann 18.3834): Gutheissung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2022 den Bericht «Frühe Sprachförderung vor dem Kindergarteneintritt als Voraussetzung für einen Sek-II-Abschluss und als Integrationsmassnahme» in Erfüllung der Mo. Eymann 18.3834 gutheissen. Der Bericht soll erläutern, wie die frühe Sprachförderung vor Eintritt in den Kindergarten mithilfe des Bundes im ganzen Land umgesetzt werden kann.

Soll-Termin: 30.06.2022

Abkommen zur Assoziierung der Schweiz am EU-Programm für Bildung Erasmus 2021-2027:

Abschluss

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2022 das Abkommen zur Assoziierung der Schweiz am Programm Erasmus, dem EU-Programm zur Förderung von allgemeiner und beruflicher Bildung, Jugend und Sport in Europa für die Jahre 2021-2027 genehmigen.

Soll-Termin: 30.06.2022

Anpassung von Anhang III des Personenfreizügigkeitsabkommens: Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2022 die Botschaft zum Bundesbeschluss betreffend Anpassung von Anhang III des Personenfreizügigkeitsabkommens verabschieden. Die Anpassung soll das Freizügigkeitsabkommen mit der Situation in der EU in Einklang bringen. Dabei sollen einige wichtige Neuerungen integriert werden, wie der «Europäische Berufsausweis» (digitales Anerkennungsverfahren) oder der Warnmechanismus für die Gesundheits- und Bildungsberufe.

Soll-Termin: 30.06.2022

Verordnung über die internationale Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung: Verabschiedung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2022 die Verordnung über die internationale Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung verabschieden und das Inkrafttreten des Gesetzes über die internationale Zusammenarbeit in der Mobilität in der Bildung festlegen. Die Verordnung regelt die Einzelheiten der zukünftigen Umsetzung des neuen Gesetzes über die internationale Zusammenarbeit in der Mobilität in der Bildung.

Soll-Termin: 30.06.2022

Revision des Forschungs- und Innovationsförderungsgesetzes (FIFG): Inkraftsetzung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2022 die Revision des Forschungs- und Innovationsförderungsgesetzes (FIFG) in Kraft setzen. Hauptziel der Gesetzesänderung ist eine Flexibilisierung der Innovationsförderung von Innosuisse.

Soll-Termin: 31.12.2022

**Erlass der angepassten Vollzugsregelung zum revidierten FIFG (zeitlich mit Revision FIFG):
Beschluss**

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2022 die Vollzugsregelung zum revidierten FIFG beschliessen. Die Vollzugsregelung umfasst die Totalrevision der Beitragsverordnung Innosuisse und der V-FIFG. Die Totalrevision der Beitragsverordnung Innosuisse setzt die Flexibilisierung der Innovationsförderung von Innosuisse um.

Soll-Termin: 31.12.2022

**Bericht «Berufsbildung und Gleichstellung» (in Erfüllung des Po. FDP-Liberale Fraktion 20.4285):
Gutheissung**

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2022 den Bericht «Berufsbildung und Gleichstellung» (in Erfüllung des Postulates FDP Liberale Fraktion 20.4285) zur Kenntnis nehmen. Der Bericht bietet eine Gesamtschau über die Entwicklung der Mittel und der Lastenverteilung in den gemeinsam mit den Kantonen verantworteten Bereichen des Bildungswesens mit dem Ziel der Transparenz bei den Mittelflüssen.

Soll-Termin: 31.12.2022

Abkommen zur Assoziierung der Schweiz am Rahmenprogramm der EU für Forschung und Innovation und weiteren Elementen des Horizon-Pakets 2021-2027: Abschluss

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2022 bei einer noch nicht erfolgten Assoziierung an das Rahmenprogramm der EU für Forschung und Innovation «Horizon Europe» und an die damit verbundenen, weiteren Elemente des Horizon-Pakets ein entsprechendes Assoziierungsabkommen abschliessen. Zudem wird der Bundesrat gestützt auf den Bundesbeschluss zum Horizon-Paket 2021-2027 Forschende in der Schweiz direkt finanzieren, wenn diese keine Mittel mehr aus Brüssel erhalten.

Soll-Termin: 30.06.2022

PROJEKTE UND VORHABEN

Bundesunterstützung für weitere Artikel 15-Forschungseinrichtungen (Stufe WBF): Beschluss

Der Bundesrat entrichtet im Rahmen der bewilligten Kredite gemäss Artikel 15 FIFG Beiträge an Forschungseinrichtungen von nationaler Bedeutung für die Periode 2021–2024. Die Forschungseinrichtungen erfüllen Aufgaben von nationaler Bedeutung, die Hochschulen nicht zweckmässigerweise erfüllen können.

Der Bundesrat beschliesst bis Ende 2022 über die Verwendung der zurückgestellten Mittel zur Bundesunterstützung nach Artikel 15 FIFG für weitere Forschungseinrichtungen

Soll-Termin: 31.12.2022

Initiative Berufsbildung 2030: Umsetzung

Die Initiative Berufsbildung 2030 umfasst Projekte zur Ausrichtung der Berufsbildung auf die Zukunft gemäss der von der Tripartiten Berufsbildungskonferenz genehmigten Projektetappen.

Der Bund unterstützt die Kantone und Organisationen der Arbeitswelt bei der Projektumsetzung im Rahmen der bestehenden Förderinstrumente des BBG. Die Projektetappen werden von der Tripartiten Berufsbildungskonferenz genehmigt.

Soll-Termin: 31.12.2022

INFORMATION SERVICE CENTER WBF (ISCECO)

PROJEKTE UND VORHABEN

Umzug RZ-Verbund SD GEVER: Vorbereitung Umzug RZ-Verbund SD GEVER

Das ISCeco betreibt den IKT-Standarddienst GEVER Bund auf Standort redundanten Infrastrukturen des BIT. Mit Realisierung des RZ-Verbunds wird einer der Standorte in das neue RZ CAMPUS verlegt. Die Umzugsarbeiten von GEVER dauern von 2021 bis 2023.

Das Ziel für 2022 ist, die erforderlichen Architekturanpassungen für GEVER zu definieren. Weiter werden alle Vorbereitungsaufgaben für den Lokations- und Zonenwechsel abgeschlossen, das Umzugsvorgehen terminlich geplant und mit den Kunden, DTI (BK) und dem BIT abgestimmt.

Soll-Termin: 31.12.2022

Nutzung der Hybrid-Cloud für Fachanwendungen WBF: Verifizierung der Anforderungen mit der strateg. Initiative

Mit der strategischen Initiative SI-04 wird unter Führung von DTI (BK) eine Hybrid-Cloud für die Bundesverwaltung realisiert. Für die Nutzung sind seitens der Leistungserbringer Aufbauarbeiten im Zeitraum von 2021 bis voraussichtlich 2023 erforderlich.

Die Anforderungen des ISCeco für die Integration und den Betrieb von WBF-Fachanwendungen in der Hybrid-Cloud sind erhoben und mit der strategischen Initiative Hybrid-Cloud bezüglich der Realisierbarkeit verifiziert.

Soll-Termin: 31.12.2022

Standortwechsel und neue Arbeitswelten: Abschluss der Vorbereitungsarbeiten

Gemäss der Immobilienbotschaft des EFD führt das BBL mit dem Ausbau des Campus Meilen in Zollikofen eine Konsolidierung der Standorte für die IKT-Leistungserbringer durch. Die Realisierung für das ISCeco erfolgt mit der 2. Bauetappe.

Die Vorbereitungen für den Umzug in den Campus unter Berücksichtigung einer konformen Umstellung auf neue Arbeitswelten werden durchgeführt (z.B. flexible Arbeitsformen, Einrichtung kollektiver Arbeitsplätze).

Soll-Termin: 31.12.2022

UVEK

GENERALSEKRETARIAT UVEK (GS-UVEK)

PROJEKTE UND VORHABEN

E-Government Plattform UVEK: Entscheid Phasenfreigabe Programmabschluss

Nach der erfolgreichen Inbetriebnahme im 2021 werden weitere E-Government-Prozesse des UVEK gemäss der mehrjährigen Roadmap eingeführt. Zudem wird die Übernahme von verbleibenden Betriebs und Weiterentwicklungsaufgaben durch die Stammorganisation Digital Services im GS-UVEK vollzogen. Per Ende 2022 wird der Entscheid für die Phasenfreigabe Programmabschluss getroffen.

Soll-Termin: 31.12.2022

BUNDESAMT FÜR VERKEHR (BAV)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Stand der Ausbauprogramme der Bahninfrastruktur und der Perspektive BAHN 2050: Eröffnung der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2022 die Vernehmlassung zum Stand der Ausbauprogramme der Bahninfrastruktur und zur Perspektive BAHN 2050 eröffnen. Diese Vorlage wird den Stand der Ausbauprogramme Bahninfrastruktur sowie die überarbeitete Langfristperspektive «Perspektiven Bahn 2050» umfassen. Darin enthalten sind zudem allfällige Anpassungen an den Bundesbeschlüssen zu den Ausbausritten AS 2025 und AS 2035, die sich aus den Planungs- und Umsetzungsfortschritten ergeben.

Soll-Termin: 30.06.2022

Bericht «Ausbau der internationalen Verbindung Zürich – München» (in Erfüllung des Po. KVF-S 19.3006): Genehmigung / Gutheissung

Genehmigung / Gutheissung

Soll-Termin: 31.12.2022

Bericht «Für einen erschwinglichen und gut eingespielten öffentlichen Verkehr» (in Erfüllung des Po. Reynard 19.4199): Genehmigung / Gutheissung

Genehmigung / Gutheissung

Soll-Termin: 30.06.2022

Bundesgesetz über die Dateninfrastruktur Mobilität: Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2022 die Botschaft zu einem Gesetz über die Dateninfrastruktur Mobilität verabschieden. Zugunsten eines effizienten und vernetzten Verkehrssystems sollen damit Bereitstellung, Austausch, Verknüpfung und Nutzung von Mobilitätsdaten vereinfacht werden.

Soll-Termin: 31.12.2022

PROJEKTE UND VORHABEN

Bericht über die Verkehrsverlagerung vom November 2021. Verlagerungsbericht Juli 2019 – Juni 2021: Behandlung im Parlament

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2022 den Verlagerungsbericht 2021 in der parlamentarischen Behandlung vertreten. Dieser legt die Entwicklungen des alpenquerenden Schwerverkehrs vom Juli 2019 bis Juni 2021, die Wirksamkeit der Massnahmen und den Stand der Verlagerung dar.

Soll-Termin: 30.06.2022

BUNDESAMT FÜR ZIVILLUFTFAHRT (BAZL)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Sachplan Infrastruktur Luftfahrt (SIL) Serien 17 und 18: Schindellegi, Saanen, Zweisimmen, St. Stephan, Schaffhausen, Sion: Verabschiedung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2022 die Serien 17 und 18 des Sachplans Infrastruktur Luftfahrt (SIL) verabschieden. Diese betreffen die Flugplätze Schindellegi, Saanen, Zweisimmen, St. Stephan, Schaffhausen und Sion.

Soll-Termin: 31.12.2022

PROJEKTE UND VORHABEN

U-Space (Regelung Betrieb Drohnen): Bestimmung mind. eines Luftraum-Volumens als U-Space

Die U-Space-Verordnung (EU 2021/664) kann im Januar 2023 verabschiedet werden. Sie ermöglicht die Ausweisung von Bereichen, in denen neue Dienste verpflichtend vorgeschrieben werden, um den Drohnenbetrieb sicherer zu machen und die Schaffung fortschrittlicher Dienste zu unterstützen, wie z. B. die Inspektion linearer Infrastrukturen (Bahn, Strom) oder Langstreckenlieferungen. Im Rahmen der Partnerschaft SUSI (Swiss U-Space Implementation) arbeiten das BAZL, Skyguide und rund 30 Industriepartner gemeinsam an der Umsetzung von U-Space-Diensten. Um die technischen, verfahrenstechnischen und gesellschaftlichen Aspekte bei der Einrichtung von U-Space-Zonen zu verstehen, soll in Zusammenarbeit mit allen Beteiligten eine erste Zone im kontrollierten Luftraum eingerichtet werden, die als Basis für den grossflächigen Einsatz von U-Space-Zonen in der Schweiz dient.

Soll-Termin: 31.12.2022

Luftfahrtdaten: Erweiterung und Inbetriebnahme der Data Collection Service (DCS) für die vollen Funktionalitäten im Zusammenhang mit Luftfahrthindernissen

Das Projekt umfasst den Aufbau und Betrieb der nationalen Datenerfassungsschnittstelle (nachfolgend Data Collection Service [DCS] genannt). DCS dient künftig der digitalen Erfassung von Luftfahrtdaten sowie der Abwicklung von entsprechenden Geschäftsprozessen. Diese Luftfahrtdaten beinhalten unter anderem zivile und militärische Luftfahrthindernissdaten, Luftraumdaten und Flugplatzdaten.

In einer ersten Phase geht es darum, ab Frühjahr 2022 die Luftfahrthindernissysteme «Obstacle Management System» (OMS) und «Obstacle Collection Service» (OCS) des BAZL zu ersetzen. Die für diese Ablösung aufgebauten Services mit noch begrenzten Funktionalitäten werden im Laufe des 2022 ausgebaut und erweitert. So werden etappenweise die vollen Luftfahrthindernis- und DCS-Funktionalitäten in Betrieb genommen.

Soll-Termin: 31.12.2022

BUNDESAMT FÜR ENERGIE (BFE)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Gasversorgungsgesetz: Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2022 die Botschaft zum Gasversorgungsgesetz verabschieden. Ziel der Vorlage ist es, erstmals gesetzliche Rahmenbedingungen für die Gasversorgung und den Gasmarkt in der Schweiz zu setzen und damit Rechtssicherheit wiederherzustellen.

Soll-Termin: 30.06.2022

Wasserrechtsgesetz: Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2022 die Botschaft zur Revision des Wasserrechtsgesetzes verabschieden. Mit der Revision soll das Wasserzinsmaximum für die Zeit ab 2025 neu geregelt werden. Der Bundesrat schlägt ein flexibles System vor, in dem sich das Wasserzinsmaximum aus zwei Teilen zusammensetzt. Pro Kilowatt Bruttoleistung ist ein fixer Satz vorgesehen, der unabhängig vom Marktumfeld zu bezahlen ist. Darüber hinaus wird zusätzlich ein variabler Teil in Abhängigkeit des Referenzmarktpreises für Strom aus Schweizer Wasserkraft berechnet.

Soll-Termin: 31.12.2022

Szenariorahmen für die Stromnetzplanung: Genehmigung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2022 gestützt auf Artikel 9a des Stromversorgungsgesetzes den energiewirtschaftlichen Szenariorahmen als Grundlage für die Planung der Stromnetze genehmigen. Dieser stützt sich auf die energiepolitischen Ziele des Bundes und die gesamtwirtschaftlichen Rahmendaten und berücksichtigt das internationale Umfeld. Der Szenariorahmen definiert jeweils drei Szenarien, welche die Bandbreite wahrscheinlicher energiewirtschaftlicher Entwicklungen abbilden.

Soll-Termin: 31.12.2022

Revision Sachplan Übertragungsleitungen: Beschluss

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2022 die Revision des Sachplans Übertragungsleitungen beschliessen. Ziel der Revision ist es, das übergeordnete Planungs- und Koordinationsinstrument des Bundes an die aktuellen Änderungen im Stromnetz anzupassen.

Soll-Termin: 31.12.2022

Bericht «Arbeitsplatzpotenzial durch Förderung erneuerbarer Energien und Energieeffizienz» (in Erfüllung des Po. Masshardt 19.3562): Genehmigung / Gutheissung

Soll-Termin: 30.06.2022

PROJEKTE UND VORHABEN

Totalrevision von Kernenergiehaftpflicht-Gesetz und -Verordnung: Inkraftsetzung

Die totalrevidierte Kernenergiehaftpflichtgesetzgebung setzt die internationalen Nuklearhaftpflichtabkommen von Paris und Brüssel um. Damit verbessert sich im Falle von schweren Nuklearunfällen der Opferschutz und das Entschädigungsverfahren wird international harmonisiert und vereinfacht.

Das totalrevidierte Kernenergiehaftpflichtgesetz und die totalrevidierte Kernenergiehaftpflichtverordnung treten am 1. Januar 2022 in Kraft.

Soll-Termin: 01.01.2022

Revision der Energieeffizienzverordnung: Beschluss Bundesrat

Die Berechnungsmethodik zur Bestimmung der Kategoriengrenzen der Energieetikette von Personenwagen soll angepasst werden. Dadurch wird eine bessere Kohärenz zwischen der Energieetikette und den CO₂-Emissionsvorschriften erzielt.

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2022 die angepasste Berechnungsmethodik mit einer entsprechenden Änderung der Energieeffizienzverordnung beschliessen.

Soll-Termin: 30.06.2022

BUNDESAMT FÜR STRASSEN (ASTRA)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Zahlungsrahmen Nationalstrassen 2024–2027, Ausbauschritt 2023 für die Nationalstrassen und Verpflichtungskredit: Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2022 die Botschaft zum Zahlungsrahmen Nationalstrassen 2024–2027, zum Ausbauschritt 2023 für die Nationalstrassen und zum Verpflichtungskredit verabschieden. Gleichzeitig wird er über den Zustand und die Auslastung der Nationalstrassen berichten sowie über den Stand der Umsetzung der Ausbauschritte und über die geplanten nächsten Ausbauschritte.

Soll-Termin: 31.12.2022

Teilnahme der Schweiz an der «Agentur der Europäischen Union für das Weltraum-Programm (EUSPA)»: Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2022 die Botschaft zur Teilnahme der Schweiz an der «Agentur der Europäischen Union für das Weltraum-Programm (EUSPA)» verabschieden. Die EUSPA ist die Nachfolge-Agentur der «Agentur für das europäische globale Satellitennavigationsystem (GSA)» und somit zuständig für die Satellitennavigations-Programme Galileo und EGNOS.

Soll-Termin: 31.12.2022

Sachplan Verkehr, Teil Infrastruktur Strasse, 2. Auflage: Verabschiedung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2022 die 2. Auflage des Sachplans Verkehr, Teil Infrastruktur Strasse, verabschieden. Damit gewährleistet der Bundesrat die räumliche Abstimmung der Infrastrukturen der Nationalstrassen mit anderen raumwirksamen Planungen des Bundes, der Kantone und des benachbarten Auslands.

Soll-Termin: 30.06.2022

Bundesgesetz über Pilotprojekte zu Mobility Pricing: Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2022 die Botschaft zum Bundesgesetz über Pilotprojekte zu Mobility Pricing verabschieden. Mit dem Gesetz sollen die Kantone und Gemeinden die Möglichkeit erhalten, solche Pilotprojekte durchzuführen. Das Gesetz soll zudem die Grundlage schaffen, damit der Bund Pilotprojekte finanziell unterstützen kann.

Soll-Termin: 30.06.2022

PROJEKTE UND VORHABEN

Effizientere Nutzung der bestehenden Nationalstrassen-Kapazitäten: Harmonisierung und Ausrüstung der Nationalstrassen mit Verkehrsmanagement-Anlagen gemäss Mehrjahresplanung

Damit die bestehenden Nationalstrassen-Kapazitäten effizienter genutzt werden können, wurde definiert, auf welchen Strecken welche Verkehrsmanagementsysteme (u.a. Geschwindigkeitsharmonisierungs- und Gefahrenwarnungsanlagen, Rampendosierungen) eingesetzt werden sollen.

Für die bauliche Umsetzung dieser Massnahmen hat das ASTRA eine Planung aufgestellt, die konsequent umgesetzt wird. Darüber hinaus testet das ASTRA weitere Verkehrsmanagementmassnahmen im Rahmen von Pilotversuchen (z.B. Carpool Lanes).

Soll-Termin: 31.12.2022

Beitrag der Nationalstrasse zum Klimapaket Bundesverwaltung: Umsetzung Gebäudesanierungen und Produktion von erneuerbarer Energie

Im Rahmen des Klimapakets der Bundesverwaltung ist das ASTRA bestrebt, den Energieverbrauch der Nationalstrasseninfrastruktur weiter zu optimieren, um die CO₂-Emissionen zu reduzieren. Dieser besteht aus dem Strombedarf der Nationalstrassen-Infrastruktur und dem Wärmebedarf für den Betrieb der Werkhöfe.

Das ASTRA setzt sich zum Ziel, über die Jahre einen bedeutenden Anteil des Strombedarfs durch eigene Photovoltaikanalgen zu decken. Gebäude sollen zudem energetisch saniert und Ölheizungen ersetzt werden.

Soll-Termin: 31.12.2022

Einsatz von Building Information Modeling (BIM) als Teil der Digitalisierung zur Verbesserung von Planungs-, Prüfungs- und Bauprozessen sowie der Erhaltungsplanung: Vorgehen gemäss Stufenplan und Teilstrategie BIM

Projekte werden unter Anwendung der Methode BIM fortgeführt oder gestartet.

Die Erkenntnisse der bisherigen Pilotprojekte betreffend Prozesse, IT und Befähigung werden verarbeitet und umgesetzt. Skalierbare Strukturen, erste Standards und Hilfestellungen für weitere BIM-Projekte werden zugunsten der Anwendung in der Arbeit des ASTRA und der externen Auftragnehmer geschaffen.

Soll-Termin: 31.12.2022

Konzeption einer fahrleistungsabhängigen Abgabe als Ersatz der Mineralölsteuer und anderer Verkehrsabgaben zur langfristigen Sicherung der Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur und des Bundeshaushaltes: Erarbeitung von Grundlagen im Hinblick auf eine Vernehmlassungsvorlage

Der Bundesrat hat das UVEK und das EFD beauftragt, eine Konzeption für eine fahrleistungsabhängige Abgabe zur Ablösung der Mineralölsteuern und allenfalls weiterer Verkehrsabgaben (Nationalstrassenabgabe, Automobilsteuer, Abgabe auf Elektrofahrzeuge) auszuarbeiten. Dem Bundesrat ist bis Ende 2021 ein Aussprachepapier zu unterbreiten. Unter Vorbehalt der vom Bundesrat dazu geführten Diskussion kann 2022 mit der Ausarbeitung der notwendigen rechtlichen Grundlagen für eine fahrleistungsabhängige Abgabe im Strassenverkehr begonnen werden.

Soll-Termin: 31.12.2022

Anpassung und Vereinfachung der Abläufe und Zusammenarbeit zwischen Hersteller, Importeur sowie Behörden für neue Fahrzeugzulassungsbestimmungen ab 2026 (Anpassung an EU-Verordnung 2018/858): Vernehmlassung der Rechtsgrundlagen

Gemäss Verordnung (EU) 2018/858 müssen neue Fahrzeuge ab 2026 eine elektronische EG-Übereinstimmungsbescheinigung (eCoC) aufweisen. Das bedeutet Veränderungen für die Fahrzeugzulassung in der Schweiz. Für die künftige Zulassung von Fahrzeugen mittels eCoC sowie für das neue Schweizer Typengenehmigungswesen sollen die gesetzlichen Rahmenbedingungen geschaffen werden. Der Bundesrat soll das Vernehmlassungsverfahren dazu im Jahr 2022 eröffnen.

Soll-Termin: 31.12.2022

Erleichterung der Einführung von Tempo-30-Zonen auf siedlungsorientierten Strassen (Motion Schlatter 20.4134): Verabschiedung Verordnungsanpassung durch den Bundesrat

Die Einführung von Tempo-30-Zonen auf siedlungsorientierten Strassen soll vereinfacht werden. Dazu soll der Bundesrat die Signalisationsverordnung (SSV, SR 741.21) sowie das UVEK seine Verordnung über die Tempo-30-Zonen und die Begegnungszonen (SR 741.213.3) anpassen. Im Jahr 2021 wird eine entsprechende Vernehmlassungsvorlage ausgearbeitet. Der Bundesrat soll das Vernehmlassungsverfahren dazu spätestens im Jahr 2022 eröffnen.

Soll-Termin: 31.12.2022

Massnahmenpaket zur Sicherung der Investitionen in den Lärmschutz: Erarbeitung eines Aussprachepapiers

Der Bund und die Kantone haben bis jetzt mehrere Milliarden in Lärmschutzmassnahmen investiert. Es gilt nun darzulegen, wie diese Investitionen mit geeigneten Massnahmen in den Bereichen Mensch (Verhalten) und Fahrzeug (Technik) ergänzt werden können. Das Departement informiert den Bundesrat über den Stand der Umsetzung der Motion 20.4339 Übermässigen Motorenlärm wirksam reduzieren im zweiten Halbjahr 2022.

Soll-Termin: 31.12.2022

BUNDESAMT FÜR KOMMUNIKATION (BAKOM)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Verordnungen zum Massnahmenpaket zugunsten der Medien (2. Teil): Verabschiedung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2022 den zweiten Teil der Ausführungsbestimmungen zum Massnahmenpaket zugunsten der Medien verabschieden. Neben dem befristeten Ausbau der indirekten Presseförderung sieht die Vorlage eine befristete Unterstützung von einheimischen Online-Medien vor.

Soll-Termin: 31.12.2022

Bericht über den digitalen Service Public (in Erfüllung des Po. Min Li Marti 19.3574): Genehmigung / Gutheissung

Soll-Termin: 30.06.2022

PROJEKTE UND VORHABEN

Ausgestaltung der Grundversorgung im Telekommunikationsbereich ab 2023: Beschluss und Festlegung weiteres Vorgehen durch den Bundesrat

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2022 den Umfang der Grundversorgung im Telekommunikationsbereich überprüfen und den Rahmen für die zukünftige Ausgestaltung festlegen. Gemäss Art. 16 Abs. 3 FMG berücksichtigt er dabei die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bedürfnisse und den Stand der Technik.

Soll-Termin: 31.12.2022

Teilrevision der FDV bezüglich Erhöhung der Sicherheit der Fernmeldenetze: Verabschiedung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2022 die Teilrevision der Fernmeldedienstverordnung (FDV) verabschieden. Damit soll die Sicherheit der Fernmeldenetze erhöht werden. Vorgesehen sind insbesondere Regelungen betreffend die Verfügbarkeit und den Betrieb der Netze, die Sicherstellung von redundanten Infrastrukturen und die Meldung von Störungen.

Soll-Termin: 31.12.2022

Konzession SRG: Befristete Verlängerung und Festlegung des Rahmens für die Erneuerung

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2022 die aktuelle Konzession der SRG SSR, welche per Ende 2022 abläuft, befristet verlängern, wie dies Art. 43 Abs. 2 der Konzession bereits vorsieht. Gleichzeitig wird er die Rahmenbedingungen für die Erneuerung der Konzession festlegen.

Soll-Termin: 30.06.2022

Teilrevision der RTVV bezüglich Versorgungsgebiete als Grundlage für Neukonzessionierung der Lokalradios und Regionalfernsehen ab 2025: Verabschiedung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2022 die Teilrevision der Radio- und Fernsehverordnung (RTVV) verabschieden. Die Teilrevision beinhaltet neue bzw. angepasste Versorgungsgebiete des regionalen Service public. Diese bilden die Grundlage für die Neukonzessionierung der Lokalradios und Regionalfernsehen ab 2025.

Soll-Termin: 31.12.2022

BUNDESAMT FÜR UMWELT (BAFU)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

Änderung des Wasserbaugesetzes: Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2022 die Botschaft zur Revision des Wasserbaugesetzes (neu: Hochwasserschutzgesetz) verabschieden. Die Anpassungen sollen den Herausforderungen durch die erheblich steigenden Risikofaktoren im Bereich Naturgefahren entgegenwirken und das Sicherheitsniveau mit den bestehenden Bundesmitteln mittelfristig erhalten.

Soll-Termin: 30.06.2022

Umweltbericht 2022: Genehmigung / Gutheissung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2022 den Bericht Umwelt Schweiz 2022 verabschieden. Gestützt auf das Umweltschutzgesetz erstattet der Bundesrat mindestens alle vier Jahre der Bundesversammlung Bericht über den Zustand der Umwelt in der Schweiz.

Soll-Termin: 31.12.2022

Massnahmenpaket Ressourcenschonung und Kreislaufwirtschaft: Verabschiedung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2022 ein Massnahmenpaket zur Ressourcenschonung und Kreislaufwirtschaft verabschieden. Trotz Effizienzgewinnen sieht der Bundesrat Handlungsbedarf im Hinblick auf eine nachhaltige Ressourcennutzung, insbesondere in den umweltrelevantesten Bereichen Ernährung, Wohnen und Mobilität.

Soll-Termin: 31.12.2022

Bericht «Kreislaufwirtschaft, Abfallvermeidung und Recycling» (in Erfüllung der Po. Bourgeois 20.3062, Munz 20.3090, Clivaz 20.3727, Gapany 20.4411 und Chevalley 20.3110): Genehmigung / Gutheissung

Soll-Termin: 31.12.2022

Bericht «Aufzeigen der wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Folgen der Bodenstrategie Schweiz» (in Erfüllung des Po. Burkart 20.3477): Genehmigung / Gutheissung

Soll-Termin: 31.12.2022

Bericht «Kriterien für den Geltungsbereich des Gentechnikgesetzes» (in Erfüllung des Po. Chevalley 20.4211): Genehmigung / Gutheissung

Soll-Termin: 31.12.2022

Volksinitiative «Für die Zukunft unserer Natur und Landschaft (Biodiversitätsinitiative)»:
Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2022 die Botschaft zur Biodiversitätsinitiative verabschieden.

Soll-Termin: 30.06.2022

Rahmenkredit für die globale Umwelt 2023 bis 2026: Verabschiedung der Botschaft

Der Bundesrat wird im ersten Halbjahr 2022 die Botschaft über den Rahmenkredit für die globale Umwelt 2023 bis 2026 verabschieden. Der Rahmenkredit ermöglicht es der Schweiz, ihren internationalen Verpflichtungen nachzukommen und ihre Beiträge an vier Fonds zugunsten der Umwelt zu erneuern.

Soll-Termin: 30.06.2022

Strategie und Aktionsplan Biodiversität: Grundsatzentscheid

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2022 eine Aussprache zu den Resultaten der Wirkungsanalyse zum «Aktionsplan Strategie Biodiversität Schweiz» führen.

Soll-Termin: 31.12.2022

Bericht «Anpassung des Waldes an den Klimawandel und Sicherstellung der nachhaltigen Pflege und Nutzung des Waldes» (in Erfüllung der Mo. Hêche 19.4177, des Po. Vara 20.3750 und der Mo. Fässler 20.3745): Genehmigung / Gutheissung

Soll-Termin: 30.06.2022

Bericht «Klimatische Auswirkungen bei der UVP berücksichtigen» (in Erfüllung des Po. UREK-N 20.3001): Genehmigung / Gutheissung

Soll-Termin: 30.06.2022

Anpassung des Umweltschutzgesetzes (USG) zur Umsetzung der Strategie der Schweiz zu invasiven gebietsfremden Arten: Verabschiedung der Botschaft

Soll-Termin: 30.06.2022

PROJEKTE UND VORHABEN

Integrale Wald- und Holzstrategie 2050: Erarbeitung

Erarbeitung

Das BAFU wird im Jahr 2022 einen Vorgehensvorschlag zuhanden des UVEK für eine zukünftige integrale Wald- und Holzstrategie 2050 erarbeiten. Die Erarbeitung dieser Strategie soll mit einem ganzheitlichen Ansatz (Gleichgewicht von Nutzungs- und Schutzaspekten) und unter Berücksichtigung von relevanten Sektoralpolitiken sowie unter enger Einbindung der wichtigsten Akteure erfolgen. Diese Strategie soll ab 2025 die bestehende Waldpolitik mit dem aktualisierten Massnahmenplan 2021-2024 ablösen.

Soll-Termin: 31.12.2022

Mobilfunk und Strahlung: Umsetzung der begleitenden Massnahmen

Umsetzung der begleitenden Massnahmen betreffend Mobilfunk und Strahlung (Monitoring Strahlenbelastung, umweltmedizinische NIS-Beratungsstelle, Forschung Mobilfunk und Strahlung). Erste Ergebnisse aus dem Monitoring der Strahlenbelastung werden im Jahr 2022 publiziert.

Soll-Termin: 31.12.2022

BUNDESAMT FÜR RAUMENTWICKLUNG (ARE)

GESCHÄFTE ZU DEN ZIELEN DES BUNDESRATES

4. Generation Agglomerationsprogramme: Eröffnung der Vernehmlassung

Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2022 die Vernehmlassung zur 4. Generation der Agglomerationsprogramme eröffnen. Der Bund unterstützt im Rahmen des Programms Agglomerationsverkehr Massnahmen zur Verbesserung des Agglomerationsverkehrs mit Mitteln aus dem Fonds für die Nationalstrassen und den Agglomerationsverkehr (NAF).

Soll-Termin: 29.06.2022

Bericht «Smarte Industrie- und Gewerbezone. Für eine verbesserte Planung der Industrie- und Gewerbezone» (in Erfüllung des Po. Béglé 19.3299): Gutheissung

Im ersten Halbjahr 2022 soll der Bundesrat in Erfüllung des Postulats einen Bericht mit Empfehlungen und Massnahmen zu dem vom Postulanten eingebrachten Anliegen verabschieden.

Soll-Termin: 30.06.2022

PROJEKTE UND VORHABEN

Vorsitz der Alpenkonferenz (2021/2022): Organisation und Betreuung

Der thematische Schwerpunkt des Schweizer Vorsitzes ist «Klima». 2022 sind verschiedene Veranstaltungen und Projekte in den Bereichen Klima, Alpenstädte und nachhaltiger Verkehr vorgesehen. Die Alpenkonferenz bildet das politische Schlussevent des Vorsitzes. 2022 finden u.a. die «Klimastunde», ein Event mit alpenweiten Klimaveranstaltungen, sowie "Youth Alpine Interrail" statt. Zudem wird der Alpenzustandsbericht zum Thema Alpenstädte finalisiert. Höhepunkt des Vorsitzes bildet die Konferenz der Umweltministerinnen und -minister der Alpenstaaten - nach Möglichkeit zusammen mit den Verkehrsministerinnen und -ministern - im Herbst 2022 in Brig. Sie findet im Rahmen einer Klimawoche statt, an der Resultate aus den Vorsitzprojekten aufgezeigt werden.

Soll-Termin: 31.12.2022

SCHWEIZERISCHE SICHERHEITSUNTERSUCHUNGSSTELLE (SUST)

PROJEKTE UND VORHABEN

Revision Verordnung über die Sicherheitsuntersuchung von Zwischenfällen im Verkehrswesen (VSZV): Abschluss Bereinigung Revisionsantrag mit Generalsekretariat UVEK

Die VSZV muss infolge Änderungen massgebender internationaler Rechtsvorschriften sowie identifizierter Unklarheiten und teilweiser Widersprüche revidiert werden.

Bis Ende 2021 soll ein Revisionstext erarbeitet werden, der als Grundlage für den Antrag an das Departement dienen wird. Gibt das Departement dem Antrag statt, wird es das Vernehmlassungsverfahren eröffnen.

Soll-Termin: 30.06.2022

REGULIERUNGSBEHÖRDEN INFRASTRUKTUR (REGINFRA)

PROJEKTE UND VORHABEN

ComCom: Entscheid über Grundversorgungskonzession, Aufsicht über Mobilfunkkonzessionen und Evaluation des Frequenzbedarfs für Mobilfunk

Die ComCom wird 2022 über die Vergabe der Grundversorgungskonzession entscheiden. Bei Grundversorgung und Mobilfunk sind die Einhaltung der Konzessionen zu beaufsichtigen. Der Frequenzbedarf der Schweizer Mobilfunkbetreiberinnen ist laufend zu evaluieren. Der Entscheid über die Grundversorgungskonzession hat gemäss Art. 12 FDV bis Ende Juni 2022 zu erfolgen. Die Einhaltung der Grundversorgungskonzession wird zusammen mit dem BAKOM anhand der vom Bundesrat festgelegten Qualitätskriterien jeweils im Frühjahr überprüft. Die Aufsicht bei den Mobilfunkkonzessionen erfolgt laufend.

Soll-Termin: 31.12.2022

EICom: Einführung neue EICom-Datenbank (EDES), Vorbereitung regulatorische Massnahmen Versorgungssicherheit, Klärung Regeln im europäischen Verbundbetrieb

Die alte Datenbank der EICom wird durch die neue Datenbank (Projekt: E-DES) abgelöst. Die Vorbereitung präventiver Massnahmen zur Sicherstellung der Netz- und Versorgungssicherheit ist erfolgt. Die neue Erhebungsumgebung für die Daten ist finalisiert und das Onboarding im UVEK-Programm e-GOV mit Acta Nova in Arbeit. Sachverhalt und Handlungsbedarf betreffend Versorgungssicherheit und internationale Fragen sind zuhanden der Politik aufbereitet. Internationale Verträge zur Regelung des Verbundbetriebs sind angepasst.

Soll-Termin: 31.12.2022

PostCom: Sicherstellung eines fairen Wettbewerbs auf dem Postmarkt: durch Festlegung von Mindeststandards für die Arbeitsbedingungen zur Vermeidung von Wettbewerb auf der Basis von Lohndumping

In Übereinstimmung mit der Verordnung der Postkommission über die Mindeststandards für die Arbeitsbedingungen im Bereich der Postdienste (VMAP) überprüft die PostCom die Mindeststandards und passt sie erstmals auf den 1. Januar 2023 an. Die PostCom wird die branchenüblichen Arbeitsbedingungen im Postsektor Erheben bis Mai 2022. Auf Basis dieser Analyse wird die PostCom Mindeststandards festlegen und die Verordnung (VMAP) anpassen. Das Inkrafttreten ist für den 1. Januar 2023 geplant.

Soll-Termin: 31.12.2022

RailCom: Überprüfung der Kapazitätsplanung und -vergabe bei den vom Bund mitfinanzierten KV-Umschlagsanlagen zwecks Festlegung des Handlungsbedarfs zur Sicherstellung des diskriminierungsfreien Zugangs

Analyse, Handlungsbedarf und weiteres Vorgehen betreffend des relevanten Aspekts (voraussichtlich Kapazitätsplanung/-vergabe) liegen vor (31.12.2022).

Soll-Termin: 31.12.2022

UBI: Archivierung Beschwerdedossiers: Abgabe an das BAR

Abgabe der verbleibenden physischen Beschwerdedossiers sowie von elektronischen Beschwerdedossiers, soweit wie erforderlich, gemäss den Richtlinien des BAR.

Soll-Termin: 31.12.2022
